

Mädchensch 85 Pf., monatlich 2,60 M.
im voraus zahlbar. Vollbetrag 4,52 M.
einjährlich 60 Pf., halbjährlich 35 Pf.
72 Pf. Vollbetriebsgebühren. Ausland-
abonnement 6.— M. pro Monat; für
Sänder mit ermäßigtem Druckschen-
satz 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“ illustrierte Beilage „Welt
und Zeit“ Bremer „Brausenimmer“,
„Technik“, „Bild in der Arbeiterwelt“,
„Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtblatte“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Freitag
6. März 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseit. Kompensations- 80 Pf.
Kellergasse 5.— M. „Kleine An-
gelgen“ das seitgedruckte Wort 25 Pf.
Quellig zwei seitgedruckte Worte, jedes
weitere Wort 12 Pf. Absatz 12. Teil.
Einzelnstücke das erste Wort 15 Pf.,
jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über
15 Buchstaben zahlen für zwei Worte.
Kleinmach. Seite 60 Pf. Familien-
angelegen. Seite 40 Pf. Einzelnannahme
im Hauptgeschäft Lindenstraße 2 wochent-
täglich von 8½ bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der
Abrechnung nicht gemachter Angelegen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.
Vorwärts-Verlag G. m. b. H.
Postkontokonto: Berlin 37 506 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Et. S. u. Dirc.-Geb., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66.

Das Friedenswerk von Neu-Delhi.

Die Hauptbedingungen des Vertrages.

Bombay, 5. März. (Eigenbericht.)
Die Friedensbedingungen zwischen der
englisch-indischen Regierung und dem allindi-
schen Kongress sind am Donnerstag offiziell be-
kanntgegeben worden. Die Hauptpunkte sind:
Der allindische Kongress zieht seine Aufforderung zum
Bojkott der Gesetze zurück. Gleichzeitig hebt die
Regierung die Ausnahmegesetze gegen die allindische
Bevölkerung auf. Der Feldzug gegen Steuern
und Pachtzinsen wird eingestellt, ebenso der
Bojkott gegen die englischen Waren. Erlaubt bleibt
die politische Propaganda und der Bojkott gegen
englische Kleider und gegen den Alkohol. Auch das
Bojkottpostenstehen wird gestattet, sofern es friedlich und
ohne Belästigung des Publikums und der öffentlichen

Ordnung geschieht. Gandhi verzichtet auf die Verfolgung
jener Polizeipersonen, die sich Übergriffe gegen
die allindische Bewegung zuschulden kommen ließen.
Zurückgegeben werden die infolge Steuerstreiks be-
schlagnahmten Ländereien und Güter, soweit sie
noch in den Händen der Regierung sind. Alle noch aus-
stehenden Geldstrafen werden erlassen. Der Be-
völkerung, vor allem den Armen und Beschäftigten in den
Salzgebieten wird die Salzherzeugung zum eigenen
Bedarf gestattet. Das Salzmonopol der Regierung
bleibt jedoch aufrechterhalten. Die im Laufe des Bojkott-
feldzuges verhafteten und verurteilten Personen werden
freigelassen und alle noch schwebenden Ver-
fahren eingestellt. Der allindische Kongress be-
teiltigt sich an den Beratungen und Ausarbeitungen des
in London begonnenen indischen Verfassungsvertrages.

Beamte als Republikfeinde

Mißbrauchte Freiheiten.

Von Dr. Wilhelm Hoegner, M. d. R.

Die Weimarer Verfassung hat die politische Bewegungsfreiheit der Beamten gegenüber dem früheren Obrigkeitsstaat beträchtlich erweitert. Während im Bismarckschen Reich die Beamten sich vielfach sogar zum jeweiligen Regierungskurs auch in seiner politischen Bestimmung und Betätigung bekennen mußte, ist in Artikel 130 Abs. II der Weimarer Verfassung dem Beamten ausdrücklich die Freiheit der politischen Bestimmung und die Vereinigungsfreiheit gewährleistet.

Diese Freiheiten sind aber, wie so manche Grundrechte der Verfassung, von den Beteiligten zumessen erheblich mißbraucht worden. Heute erleben wir es tagtäglich, daß sich Beamte lebhaft in Parteien betätigen, die ihre republikfeindlichen Ziele durch das geschwindige Mittel der Gewalt erreichen wollen. Beamte wirken als Agitatoren, ja als militärische Befehlshaber in Parteien mit, deren Bestreben es ist, den Staat von heute zu „ruinieren, zu zerstören, zu vernichten“. Reichsbehörden und einzelne Landesbehörden sehen diesem Treiben ihrer Beamten untätig zu, sie scheinen es in türkischer Gelassenheit als Schicksal zu betrachten, daß der Staat gerade von jenen zugrunde gerichtet wird, die seine besonderen Verteidiger sein sollen. Diese Untätigkeit der vorgesetzten Behörden gegenüber Ausschreitungen namentlich nationalsozialistischer Beamten ist nicht in der bestehenden Rechtslage begründet. Die Beamten haben den Eid auf die Verfassung geteilt. Sie haben kein Recht, diesen Eid für unverbindlich zu halten, wie es die Herren Rahr und Poehner seinerzeit in Bayern getan haben. Auch in der Republik sind die Beamten den Trägern der jeweils geltenden Staatsordnung zu Treue und Gehorsam verpflichtet. In dieser besonderen Verpflichtung des Beamten liegen die Grenzen seiner politischen Bewegungsfreiheit. Das ist unbestritten. Ueber das Maß der Bewegungsfreiheit gehen aber die Meinungen auseinander.

Allgemein wird angenommen, daß der Beamte das Recht hat, sich innerlich zu jeder beliebigen politischen Richtung zu bekennen. Gedanken sind zollfrei. Sobald aber diese Gesinnung in der Außenwelt in Erscheinung tritt, sei es durch Äußerungen oder Betätigungen, beginnt die Verantwortlichkeit des Beamten, greifen seine besonderen Amtspflichten ein. Äußerungen und Betätigungen einer Meinung sind nicht mehr grundsätzlich frei, sie können gegen Straf- oder Disziplinalgesetze verstoßen. So verlangt § 10 des Reichsbeamtengesetzes, daß der Beamte durch sein gesamtes Verhalten in und außer dem Amte der Achtung, die sein Beruf erfordert, sich würdig zeigen muß. Darüber hinaus hat das Reichsgesetz vom 21. Juli 1922 den Reichsbeamten besondere Verpflichtungen gegenüber der Republik auferlegt. Diese Bestimmungen könnten in den Händen entschlossener Reichsbehörden eine wirksame Handhabe zur Bekämpfung staatsfeindlicher Umtriebe innerhalb der Reichsbeamtenschaft sein. Leider werden sie innerhalb gewisser Reichsbehörden anscheinend übersehen oder allzu schwachmütig angewandt. Dabei hätte es solcher Bestimmungen, die bei den Ländern fehlen, gar nicht bedurft, um der Republik den nötigen Schutz gegen pflichtvergessene Beamte zu sichern. Schrifttum und Rechtsprechung sind sich nämlich darüber einig, daß der Beamte die ihm allgemein obliegende Pflicht zum achtungs- und vertrauenswürdigen Verhalten verlegt, wenn er den bestehenden Staat, seine Einrichtungen, Organe und dergleichen beschimpft oder verächtlich macht. Ein Verstoß gegen das Strafgesetz braucht dabei noch gar nicht vorzuliegen.

Eine Meinungsverschiedenheit ist im Schrifttum leztthin nur darüber entstanden, ob schon die Mitgliedschaft eines Beamten bei einer auf den gewaltsamen Sturz des bestehenden Staates abzielenden Partei eine Verletzung seiner Dienstpflichten darstellt. Der angesehene Staatsrechtslehrer Anschütz sieht („Zeitschrift für badische Verwaltung und Verwaltungsrechtspflege“, Heft 1, Jahrg. 1931) die Teilnahme eines Beamten an einer Partei oder Vereinigung dann als Verstoß gegen die Beamtenpflichten an, wenn die Zwecke der Partei oder Vereinigung den Strafgesetzen zuwiderlaufen. Das ist nach seiner Meinung bei der Nationalsozialistischen Partei der Fall. Andere Schriftsteller wollen eine Dienstpflichtverletzung des Beamten erst annehmen, wenn durch strafgerichtliches Urteil festgestellt ist, daß die Tätigkeit einer solchen Partei als strafbare Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens anzusehen ist. Presse- und Nachrichten zufolge scheint dies der 4. Strafsenat des Reichsgerichts nunmehr auch bezüglich der Tätigkeit der Nationalsozialistischen Partei angenommen zu haben. In der Tat

Protest gegen Hafentrennrichter.

Neuer Naumburger Skandal. — Flucht eines Gerichtsvorsitzenden an die Öffentlichkeit.

Naumburg, 5. März. (Eigenbericht.)
Mit dem Giesler-Prozess erklimm im Oktober des Vorjahres die Naumburger Hafentrennsprüche den Gipfel ihrer Besten. Der Nationalsozialist Giesler, ein Student der Theologie, hatte in Jena an der Anstalt in einer sozialdemokratischen Versammlung dadurch das Signal zu einer blutigen Saalschlacht gegeben, daß er einem Polizeibeamten, der den Saal bringen wollte, von hinten mit einem Bierglas ins Genick schlug. Den Beamten, der ihn daraufhin verhaftete, faßte er nach der Gurgel und versuchte ihm den Gummiknüppel zu entreißen. Nach einer stundenlangen Verhandlung sprach das Große Schöffengericht Giesler frei. Trotz der entgegenstehenden Zeugenaussagen konnte man einem Theologen die Loyalität zu trauen und der Griff nach der Gurgel und dem Gummiknüppel sei im Stolpern geschehen, um Halt zu suchen. Die Sache, die zuerst einen Entrüstungs-, dann einen Heilerkeitssturm im Gefolge hatte, kam bei der Beratung des Justizrats auch im Preussischen Landtag zur Sprache.
Da die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt hatte, beschaffte sich gestern die Große Strafkammer mit der Angelegenheit. Die stundenlange Beweisaufnahme ergab im wesentlichen das gleiche Bild wie in der ersten Verhandlung. Auf Grund dieses eindeutigen Ergebnisses beantragte der Staatsanwalt sechs Monate Gefängnis. Das Plädoyer des Verteidigers bestand im

wesentlichen in einem Hinweis auf die Folgen, die ein solches Urteil für den Theologie studierenden Angeklagten haben würde. Worauf der Staatsanwalt sehr betroffen erwiderte, dafür möge er sich bei dem Anstifter des Ganzen, dem hauptschuldigen Hinkler, bedanken, der sich jetzt hinter seiner Immunität verstecke.
Aber der Appell des Verteidigers an das Standesbewußtsein der Akademiker war doch, wie das Urteil beweist, eine richtige Berechnung. Giesler wurde nur wegen Widerstandes zu zweihundert Mark Geldstrafe verurteilt und im übrigen freigesprochen.
Die Mehrheit des Gerichts, so erklärte der Vorsitzende an Stelle jeder juristischen Bemängelung, sei von der Schuld des Angeklagten überzeugt. Eine Verurteilung könne jedoch nur erfolgen, wenn nicht nur drei, sondern vier Richter der fünfstöpfigen Strafkammer für schuldig stimmen. Zwei der Herren seien aber dazu nicht zu bewegen gewesen, so daß man wohl oder übel trotz der eindeutigen Beweisaufnahme, soweit gefährliche Körperverletzung in Frage kam, auf Freispruch aus Mangel an Beweisen erkennen mußte.
Dieser Skandalöse aller Naumburger Prozesse endet damit, daß drei von fünf Richtern es öffentlich ablehnen, die öffentliche Verantwortung für die Sorte von Rechtsprechung zu übernehmen, die zwei ihrer Kollegen belieben.
Das ist ein durchaus erfreulicher Reinigungsprozeß von innen heraus!

Der Wehretat.

Die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.
Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Donnerstag mit der Haltung der Sozialdemokratie zu den schwebenden politischen Fragen, insbesondere der Haltung zum Wehretat und zum Bau des Panzerschiffes B. Sie wird ihre endgültige Haltung von den allgemeinen politischen Erwägungen und von den Entscheidungen über die sozialpolitischen und finanzpolitischen Anträge der Sozialdemokratie abhängig machen.

Krach im Reichslandsbund.

Schiele oder Dittler?
Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zeigt große Besorgnisse um das Schicksal des Reichslandbundes. Sie sieht seine Spaltung herannahen:
„Der Bundesvorstand des Reichslandbundes wird am 10. März in Berlin zu einer Tagung zusammentreten, die sehr bedeutsamen Charakter tragen wird. Von radikaler Seite wird der Versuch gemacht, den Reichslandbund möglichst ganz andersfalls aber „unter Abstoßung der verständigungsächtigen Elemente“ auf die taktische Linie der Abstinenzparteien zu bringen.
Wenn sich die gekennzeichneten Bemühungen in ihrem vollen Umfang auswirken — es wird nicht nur auf den Sturz des dritten

Landbundspräsidenten Lind, sondern auch auf die Bildung eines besonderen agrarischen Aktionsausschusses in der Volksbegehrensfront und auf die schärfste Kampfstellung gegen Reichsernährungsminister Schiele hingearbeitet — dann wird die Spaltung der großen landwirtschaftlichen Berufsorganisation kaum noch zu umgehen sein.
Eine Anzahl von Landbünden, besonders aus Süd-, West- und Mitteldeutschland, haben bereits zu erkennen gegeben, daß sie sich gegen eine berartige einseitige Verwendung des Reichslandbundes zu parteipolitischen Zwecken wehren werden.
Auch die neue Erklärung des Grafen Kaldreuth, die sich scharf gegen die Schiele'schen Verständigungsbemühungen ausdrückt, ist auf Widerspruch gestoßen.
Auf eine kurze Formel gebracht, steht der Reichslandbund vor der Frage, ob er sich nach Schiele oder nach Hütter hin orientieren will.

Neuwahl in der Türkei.

Für Parlament und Präsident.
Ankara, 5. März.
Die Nationalversammlung hat die Auflösung des Parlaments beschlossen. Die Neuwahl wird unverzüglich erfolgen. Vor dem Beschluß über die Auflösung setzte die Nationalversammlung die Abgeordnetenblättchen von 500 auf 350 türkische Pfund herab. Auf Grund der Verfassung macht die Neuwahl zum Parlament auch eine Neuwahl des Präsidenten der Republik notwendig. Gerüchte behaupten, Mustafa Kemal wolle diesem Amt entsagen.

Hakenkreuzinfamie gegen Wels.

Keine Verleumdung ist ihnen zu schmutzig!

lassen sich viele Ausprüche nationalsozialistischer Führer nicht mehr als Ankündigung einer nur „geistigen“ Revolution verstehen. In der ersten Ausgabe der von Dr. Goebbels herausgegebenen Druckschrift „Der Nazi-Sozi“ befand sich z. B. folgende Stelle:

„Wie aber wollt ihr den Staat erobern? ... Die Arbeit merdet ihr ... nicht gewinnen. Die wird immer gegen Euch sein und auf ihrer Seite wird der Staat mit allen seinen Machtmitteln stehen. Was dann? ... Dann marschieren wir gegen diesen Staat ... aus Revolutionären des Wortes werden dann Revolutionäre der Tat. Dann machen wir Revolution! Dann jagen wir das Parlament zum Teufel usw. ...“

Ein Sammler ähnlich lautender Gewaltandrohungen hat der Ministerialdirigent Dr. Hänßchel im „Reichsverwaltungsblatt und Preussischen Verwaltungsblatt“ (Nr. 32 vom 9. August 1930) zusammengestellt. Die Republik kann nicht warten, bis solche Drohungen verwirklicht sind. Der Einwand, die Nationalsozialisten seien eine parlamentarische Partei, deshalb könne man die Zugehörigkeit zu ihr niemand verbieten, geht fehl. Hänßchel bringt in seinem lehrreichen Aufsatz den Begriff der pseudoparlamentarischen Parteien, zu denen er auch die Nationalsozialisten zählt. Hitler selbst nennt („Mein Kampf“, S. 366) die nationalsozialistische Bewegung „antiparlamentarisch“ und meint, „die Beteiligung der Nationalsozialisten an einer solchen Institution kann nur den Sinn einer Tätigkeit zu deren Zertrümmerung besitzen“. Der frühere Nationalsozialist Dr. Otto Straßer hat noch während seiner Zugehörigkeit zur Hitlerpartei in Heft 1 der „Nationalsozialistischen Monatshefte“ vom 1. Juli 1930 geschrieben:

„Die Wahlbeteiligung war ein taktisches Mittel ... zur Herausholung bestimmter Vorteile für die Partei (Redefreiheit, Immunität, Freisahrt).“

Solange sich die Nationalsozialisten zur Anwendung gewaltsamer Mittel bei Durchsetzung ihrer Ziele bekennen, müssen sie sich gefallen lassen, daß der heutige Staat sie beim Worte nimmt und sich zur Wehr setzt. Die Freiheit kann auch in der Demokratie nicht so weit gehen, daß der Staat sich selbst aufgibt. Die Duldsamkeit republikanischer Staatsstellen gegenüber der Wählarbeit nationalsozialistischer Beamter hat schon genug Verwirrung gestiftet und beginnt staatsgefährlich zu werden. Soll nicht die republikanische Bevölkerung irre werden, müssen die Behörden endlich ihre Pflicht tun. Das kann ohne verbitternde Kleinlichkeit und mit jener weisen Mäßigung geschehen, die ein Zeichen überlegener Stärke ist.

Wie die Lausbuben.

Der Hakenkreuzskandal im Bayerischen Landtag.

München, 5. März. (Eigenbericht.)

Der Hakenkreuzschimpfheld Streicher, der sich im Bayerischen Landtag unfähig benahm, hat in einem Schreiben an den Landtagspräsidenten Abbitte getan.

Die Streicherischen Unfähigkeiten hatten noch ein Nachspiel. Ueber diesen Skandal hatten sich auch auf der Tribüne einige Journalisten erregt und ihrem Eklat so laut Ausdruck gegeben, daß der in der Nähe sitzende Berichterstatter des „Völkischen Beobachters“ die Worte „Die Nazis benehmen sich wie Lausbuben“ zu hören bekam. Der Hakenkreuzredakteur hatte darauf nichts eiligeres zu tun, als die Worte des Leiters der Bauernbund-Pressestelle dem Abgeordneten Streicher zu hinterbringen. In Begleitung des Hg. Wagner, der durch seine wüste Redeweise gegen Streichmann berüchtigt geworden ist, stellte Streicher später den Journalisten vor der Tribüne nach einem kurzen Wortwechsel fiel Wagner unvermittelt mit Ohrfeigen über ihn her. Der dabei entstandenen Kauferei machte ein Bauernbundabgeordneter ein Ende, indem er die Hakenkreuzrowdys am Genick packte und zu Boden warf. Auch Kriminalbeamte mischten sich ein.

Der Vorgang löste große Aufregung im ganzen Hause aus, mit dem Ergebnis, daß das Landtagspräsidium unter Zuziehung des stellvertretenden Landtagspräsidenten eine hochsensible Untersuchung eingeleitet hat. Außerdem wird der Vorfall ein gerichtliches Nachspiel haben.

Hitler und Räder.

Der eine darf schwören, der andere nicht.

Leipzig, 5. März.

Im Leipziger Waffendiebstahlprozess fand heute die Vernehmung des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Räder statt. Er erklärte, daß weder er noch andere parteiliche Stellen am Waffendiebstahl Kenntnis gehabt hätten.

Der Rechtsanwalt richtete dann einige Fragen an den Zeugen und zitierte drei Flugblätter, für die der Zeuge Räder selbst verantwortlich gezeichnet habe und in denen zum gewaltsamen Sturz der Verfassung aufgefordert worden sei. Es liege also der Verdacht nahe, daß der Zeuge selbst der Vorbereitung zum Hochverrat schuldig sei, was seine Verurteilung ausschließen würde.

Der Abgeordnete Räder sowohl als auch die Verteidigung beanstandeten die vorgelegten Fragen als unzulässig. Im übrigen hätte das Gericht keine Bedenken gehabt, Adolf Hitler als Zeugen im Reichswehrprozess zu vereidigen, obwohl auch gegen ihn eine Voruntersuchung wegen Vorbereitung zum Hochverrat geschwebt habe. Nach kurzer Zwischenberatung erklärte jedoch der Senat, daß die vom Rechtsanwalt gestellten Fragen zulässig seien. Er beschloß, von einer Verurteilung des Reichstagsabgeordneten Räder abzusehen.

Rechtsanwalt Dr. Löwenthal stellte darauf den Antrag auf Vernehmung des zweiten Bezirksleiters der KPD, des Goues Westfahlen, Otto Voigt, zu demselben Beweisthema. Dieser Antrag wurde vom Gericht abgelehnt mit der Begründung, daß es trotz der Richtverurteilung Rädels dessen Zeugenauslagen vollen Glauben schenke.

Die Gestalt der Urkunden. Die Voruntersuchung wegen der schweren Zusammenstöße zwischen Polizei und Kommunisten in Gestalt, bei denen drei Polizisten durch Schüsse und Schläge verletzt und zwei Personen durch Schüsse getötet wurden, ist abgeschlossen. Die Akten sind an die Staatsanwaltschaft zur Entscheidung über die Erhebung der Anklage weitergeleitet. Die Voruntersuchung richtete sich gegen 46 Angeklagte.

Keine Amnestie in Spanien. Die spanische Regierung läßt die Nachricht über die bevorstehende Haftentlassung sämtlicher politischen Gefangenen dementieren. Eine derartige Entlassung komme bis auf weiteres nicht in Frage.

Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte fand gestern einer der üblichen nationalsozialistischen Verleumdungsprozesse statt. In der „Westfälischen Wacht“ vom 3. Oktober konnte man einen Artikel mit der Überschrift „Fragmente zu einem republikanischen Adelskalender“ lesen. Es wurde darin unter anderem vom Genossen Otto Wels behauptet, er habe vor langen Jahren 1000 Mark Parteigelder unterschlagen, die von seiner armen Mutter durch große Opfer abgezahlt worden seien. Dadurch sei Otto Wels qualifiziert, an der Spitze der Sozialdemokratischen Partei zu stehen.

Genosse Wels hatte wegen dieses verleumderischen Geschreibels gegen den verantwortlichen Redakteur der „Westfälischen Wacht“, Plickum, Strafantrag wegen übler Nachrede gestellt.

Für den abwesenden Angeklagten war gestern der nationalsozialistische Verteidiger, Rechtsanwalt Kurt Becker, erschienen; Genosse Wels ließ sich durch Rechtsanwalt Otto Landsberg vertreten. Der Versuch des Amtsgerichtsrats Bues, den Verteidiger des angeklagten Redakteurs zu einer Erklärung zu bewegen, daß dieser die Behauptung von der angeblichen Unterschlagung zurücknehme, blieb erfolglos. Rechtsanwalt Becker erklärte, daß die „Westfälische Wacht“ mit ihrer Behauptung nur etwas wiederholt habe, was bereits früher in Büchern gestanden habe; der Nebenkläger habe dazu geschwiegen. Rechtsanwalt Landsberg erwiderte darauf, daß Wels von ähnlichen Behauptungen nie Kenntnis gehabt habe; hätte er von den Vorwürfen früher erfahren, er hätte längst Strafantrag gestellt.

Das Gericht trat in die Verhandlung ein, verlas die in Frage kommende Stelle des Artikels und erteilte dem Verteidiger des Angeklagten das Wort. Rechtsanwalt Becker erklärte darauf: Die Vorwürfe des Angeklagten beruhen nicht auf freier Erfindung. Sie sind gemacht worden im Bewußtsein, nicht nur dem journalistischen Recht, sondern auch der journalistischen Pflicht zu genügen. Seit langen Jahren bestehen gegen Otto Wels die hier erhobenen Vorwürfe. Seine Parteifreunde haben die Angelegenheit nicht vor das Gericht gebracht, weil sie ihn schonen wollten. Sie haben ihn aber für unfähig erklärt, irgendwelche Posten der Partei zu bekleiden. Erst nach dem Kriege ist er trotzdem zu seiner hervorragenden Parteistellung aufgerückt. Im Jahre 1927 hat Alfred Rosenberg in seinem Buche „30 Novemberköpfe“ die Behauptung von den unterschlagenen Geldern aufgestellt. Der Angeklagte mußte annehmen, daß dem Nebenkläger das Buch vorgelesen habe. Sein Schweigen mußte als Zustimmung aufgefaßt werden. Am 13. September 1925

hat der „Völkische Beobachter“ gleichfalls die Vorgänge im Jahre 1900 erwähnt und behauptet, Wels habe als Führer der Lopezierergewerkschaft das Geld veruntreut. Jetzt soll der Wahrheitsbeweis dafür angetreten werden; der Angeklagte benenne als Zeugen den früheren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Georg Davidsohn, der die Parteiverhältnisse genau kennt.

Auf diese Auslassungen erwiderte Rechtsanwalt Otto Landsberg folgendes: „Ich bedauere, daß die Beweisanträge erst jetzt gestellt werden und daß die Verhandlung nun vertagt werden muß. Der nationalsozialistischen Presse wird dadurch die Möglichkeit gegeben, unwahre Gerüchte in die Welt zu setzen und sie für ihre Politik zu mißbrauchen.“

Ich erkläre deshalb, daß jede Bemerkung, die die vom Angeklagten aufgestellten Behauptungen als wahr unterstellen sollte, zu einer neuen Verleumdungsklage führen würde. An der Behauptung selbst ist kein Wort wahr.

Für den, der die Verhältnisse kennt, wirkt sie geradezu zwerchfellerstatternd. Die Mutter des Nebenklägers hat stets in größter Not gelebt und wurde von ihm unterstützt. Eine Summe von 1000 M. aufzutreiben, war für sie geradezu ein Ding der Unmöglichkeit. Der Angeklagte befindet sich auch im Verzug, wenn er die Sache hier so darstellt, als hätte die Parteikarriere von Otto Wels erst nach dem Kriege begonnen. Wels war bereits vor dem Kriege lange Jahre Parteisekretär und wurde im Jahre 1912 in den Reichstag, 1913 auch in den Parteivorstand gewählt. Wenn das wahr wäre, was hier von ihm behauptet wird, so hätte er nie landhieren können! Wels hat sich selbstverständlich nie an Parteigeldern vergriffen. Georg Davidsohn wird wenig erbaut sein, hier als Zeuge der Nationalsozialisten fungieren zu müssen. Was das Rosenbergsche Buch anbetrifft, so muß ich sagen, daß es auch mir völlig unbekannt war. Ich weiß nicht, ob auch mir die Ehre erwiesen worden ist, darin erwähnt zu sein; zu den Novemberköpfen gehörte ja auch ich. Ich bitte, den Termin zu vertagen, ich werde dem Gericht eine Anzahl Zeugen benennen, die in der Lage sind, die Behauptung des Angeklagten zu widerlegen.

Das Gericht beschloß, zu dem nächsten Termin sowohl Georg Davidsohn als auch die von dem Nebenkläger noch zu nennenden Zeugen zu laden und den Nebenkläger selbst zur Anwesenheit zu verpflichten.

Der Hakenkreuzredakteur kann beruhigt sein: es wird ihm tüchtig heimgeleuchtet werden!

Die Ballade von der Leberwurst.

Preisabbau bei Herrn Schneidewind.

Das war der Herr Reichstagsabgeordnete Karl Schneidewind von der Wirtschaftspartei, Fleischermeister in Mülheim bei Köln, der lang die Ballade von der billigen Leberwurst auf der Tribüne des Reichstags. Was brauchen wir in Deutschland, namentlich in Köln, billiges Gefrierfleisch, hat uns alles billiger und besser. Bei uns in Köln laßt man vorzügliches Rinderfett zu 30 Pf. und beste Wurst zu 20 Pf. das Pfund! Es ging ein Ruck durch die zuhörenden Reichstagsabgeordneten. Man sah das Ende aller Not in Deutschland vor sich. Sendboten machten sich auf den Weg, um das neue Kanon, das Herr Schneidewind verheißt hatte, zu entdecken.

Die „Rheinische Zeitung“ in Köln schickte schleunigst einen Mann zum Laden des Herrn Karl Schneidewind. Er kam mit Fett und Wurst zurück. Aber das Fett, schlechteste Qualität, kostete 40 Pf., und die Leberwurst 1,80 M. das Pfund!

Seitdem grübelt man in Köln wie im Reichstag über dem Rätsel: Wie kommt es, daß die Wurst, die Herr Schneidewind in Berlin mit 20 Pf. anpreist, in Köln 1,80 M. kostet?

Das zollfreie Gefrierfleisch.

Ein Schreiben Dietrichs an Löbe.

Die Annahme des sozialdemokratischen Antrags, der ein zollfreies Gefrierfleischkontingent von 50 000 Tonnen verlangte, hat ein Nachspiel gehabt. Reichsfinanzminister Dr. Dietrich hat in einem Schreiben an den Reichstagspräsidenten Göhe erklärt, die Durchführung des sozialdemokratischen Antrags werde einen Ausfall an Zolleinnahmen in Höhe von 12½ Millionen Mark verursachen, und durchlöcherig lassen, daß infolgedessen ein Ausgleichsantrag im Sinne der neuen Bestimmungen der Geschäftsordnung erforderlich sei.

Reichstagspräsident Löbe hat darauf geantwortet, daß er einen Ausgleichsantrag nicht für erforderlich halte. Der Reichsfinanzminister habe dies Verlangen durch drei Besungen hindurch nicht gestellt. Außerdem sei ein solcher Antrag rechtlich nicht erforderlich. Als Ende des Jahres 1930 von der Regierung selbst die Einführung eines verbilligten Frischfleischbezuges an Stelle des zollfreien Gefrierfleisches vorgeschlagen wurde, sollte nach dem Willen der Regierung selbst dafür ein Betrag von 20 Millionen aus der Reichskasse aufgewendet werden. Wenn jetzt an die Stelle dieser Frischfleischaktion wieder die Einfuhr zollfreien Gefrierfleisches träte, würde also die Belastung der Reichskasse hinter dem zurückbleiben, was die Regierung selbst der Kasse ursprünglich zumuten wollte.

Rampf gegen russischen Roggen.

Eine Erhöhung des Roggenzolls.

Amlich wird mitgeteilt: Im Reichsanzeiger vom 5. März 1931 ist eine Verordnung des Reichsfinanzministers und des Reichsernährungsministers vom gleichen Tage veröffentlicht, nach der der Roggenzoll mit Wirkung vom 6. März 1931 von 15 auf 20 M. für den Doppelzentner erhöht wird.

Anlaß zu dieser Heraussetzung des Zolles gab der Umstand, daß in allerletzter Zeit größere Partien Auslandsroggen nach Deutschland eingeführt worden sind. Diese Einfuhr war möglich, weil einerseits für den in der Qualität besseren Auslandsroggen im Inland erheblich höhere Preise angelegt wurden als für den einheimischen Roggen (nämlich 220 M. für die Tonne), und weil

andererseits die Preisstellung des Abgebers sich weit unter den bisherigen Auslandsangeboten bewegte (etwa 60 M. für die Tonne, d. h. 3 M. für den Zentner).

Da die Gefahr bestand, daß auf dieser Basis weitere große Mengen Auslandsroggen nach Deutschland hineingebracht würden und damit der Absatz des überreichlich am Markt befindlichen Inlandsroggens erheblich erschwert würde, mußte der Zoll erhöht werden. Einen preissteigernden Einfluß auf den Inlandsroggen kann der Zoll von 20 M. nicht haben, da die Inlandsvorräte mehr als genügen, um jede Nachfrage zu befriedigen.

Lügen, Märchen und Rätsel.

Zurückführung des Moskauer Theaters.

Moskau, 5. März. (Telegr.-Agentur der Sowjetunion.)

In dem Prozeß gegen die Mitglieder des Unionsbüros der Menschewiken sagte der Angeklagte Teitelbaum heute aus, während seiner Tätigkeit in den Sowjethandelsvertretungen in Berlin und Stockholm habe er im Auftrag der Auslandsdelegation der Menschewiken unter den Angestellten der Handelsvertretungen und unter aus der Sowjetunion einreisenden Wirtschaftlern menschewistische Agenten für die Arbeit in der Sowjetunion angeworben. In der Sowjethandelsvertretung in Berlin habe eine Menschewikenzelle bestanden, an deren Arbeit er regen Anteil genommen habe. Im Frühjahr 1927 sei er in Berlin mit dem Mitglied der Auslandsdelegation der Menschewiken Haron (?) zusammengetroffen. Wie Haron berichtet, sei in der Zweiten Internationale schon damals die positive Einstellung zur Intervention gereift. (?!?) Wofür deshalb mencht sich jeder Beschluß der SWD mit aller Schärfe gegen jeden Gedanken einer Intervention. Red. d. „B.“) Im Frühjahr 1928 sei Teitelbaum in Stockholm mit Dan zusammengetroffen. Dan bestätigte Teitelbaum, daß die Frage der Vorbereitung und Unterstützung einer Intervention gegen die Sowjetunion durch die Zweite Internationale in positivem Sinne entschieden werde (siehe oben Red.). Im Frühjahr 1929 sei Teitelbaum in Berlin wieder mit Dan zusammengetroffen, der ihm einen Brief für Scher (Genosse Dan teilt uns auf Anfrage mit, daß diese wie alle übrigen Behauptungen glatt erlogen ist. Red.) mit Befehlen über Verstärkung der Schädigungsarbeit und der Interventionsvorbereitung übergeben habe.

Der Angeklagte erklärte weiter, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erwies und erteilt der Auslandsdelegation der Menschewiken stets materielle Unterstützung, finanziert die menschewistischen Ausgaben usw. Auf Antrag des Staatsanwalts fügte das Gericht den Akten die Nummer des „Populaire“ vom 6. Februar 1930 mit dem Artikel Blum betreffs Einspruchs der Sowjetregierung gegen die Anisowjeffkampagne bei, ferner noch Nummern des „Populaire“ mit Artikeln D. Rosenfelds über die Unausbleiblichkeit des Zusammenbruchs der Sowjetunion und die Notwendigkeit, die Intervention zu unterstützen, sowie den Artikel des „Vorwärts“ vom 3. August 1929, der sich für eine Okkupation Transkaukasiens ausspricht, und schließlich die Resolution der Zweiten Internationale über den Ostjapan-Konflikt, worin der Sowjetunion und China die Anrufung eines Schiedsgerichts der imperialistischen Länder empfohlen wird. (Im „Vorwärts“ vom 3. August 1929 steht überhaupt keine Zeile über Transkaukasien. Bieleicht wird später das angegebene Datum berichtigt, dann wird man sich auch mit diesem Schwindel auseinandersetzen können. Wenn endlich eine Resolution der SWD, die die Anrufung eines Schiedsgerichts empfiehlt, als Beweis für interventionistische Tätigkeit angeführt wird, dann ist das einfach zu idiotisch, als daß es sich lohnt, ein Wort darüber zu verlieren. Red. d. „B.“)

Remarque-Filmstürmer, vor deren Reden die Regierung gehörig Rotau machte, werden jetzt fortgesetzt vom Gericht zu erheblichen Strafen verurteilt. Nämlich in Wien.

Das Dritte Reich in Thüringen.

Genosse August Frölich über die Zustände in Fricks Reich.

Im Reichstag verlangte am Beginn der gestrigen Donnerstag-Session Abg. Schwabe (Komm.) sofortige Beratung eines Antrags gegen den Gehaltsabbau, was aber durch Widerspruch aus dem Hause verhindert wurde.

Den dritten Tag der Besprechung des Haushalts für das Reichsinnenministerium leitete

Abg. Schmid-Düffeldorf (D. Sp.) mit einer gedämpften Kritik der Amtsführung Dr. Wirths ein, um desto heftiger gegen die preußische Polizei und ihren obersten Vorgesetzten, den preußischen Innenminister loszugehen, der eine geradezu revolutionäre Rede gehalten habe. (Abg. Wels (Soz.): Woher haben Sie denn das?) Die Umstände ergeben doch... (Abg. Wels (Soz.): ... daß Sie das selbst nicht glauben! — Heiterkeit.) Wie steht es denn mit der Verbindung Schupo-Reichsbanner? Die preußischen Demonstrationen verbote er unparitätisch. Die Ueberwachungsanstalten im Ruhrgebiet sind reformbedürftig; in Berlin besteht er nur aus den Abg. Heilmann (Soz.) und Riedel (Staatsp.), alle anderen Parteien sind ferngehalten. Die Wahlreformvorlage langt nicht, um die Persönlichkeitswahl statt der Parteienwahl herbeizuführen; außerdem begünstigt die Vorlage die großen Parteien. Premierminister MacDonald hat erklärt, daß der Proporz wohl den Minderheiten gerechte Vertretung gibt, nicht aber ein arbeitsfähiges Parlament sichert. — Die größte Gefahr für die europäische Kultur ist

die kommunistische; sie muß energischer als bisher bekämpft werden. Das gilt auch gegen die Auslandspropaganda des Moskauer Rundfunks.

Das Hin und Her kommunistischer Emissäre, die in Rußland für den Bürgerkrieg ausgebildet werden, darf nicht geduldet werden. (Zurufe von den Kommunisten: Schweine-Schmid!) Dagegen hat Hitler vor dem Reichsgericht beschworen, daß er keinen gewaltsamen Umsturz anstrebt, und er verbietet seinen Leuten ja den Waffenbesitz. (Gelächter links.) In einem Eid lege ich Bedeutung bei. (Zuruf der Kommunisten: In Rußland hat die SA-Polizei Waffen gestohlen!) Dafür hat Hitler sie aufgelöst. Mit Verfolgung und Gummiknüppeln wird man dieser Bewegung nicht Herr werden. (Zurufe links.) Nicht in allen Fällen ist der Gummiknüppel angebracht. (Rufe: Nur gegen links, nicht wahr?) Der Redner empfiehlt die bekannten Verfassungsanträge seiner Partei. Das demokratische System muß nach allen Seiten hin gehandhabt werden; dazu gehört aber auch, daß man der Opposition die Mitarbeit anbietet. In Preußen regiert man nicht demokratisch, die gegenseitige Kontrolle und der Wechsel der Parteien ist ausgeschaltet.

Wie haben uns entschlossen, das Volksbegehren des „Stahlfabrikanten“ mitzumachen.

Wenn der preußische Verfassungsminister diese Anwendung einer Verfassungseinrichtung als Atomaut bezeichnet, so werden wir uns mit aller Kraft dafür einsetzen und verlangen, daß den Beamten kein Hindernis für ihre Beteiligung gemacht wird. Wie schon mein Freund v. Kardorff (Große Heiterkeit, links) fordere ich die Regierung an, nicht immer nur Programme, sondern handeln, immer handeln. (Lebhafte Heiterkeit links. — Beifall der D. Sp.)

Reichsinnenminister Dr. Wirth:

Wollte ich gegen den Vorredner polemisieren, so müßte ich mich zu meinem verehrten Herrn v. Kardorff in Gegensatz stellen. (Heiterkeit.) Herr v. Kardorff hat von der Zwangshebe in Thüringen gesprochen und davon, daß ihm diese Gemeinschaft seiner thüringischen Parteigenossen in der Seele weh tue. Nach dem lokalen Versteck mit Thüringen haben wir die Sperre der Polizeiausgänge sofort aufgehoben.

Vom Bürgerkrieg in Deutschland ist keine Rede. Ich habe das Vertrauen zu allen Länderregierungen, daß sie jeden solchen Versuch im Keime ersticken.

Nachdem sich die Partei der Nationalsozialisten ins Brinnleben zurückgezogen hat, eine Flucht aus der Politik, wie sie für eine ganze Partei nur im Volk der Dichter und Denker möglich ist, hat man den phantastischen Plan erörtert, ein Parlament der nationalen Opposition in Weimar aufzumachen. Wenn diese Herren zusammenkommen wollen, so haben wir nichts dagegen. Dazu stehen ihnen auch Säle im Reichstag zur Verfügung. Etwas anderes ist es aber,

wenn Herr Dr. Frick als Minister eines Landes vor die Jugend tritt und mit dem Gedanken dieses Gegenparlaments spielt. Sollte dieser Gedanke zu vorbereitenden Handlungen führen, so wäre das eine revolutionäre Tat, und dagegen müßte das eingeseht werden, was als Reichseresultat schon einmal gegen Thüringen eingeseht worden ist.

(Abg. Moerike (Komm.): Ach, Sie Schwächling! — Ordnungsruf.) Sie (zu den Komm.) wollen Deutschland revolutionieren, uns ist es nur darum zu tun, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Darum werden wir nachdrücklich gegen jede Vorbereitung revolutionärer Handlungen einschreiten. Man sollte in Thüringen darauf achten, nicht die Grenze zu überschreiten, über deren Einhaltung die Reichsregierung zu wachen hat. Es wäre gut, wenn Abg. Schmid mit seinem Freund v. Kardorff eine Expedition nach Thüringen unternehmen würde, um die Herren dort in diesem Sinne zu warnen. (Beifall in der Mitte.) Ich nehme an, daß keine Reichsgelder für ein Weimarer Gegenparlament verwendet werden sollen, zum Aufspielen einer solchen Farce. (Beifall.) An die Braunschweiger Regierung haben wir wegen der bekannten Vorgänge geschrieben. Wir warten auf die Antwort und werden sie dem Hause mitteilen.

Soll die Krise des Parlaments nicht zu einer Staatstriebe werden, so müssen wir eine Wohlreform machen. Im Ruhrgebiet lassen wir alle Richtungen zu Worte kommen, auch die der Opposition. Es geht freilich nicht an, daß am Schluß einer durch den Ruhrgebiet übertriebenen Freidenkerveranstaltung angedeutet wird, die Konsequenz müßte der Austritt aus der Kirche sein. Es muß in solchen Veranstaltungen der Geist wahrer Toleranz gewahrt werden, wenn sie übertragen werden sollen.

Es hat keinen Zweck, nochmals ein Schulgesetz einzubringen, wenn man weiß, daß unter den jetzigen Verhältnissen doch nichts dabei herauskommt.

Die Polemik des Abg. Schmid gegen die Auswüchse der nationalsozialistischen Agitation war etwas kurz geraten.

Was sich hier an sogenanntem Neuen regt, ist doch recht bedenklicher Natur. Der Führer Rosenberg schreibt in einem dicken Wälzer, die Idee der nationalen Ehre verträge keine gleichwertige Kraft neben sich, weder die christliche Liebe, noch die humanität, noch die römische Philosophie. Dieses geschundene, geplagte deutsche Volk bedarf wirklich der christlichen Barmherzigkeit, die von den Nationalsozialisten abgelehnt wird.

Was in der verheerenden Studentenschaft sich bei so vielen Gelegenheiten zeigt, das ist nicht frischer Jugendgeist, sondern eine Verrohung, die mit deutschem Kulturgeist nichts zu tun hat. (Sehr wahr!) Es ist dringend notwendig, die Schulen und Universitäten wieder zu entpolitisieren.

Der Minister wendet sich dann scharf gegen die kirchenfeindliche Agitation der Kommunisten und kündigt die Anwendung der staat-

lichen Nachmittel gegen solche Propaganda an. (Die Kommunisten protestieren lärmend.) Der Minister antwortet: Wenn Sie das nicht anhören können, dann gehen Sie doch an die frische Luft! (Abg. Jadašch (Komm.) protestiert erregt immer wieder gegen diese Bemerkung und wird nach wiederholten erfolglosen Ruhemahnungen vom Präsidenten Löbe aus der Sitzung verwiesen.) Diese Rohheitsauswüchse müssen so schnell wie möglich beseitigt werden. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen. — Lärm der Komm.)

Ich werde an die Länder das Ersuchen richten, mit allen Mitteln der erbärmlichen Verhehung in den Gottlosen-Abenden ein Ende zu bereiten.

(Händeklatschen. — Großer Lärm der Komm.) Wir werden mit aller Energie einschreiten gegen diese Unkultur! (Erneuter Beifall.) In einem „Lischgebet“ wird der Hallel in einer Weise behandelt, daß es mir nicht möglich ist, die Verse hier vorzulesen. Es handelt sich um einen barbarischen Einbruch in das Geistesleben unseres Volkes! (Fortgesetzte Zurufe der Komm., die u. a. das Verhältnis zu Rußland anführen.) Die Entscheidung über die Frage der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit dem russischen Volk steht in dieser Stunde nicht zur Debatte. (Lachen der Komm.) Das ist Sache des Außenministers. Die in Deutschland vorhandene Opposition gegen politische Zusammenarbeit mit Sowjetrußland wird von den deutschen Kommunisten geradezu herausgefordert. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Dann sprechen Abg. Behold (Sp.) gegen schikanöse Gesundheitsvorschriften, Abg. Strathmann (Christlichsozial) gegen den Reichskunstwart und den Kulturbolschewismus, und Abg. Winkuh (Staatsp.) gegen Heinrich Manns neues Buch und für „sozialen Kapitalismus“.

Abg. Frölich (Soz.):

Während Herr von Kardorff ein Anhänger des republikanischen Systems ist, hat sein Parteigenosse Schmid wie ein NS. gesprochen. Kardorff nannte die NS. unartige politische Kinder und kritisierte ihre parlamentarischen Manieren. Aber in Thüringen und Braunschweig läßt sich dieselbe Volkspartei alle Fußtritte der NS. gefallen und tut immer, was diese wünschen.

In Weimar wird die Hakenkreuzfahne bereits bei staatlichen Festlichkeiten ausgehängt.

So bei der Einführung des Professors Schulze-Naumburg an der Kunstschule. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien haben zwar deshalb die Feier verlassen, aber den Mut zu einem Protest haben sie nicht aufgebracht.

Worum folgt die Deutsche Volkspartei den NS.? Weil sie in Gemeinschaft mit ihnen Thüringen vor dem Anschluss an Preußen oder an das Reich retten will, und weil sie den Marxismus gemeinsam bekämpfen. Zum Dank dafür hat Frick in einem Neujahrswunsch seine Kampfgenossen als Helfershelfer der marxistischen Verräter gekennzeichnet.

Dabei wurden die Volksparteiler in Thüringen, daß ein Mann Minister bleibt, der wegen Beihilfe zum Hochverrat verurteilt ist, und in Braunschweig einen Minister, den das oberste Landesgericht beschuldigt hat, daß er objektiv die Unwahrheit ausgelegt hat;

der Volksmund würde sagen, daß er gelogen hat. (Präsident Löbe: Das dürfen Sie aber nicht sagen.) Der volksparteiliche Führer Dingeldey hat am vergangenen Sonntag den NS. ein Koalitionsangebot für den Reichstag gemacht. Zur gleichen Zeit haben die „unartigen Kinder“ in Hamburg den volksparteilichen Abgeordneten Dauch niedergeschrien.

Herr Schmid wollte gewiß gutmachen, was Herr von Kardorff nicht gut gemacht hatte. Nach Herrn Schmid sind die Kommunisten an allen Uebeln schuld. Gegen die Selbständigkeit Lippe-Deimolds und anderer kleinen Länder hat Herr Schmid nichts einzuwenden, aber

Preußen soll seine Selbständigkeit verlieren, dann hätten nämlich die Volksparteiler die Möglichkeit, im Reichstag mit den NS. zu arbeiten.

Herr Schmid hat auch gesagt, die Volkspartei habe verhindert, daß der Reichsinnenminister in Braunschweig eingegriffen hat. Die Volkspartei hat auch den Vergleich Thüringens mit Dr. Wirth auf dem Gewissen, von dem jetzt die NS. erklären, da nicht sie ihn geschlossen haben, brauchten sie ihn auch nicht zu beachten. (Hört! hört! links.)

Seitdem die Volkspartei in Braunschweig der hiesigen SA übergeben worden ist, sind schon zehn Tage vergangen — Herr Wirth aber wartet auf die Antwort!

Ueber die Heiligkeit eines Hitterschen Eides denken wir anders, als Herr Schmid. Hitler hat zweimal sein Ehrenwort gebrochen, und letzthin hat auch das Reichsgericht entgegen dem Eid des Herrn Hitler seine Ueberzeugung ausgesprochen, daß mindestens ein Teil der Hitler-Partei seine Ziele durch gewaltsamen Umsturz erreichen wolle. In dem Streit um das Schulgebet hat Frick noch im September 1930 erklärt, Wirth habe sich durch seine Anträge zum Anwalt der Betrüger und Verräter gemacht.

Nach wie vor ist die thüringische Landespolizei mit Nazifellen durchsetzt. Als Hitler in Gotha eine Versammlung abhielt, nahmen Oberbeamte der Polizei, mit dem Hakenkreuz am Kopf, daran teil; sie marschierten unter der Naziflagge in den Saal und wurden von Frick mit dem Fackelstengel begrüßt.

Die Nazi-Polizeidirektoren sind weiter im Amt. Obwohl die bürgerlichen Parteien die Eignung des Nazikandidaten verneinten, wurde er unter dem Druck eines Streiks der Nazifraktion zum zweiten Polizeidirektor in Weimar gemacht, so daß beide Polizeidirektoren in Weimar Hakenkreuzer sind. Die Polizeibeamten sind in erster Linie auf die Reichsverfassung vereidigt; wenn sie sehen, was vorgeht, müssen sie das Recht haben, sich an verfassungstreuer Stelle zu betätigen.

Nicht Preußen hat Spitzel gegen Thüringen getrieben, aber durch einen Taschendiebstahl ist diese Beschwerde zur Kenntnis des Ministeriums Frick gekommen. Der Vertreter des Ministers hat im Landtag diesen Taschendiebstahl als glücklichen Zufall bezeichnet.

Danach dürften in Deutschland Taschendiebe nicht mehr verurteilt werden. (Sehr gut! links.) Der Beschwerdebrief wurde bei der Landeskriminalstelle fotografiert und dann wieder heimlich dem Besitzer in die Tasche gesteckt. (Hört, hört! links.) Das sind die Methoden des Dritten Reiches.

Der Oberbürgermeister und der Polizeidirektor in Altenburg wurden gemahnt, weil sie das Auftreten des Nazifisten von Gerlach als Diskussionsredner in einer Versammlung mit dem Thema „Ist die Republik bedroht?“ nicht verhindert haben. (Hört! hört! links.) Artikel 118 der Reichsverfassung wird in Thüringen glatt außer Kraft gesetzt.

Gerichtsentscheidungen hat Frick in Versammlungen als Popanz bezeichnet, über den man hinwegschreitet.

So spricht ein Minister, gebraucht aber ein sozialdemokratischer Redakteur ein scharfes Wort, wird er sofort angeklagt.

Frick hat erklärt: „Solange das Reich Tributpolitik treibt, gibt es keinen Frieden zwischen Thüringen und dem Reich.“ Das heißt, solange das Reich seine Verträge gegenüber dem Ausland einhält! Frick will den Krieg gegen das Reich, und die bürgerlichen Parteien werden das alles ein. Der „Blätliche Beobachter“ schrieb am 21. v. M., daß der Kampf gegen das Schwarz-rote Young-Gesindel leicht einleige. Der Reichsinnenminister hat seine Zeit oder keine die Dine nicht, er tut nichts. Er läßt sich sogar nachhaken, daß er den Bund der Gottlosen, gegen den er vorhin gesprochen hat, nicht nur dulde, sondern die Aufsicht in ihm führe.

Wenn die Drohung mit dem Sonderparlament in Weimar ausgeführt wird, so ist das eine Verletzung der Reichsverfassung.

Als wir 1923 mit den Kommunisten zusammen eine Regierung gebildet hatten, war binnen zehn Tagen die Reichswahr be, um diese Regierung zu entformen. Da hatte man es eilig, aber gegenüber dem, was die Nationalsozialisten tun, geschieht nichts. Vom Reichsinnenminister als Hüter der Verfassung muß erwartet werden, daß er endlich energischer gegen die Faschisten und Verfassungsbrecher vorgeht.

Mindestens ebenso scharf wie nach links, muß der Kampf gegen die gefährt werden, die offen sagen, daß sie die Verfassung nicht halten wollen. Wenn Dr. Wirth mehr Rückgrat zeigt, wird er uns hinter sich haben. Wir rufen ihm das Wort zu: Landgraf werde hart!

(Beifall und Händeklatschen links.)

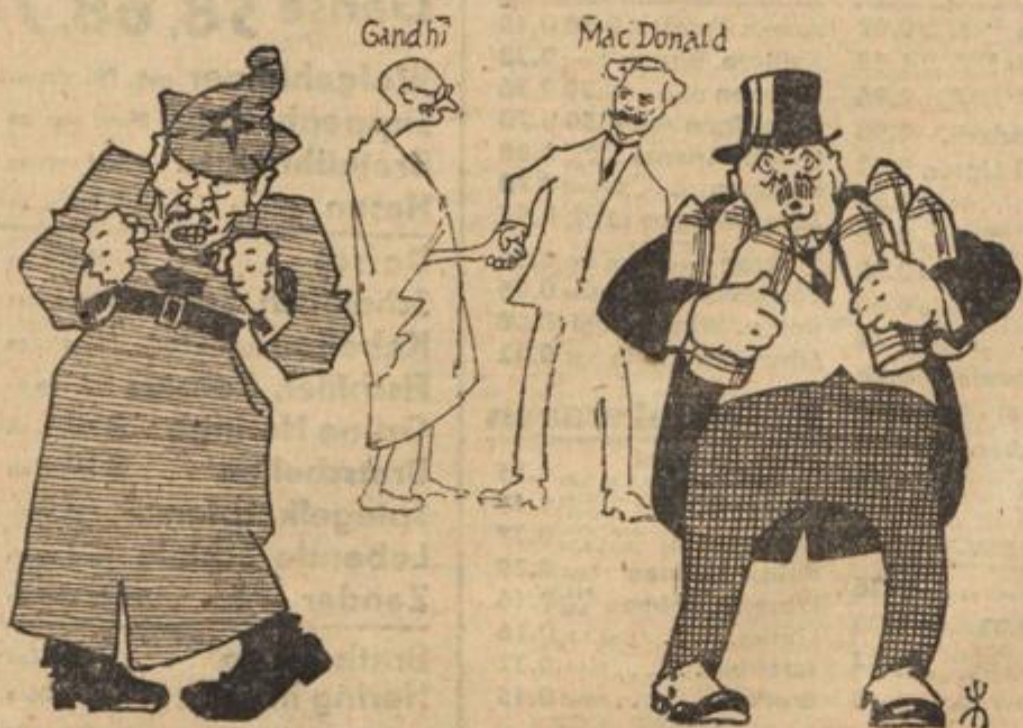
Präsident Löbe: Verfassungsbrecher dürfen Sie sagen, aber nicht Verfassungsverbrecher.

Abg. Budmann (Komm.) bringt die verfassungswidrigen Verbote kommunistischer Versammlungen in Bayern zur Kenntnis des Hauses, seine Parteigenossin Frau Stimmler fordert höhere Aufwendungen des Reiches zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Um 19½ Uhr wird die Weiterberatung auf heute, Freitag, 15 Uhr, vertagt; außerdem Entscheidung über die Zulassung der Strafverfolgung verchiedener Abgeordneter.

Zwei Enttäuschungen.

Zur englisch-indischen Ausöhnung.



„Wieder verdirbt uns so ein Sozialist unser ganzes Kriegs- und Geschäfte.“

Vandervelde über Versailles.

Solidarität mit der deutschen Sozialdemokratie.

Brüssel, 5. März. (Eigenbericht.)

Die außenpolitische Debatte in der belgischen Kammer wurde am Donnerstag nachmittag fortgesetzt. Der frühere christlich-demokratische Ministerpräsident Pouillet betonte, daß er niemals die Regierung übernommen hätte, wenn er der Auffassung gewesen wäre, daß das belgisch-französische Militärabkommen einem Bündnis gleichkomme. Er sei davon überzeugt, daß dieses Bündnis eines kleinen Landes mit einem mächtigen Nachbarn zu einem Verhältnis der Abhängigkeit führen müsse.

Der sozialistische Führer

Vandervelde

hielt eine groß angelegte außenpolitische Rede, in der er der Reihe nach zu den wichtigsten internationalen Fragen Stellung nahm. Obwohl er den guten Willen des gegenwärtigen Außenministers Hymans auf internationalen Gebiet anerkannte, wies Vandervelde auf den Widerspruch hin, der zwischen dessen Tätigkeit in Genf und der Politik der belgischen Regierung auf dem Gebiet des Zollwesens und der Rüstungen besteht. Die Schutzzollpolitik, der auch die belgische Regierung Konzessionen mache, sei zugleich auch eines der größten Hindernisse der europäischen Verständigung. Noch viel schlimmer sei aber die in den letzten Jahren von der belgischen Regierung betriebene Aufrüstungspolitik. Belgien sei das einzige europäische Land, das heute mehr Geld für Rüstungszwecke ausbehalte als 1913. Aber auch eine ganze Anzahl anderer Länder steigerten ihre Rüstungen fortgesetzt, darunter namentlich Deutschland, Oesterreich, Italien und Frankreich, dessen Kolonialarmee allein größer sei als die ganze deutsche Reichswehr.

Vandervelde benutzte die Gelegenheit, zugleich auf die außerordentlich schwierige Lage hinzuweisen, in der sich gerade jetzt die deutsche Sozialdemokratie befinde, die im Ausland besser gewürdigt zu werden verdiene, als es bis jetzt der Fall sei.

Die deutsche Sozialdemokratie stehe vor der Frage, für den Reichsmehrheit und den Panzerkreuzer stimmen zu müssen oder wenigstens nicht dagegen zu stimmen, wenn sie nicht den Sturz der Regierung der Mittelparteien herbeiführen und die Gefahr einer Rechtsregierung in Deutschland heraufbeschwören wollen. Die belgischen Sozialisten könnten der deutschen Sozialdemokratie die Versicherung ihrer Sympathie und Solidarität geben, wie auch ihre Entscheidung in dieser schwierigen Frage ausfallen möge. Denn die Sozialisten Belgiens wüßten, daß die Sache, die die deutsche Sozialdemokratie verteidige, die Sache der Demokratie und des Friedens sei.

Vandervelde wandte sich dann dem belgisch-französischen Militärabkommen zu und begrüßte die Erklärungen Hymans und insbesondere, daß diese im Einvernehmen mit der französischen Regierung gemacht worden sind. Hätte es sich bei diesem Abkommen um ein Bündnis gehandelt, dann hätten es die belgischen Sozialisten niemals unterschützt. Vandervelde erinnerte aber auch daran, daß seinerseits die Absicht bestand, dieses Abkommen durch ein englisch-belgisches Abkommen zu ergänzen. Dazu sei es nicht gekommen, und darum sei das belgisch-französische Abkommen unvollständig und einseitig, und mache das im Zustand bestehende Mißtrauen durchaus begreiflich. Er kam dann zu Locarno. Es sei schon richtig, daß Locarno Besprechungen zwischen den Generalstäben der einzelnen Vertragsländer zulasse, nur dürften diese Besprechungen nicht einseitig gegen ein bestimmtes Vertragsland gerichtet sein, sondern im Geiste der gegenseitigen Verständigung aller Vertragsparteien bleiben. Am besten wäre es, wenn das belgisch-französische Militärabkommen von beiden beteiligten Ländern gemeinsam als überholt und für nichtig erklärt würde.

Vandervelde machte fortsetzend sehr wichtige

Erklärungen zur Frage der Revision des Versailler Vertrages sowie zur Kriegsschuldfrage. Es gebe im Versailler Vertrag Bestimmungen, die das internationale Gewissen für richtig halte. Das sei namentlich die Rückkehr Elsas-Lothringens zu Frankreich und die Unabhängigkeit Polens. Über eine ganze Reihe anderer Bestimmungen könne nicht als gerecht anerkannt werden. Dazu gehörten insbesondere die Wegnahme der deutschen Kolonien, die Militärbestimmungen des Vertrages, die

Regelung der Saarfrage, die Grenzbestimmungen im Osten. Unter diesen Umständen dürfe man nicht, wie es Lardieu in der französischen Kammer getan habe, den Vertrag als unantastbar hinstellen oder sich von vornherein jedem friedlichen Revisionsversuch widersetzen.

Was die Kriegsschuldfrage und die damit in Zusammenhang gebrachte Abrüstungsfrage anbetrifft, so wandte sich Vandervelde mit großer Schärfe gegen den französischen Kriegsminister Maginot, der unter Hinweis auf Deutschlands Kriegsschuld in der Rüstungsfrage eine verschiedene Behandlung für die schuldigen und unschuldigen Länder verlangte. Die deutschen Sozialdemokraten und Sozialisten hätten die unmittelbare Schuld des deutschen Kaiseriums am Kriege freiwillig anerkannt und besonders was Belgien anbetrifft, habe sogar das kaiserliche Deutschland im Kriege selbst die Verantwortung zugegeben.

Aber wer könne heute nach all den Veröffentlichungen noch behaupten, daß Deutschland allein die Schuld am Kriege treffe,

daß nicht auch andere Regierungen, wenigstens was die mittelbare Ursache des Krieges betreffe, ebenfalls schuldig gewesen seien. Die Erklärung Vanderveldes wurde auf den Banken der Regierungsmehrheit mit starkem Widerspruch aufgenommen, worauf von sozialistischer Seite ebenso energisch geantwortet wurde. Der frühere sozialistische Unterrichtsminister Hymans rief: „Stellt euch doch nicht so dumme!“

Vandervelde schloß mit der Aufforderung an das belgische Kabinett und die anderen beteiligten Regierungen, sich hinsichtlich der Kriegsschuldfrage nicht von einer einseitigen Auffassung leiten zu lassen, denn dadurch würde der Erfolg der Abrüstungskonferenz von 1932 gefährdet. Ein Mißerfolg dieser Konferenz wäre aber geradezu eine Katastrophe für die europäische Verständigung. Die Fortsetzung der Kriegsrüstungen müsse unfehlbar zu einem neuen Kriege führen, und ein neuer Krieg würde bald zu einem allgemeinen Bürgerkrieg ausarten, wo nicht Nation gegen Nation, sondern Klasse gegen Klasse stünde. Wer das vermeiden wolle, müsse ehrlich, nicht nur in Worten, sondern auch in Taten für die internationale gleichzeitige und kontrollierte Abrüstung einstehen.

Die Rede Vanderveldes, die an einigen Stellen von den Nationalisten unterbrochen worden war, wurde von den Sozialisten und einigen flämischen Abgeordneten mit starkem Beifall aufgenommen.

Fraktion Mosley.

Sechs Mann und ein Tor.

Neben Mosleys Gattin hat jetzt auch der Abgeordnete und Sekretär der Beamtenorganisationen W. J. Brown die Labour-Party verlassen. Einschließlich des Ehepaars Mosley sind nunmehr sechs Abgeordnete aus der Labour-Party ausgeschieden; 6 von 280. Damit dürfte der Zug zur Mosley-Party von Seiten der Arbeiterpartei erschöpft sein. Ein kümmerlicher Anfang.

Bezeichnend ist die Austrittserklärung Browns an MacDonald. Darin heißt es, er (Brown) werde zwar in der Außenpolitik stets die Regierung unterstützen, innerpolitisch müsse er jedoch gegen sie Front machen. Deshalb schloße er sich Mosley an. Wenn dies vielleicht auch politischer Selbstmord sei, so solle er ihm leichter als der Selbstmord an seiner innerpolitischen Ueberzeugung.

Von den Konservativen will der Abg. Allen keine Freunde verlassen und zu Mosley gehen. Allen ist aber bei seinen konservativen Wählern auf den gleichen Widerstand und auf dieselbe Empörung gestoßen, wie es den Abgeordneten der Mosley-Gruppe in der Arbeiterschaft und ihren Wahlkreisen ergangen ist.

Wichtiger Rundfunkvortrag. Am Sonntag, dem 8. März, früh 8.25 Uhr, spricht in der Landwirtschaftlichen Stunde Oberregierungsrat Albrecht vom Preussischen Landwirtschaftsministerium über das Thema: Sozialer Aufstieg deutscher Landarbeiter durch Siedlung.

Berringertes Reichsdefizit.

Die Reichseinnahmen im Januar.

Im Monat Januar stellten sich die Reichseinnahmen im ordentlichen Haushalt auf 1123,5 gegen 650,6 Mill. M. im Dezember. Die beträchtliche Steigerung gegenüber dem Vormonat ist darauf zurückzuführen, daß im Januar Quartalszahlungen für wichtige Steuerarten, wie Umsatz- und Einkommensteuer, fällig waren. Die Ausgaben im Januar betrugen 983,5 Mill. M., so daß sich im Berichtsmontat eine Mehreinnahme von 140 Mill. M. ergibt.

In den abgelaufenen zehn Monaten des Rechnungsjahres 1930/31 (April bis März) stehen 9563,6 Mill. M. Ausgaben 8835,9 Mill. M. Einnahmen im ordentlichen Haushalt gegenüber, so daß die Mehrausgabe 727,7 Mill. M. ausmacht.

Der außerordentliche Haushalt ergab in der gleichen Zeit eine Gesamteinnahme von 797,3 Mill. M., denen Ausgaben von 276,6 Mill. M. gegenüberstehen, so daß sich im laufenden Finanzjahr eine Mehreinnahme von 520,6 Mill. M. im außerordentlichen Haushalt ergibt. Ueber 487 Mill. M. der Einnahmen im außerordentlichen Haushalt entfielen auf Anleihen.

Unter Berücksichtigung des Fehlbetrages aus den Vorjahren beläuft sich im ordentlichen Haushalt das Gesamtschuldendefizit auf 727,7 und im außerordentlichen Haushalt auf 251,1 Mill. M. Das Gesamtschuldendefizit im Reichshaushalt betrug daher Ende Januar 993,8 Mill. M. gegenüber 1189,5 Mill. M. Ende Dezember 1930, so daß sich eine Erleichterung um annähernd 200 Mill. M. ergibt.

England spart.

London, 5. März. (Eigenbericht.)

Die englische Regierung hat für das Budgetjahr 1931 die Marineausgaben um insgesamt 2418 770 Pfund Sterling (rund 50 Millionen Mark) gekürzt.

Die Angst vor der Wahrheit.

Es gibt keinen Brest-Litowsk-Prozess.

Warschau, 5. März.

Zur Verlegung des Bromberger Presseprojektes nach Thorn — weiß das Bromberger Gericht die Zeugenvernehmung der Opfer von Brest Litowsk beschlossen hat! — verweist die Oppositionspressen darauf, daß in Kattowitz etwa 15 Presseprojekte vom Bürgergericht selbst niedergeschlagen wurden auf Antrag des Staatsanwalts, welcher erklärt hatte, daß den angeklagten Redakteuren nicht nachgewiesen werden könne, im Bewußtsein der Widerrechtlichkeit gehandelt zu haben! Das Gericht hatte dem Antrag stattgegeben, obwohl der angeklagte Redakteur der „Polonia“ sofort erklärte, daß er, die inkriminierte Handlung im Bewußtsein ihrer Bedeutung begangen habe und den Wahrheitsbeweis, d. h. die Vernehmung der früheren Gefangenen von Brest, zuzulassen bitte. — Die Gefangenen von Brest haben von einer Anzeigenerstattung gegen ihre Folterer abgesehen, weil sie in eigener Sache nicht als Zeugen verkommen werden könnten und das Verfahren am Ende ihnen selbst die Anklage wegen „Berächtlichmachung staatlicher Einrichtungen“ hätte einbringen können.

Deutsches Theater.

Zudemmer: Der Hauptmann von Köpenick.

Dramatische Bilderbogen von Glanz und Niedergang dieses närrischen Ritters, der das Ende der alten Bühelmannzeit mit herbeiführte, obwohl er nur ein passloser Juchthäuser war. Heiter, sprühend, vor allem Werner Krauß als Schuster und Hauptmann. Großartige Leistung, die dem Stücke Erfolg gegen einige unzufriedene verschaffte.

M. H.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geeser; Wirtschaftl.: G. Altmann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: Dr. Hans Schönmayer; Kollaborat. und Sachverst.: Fritz Karfah; Anzeigen: Th. Glaser; sämtlich in Berlin. Verlag: Verlags-Gesellschaft m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 66, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen und „Stadtblatte“.

WERTHEIM

Zusendung von 5 M an. Obst, Gemüse u. leicht verderbliche Artikel werden nicht zugesandt

Billige

Soweit Vorrat!

Lebensmittel

Frisch. Fleisch		Obst u. Gemüse	
Rinderkamm u. Brust Pfund	0.82	Amerik. Äpfel Pfd.	0.38 0.48
Schmorfleisch ohne Kn. Pfund	1.16	Kaliforn. Birnen Pfund	0.38
Roastbeef mit Knochen, Pfund	0.96	Zitronen Dutzend	0.30 0.36
Hammel-Vorderfl. Pfund	0.98	Apfelsinen Dutz.	0.50 0.70
Gulasch Pfund	0.90	Frische Ananas Pfund von an	0.68
Gehacktes Pfund	0.80	Bananen Pfund	0.78
Rückenfett bratfertig Pfund	0.66	Jaffa-Orangen 10 Stk. v. an	0.95
Käse mild gesalzen Pfund	0.88	Möhren gewaschen, Pfd.	0.06
Kalbskamm Pfund	0.64	Weißkohl Pfund	0.06
Kalbsbrust Pfund	0.74	Rot- u. Wirsingkohl	0.08
Kalbsnierenbraten	0.76	Schwarzwurzeln Pfd.	0.22
Kalbschnitzel Pfund	1.80	Kolonialwaren	
Schweinerücken und Bauch	0.78	Olympia-Mehl 5-Pfund-Beutel 1.55, 1.45	1.35
Fr. Bratwurst Spezialität Pfund	1.10	Rauhreif-Mehl 5-Pfund-Beutel	1.55
Räucherwaren		Auszugmehl 1-lb. Pfd.	0.27
Bücklinge Pfund von an	0.26	Kalk. Pflaumen Pfund	0.28
Sprossen Pfd. 0.32 Kleinh. 0.30		Ersensu. Bohnen Pfd.	0.16
Dorsch u. Dorschrogen, Pfund von an	0.44	Linsen Pfund	0.21
Flundern Pfund von an	0.45	Tafelreis Pfund	0.22
		Bruchreis Pfund	0.15

Gänse 58, 68, 78 Pf.

gefroren, Pfd.	
Wolghühner gefr., Pfd. von an	0.92
Suppenhühner Pfund von an	0.94
Brathühner Pfund von an	1.10
Hasen gestr. u. ausgeworl., Pfd. v. an	0.68
Dorsch Pfund von an	0.12
Schellfisch, Seelachs Pfd. v. an	0.22
Kabeljau ganze Fische, Pfund v. an	0.26
Fischfilet, Rotbars Pfd. von an	0.32
Grüne Heringe 3 Pfd. v. an	0.42
Bratschollen 3 Pfd. v. an	0.58
Spiegelkarpfen leb., Pfd. v. an	0.92
Lebende Schleie Pfund v. an	1.10
Zander gefroren Pfund von an	0.36
Bratheringe 1/2-Liter-Dose	0.58
Hering in Gelee 1/2-Liter-Dose	0.68

Wurstwaren

Hausmach.-Sülze Pfd.	0.52
Landleberwurst Pfund	0.85
Dampfwurst Sülzwurst u. Fleischw. u. Wiener, Pfund	0.88
Bockwurst (Hausmacher) u. Mettwurst Pfund	1.08
Leberwurst Pfund	1.10
Kümmel- u. Jagdwurst Pfund	1.25
Holstener Zerkleht u. Salami, Pfund geschlitt. 1/2 Pfund	1.38
Gek. Schinken geschlitt. 1/2 Pfund	0.45
Königsstr., Rosenthaler Str., Moritzplatz	
Blut- u. Leberw. frische Pfund	0.65
Berliner Mettwurst	1.10
Bierwurst Pfund	1.45

Konserven

Karotten geschlitten	0.25
Junge Schnittbohnen	0.35
Brechbohne	0.38 0.48
Spinat	0.39
Kohlrabi	0.33
Junge Erbsen fein	0.85
Kaiserschoten	1.15 1.30
Gemisch. Gemüse mittel-fein	0.84
Gemisch. Gemüse fein	1.20
Bruchspargel mittel	1.59
Sellerie 1/2 Dose	0.38 0.55
Erdbeeren	1.20

Wein

Preise für 1/2 Flasche, ohne Glas	
1929 Oberhaardler Tischw.	0.73
1928 Bornheim. Hähnchen	0.90
1928 Heijochberg Rheinl.	1.10
1927 Droner Roderlo sp. 15.	1.70
1921 er Edelgewächs feinst Dornwein	
1921 Rüdoshemer Gessol Waustum Scholl	1.90
1921 Gunterbl. Borphod Wachstum Schmitt	1.90
1921 Moienh. Goldberg Wachstum Mühl	1.90
Wein und Spirituosen vom Faß zu billigen Preisen	

Käse u. Fett

Ramadou 2 1/2 Stk	0.35
Camembert vollf., 6-tägig Schacht. 6 Stk	0.25
Dän. Schweizer Käse Pfund	0.80
Limburger vollf.	0.84
Kokosfett 1-Pfund-Tafel	0.40
Margarine Pfund	0.40 0.52
Rohschmalz Pfund	0.58
Tafelbutter Pfund	1.50 1.66

Unvernunft im Stadtparlament.

Die Bewag soll bauen — aber ohne Geld! — Die U-Bahnbauten.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten ging es sehr ruhig zu. Bei den Reden sprach sich die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, daß es wenig Sinn hat, noch Klamaul in einem Parlament zu inszenieren, das durch die Verabschiedung des neuen Berliner Gesetzes bald arbeitsfähiger als bisher gemacht werden wird. Im Mittelpunkt der Beratungen stand das Bauprogramm der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke A.-G. (Bewag), das einen Gesamtwert von rund 58,5 Millionen Mark ausmacht. In der Versammlung fand sich eine große Mehrheit, die der Bewag beifolgt, daß im Interesse der Wirtschaftlichkeit der Gesellschaft und im Hinblick auf den dauernd wachsenden Stromverbrauch ein maßvolles Bauprogramm durchgeführt werden muß. Aber im stichischen Kleingruppen verweigerte eine andere Mehrheit der Bewag die Ermächtigung zur Aufnahme der notwendigen Gelder. Ein solcher Beschluß kann nur als unzulässig bezeichnet werden. Allein die Sozialdemokraten und die Vertreter der Staatspartei machten den Anstoss nicht mit, nachdem der sozialdemokratische Redner, Stadtverordneter Amberg, die Notwendigkeit der Durchführung des Bauprogramms nachgewiesen hatte. Großes Interesse fand im Hause daneben die Beratung der Vorlage über die Kosten der Untergrundbahnbauten. Berichterstatter über das Ergebnis der Beratung im Haushaltsausschuß war der sozialdemokratische Stadtverordnete Schäfer.

Der Vorsitzende, Genosse Haß, eröffnete die gestrige Sitzung der Stadtverordneten mit einem Nachruf auf den dieser Tage verstorbenen früheren Stadtverordneten Dr. Dove (Dem.). — Ein Dringlichkeitsantrag der Wirtschaftspartei forderte die Herabsetzung der Lustbarkeitssteuer um die Hälfte; er wurde ohne Debatte dem Haushaltsausschuß überwiesen. —

Kosten der Untergrundbahnbauten

und die Ermächtigung für diese Zwecke referierte Stadtverordneter Schäfer (Soz.). Der Haushaltsausschuß hat sich sehr eingehend mit der Vorlage beschäftigt. Die Kosten gliedern sich in die reinen Baukosten, die 287 Millionen Mark betragen, in die Kosten für die Grundstücke in Höhe von rund 25 Millionen Mark und in die Baukosten zinsendend, der über 38 Millionen Mark erforderlich sind. Insgesamt erfordern die Untergrundbahnbauten also einen Aufwand von 351 Millionen Mark. Davon sind 120 Millionen Mark durch Anleihen gedeckt, während die restlichen 231 Millionen Mark noch durch Anleihen aufzubringen sind.

Im Ausschuß war mit 11:11 Stimmen die vom Magistrat nachgesuchte Ermächtigung zur Aufnahme von Anleihen abgelehnt worden; im Plenum beantragte gestern die sozialdemokratische Fraktion die Wiederherstellung der Vorlage. So wurde denn auch beschlossen. Der Magistrat hat also die Ermächtigung bekommen. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die Zustimmung zum

Bauprogramm der Städtischen Elektrizitätswerke

für einen Nachtrag zum Jahr 1929, für 1930 und auch für das Jahr 1931 in Gesamthöhe von über 82 Millionen Mark, wozu noch Kosten für Grundstücke, Werkzeuge und Inventaraufstellungen mit fast einer halben Million Mark kommen, erteilt. Das Zentrum, die Deutschnationalen, Kommunisten und Nationalsozialisten erklärten, der Vorlage nicht zustimmen zu können. Dabei spielte sich Stadtverordneter (Dnat.) als der Hüter städtischen Wertes auf, indem er behauptete, daß alles darauf hindeute, daß sich das Privatkapital der städtischen Werke bemächtigen wolle. Er vergah nur eines, daß nämlich während der Inflation die Deutschnationalen zuerst bereit waren, die Werke zu verschandern, als sich das Privatkapital darum bemühte. Damals wie stets war es die Sozialdemokratie, die gegen die Rechte der städtischen Wertes schützte.

Stadt. Amberg (Soz.)

folgte den Deutschnationalen und den Kommunisten einige bittere

Wahrheiten. Im Ausschußrat der Elektrizitätswerke waren sich alle Parteien über das Bauprogramm einig, ja, den Kommunisten ging es sogar nicht weit genug. Die Notwendigkeit des in der Vorlage beschriebenen Bauprogramms haben im Ausschußrat alle anerkannt; das hindert allerdings Herrn Schwenk von den Kommunisten nicht, jetzt hier im Plenum die Vorlage abzulehnen. Das liegt offenbar daran, daß man im Plenum nicht die Stadtverordneten reden läßt, die Ausschüsräte sind, sondern die Parteipolitiker. Um den Elektrizitätswerken das notwendige Bauprogramm zu sichern, hätten die Ausschüsräte gefordert, daß die Werke von weiteren Abgaben an die Stadt verschont werden müssen. Allerdings sei zugegeben, daß im gegenwärtigen Augenblick das neue Westwerk bei Siemensstadt wohl nicht gebaut werden würde; vor Jahren, als es in Angriff genommen wurde, war es dringend notwendig. Der Deutschnationaler Steiniger hat im Haushaltsausschuß erklärt, daß man die Stellungen, die besonders an das neue Westwerk angegeschlossen werden sollen, ohne Strom lassen müsse, und er gab auf Befragen zu, daß

die Siebter dann eben bei der Petroleumlampe bleiben müßten.

Das ist allerdings eine Politik, die die Sozialdemokraten nicht mitmachen können. Dem Zentrum blieb es vorbehalten, die Einstellung der Stromlieferung für die Klammerelektrolyse zu fordern. Dabei ist jedem Kenner der Verhältnisse bekannt, daß gerade die Klammerelektrolyse das beste Geschäft für die Elektrizitätswerke ist. Die Bewag auf dem höchsten Stand der Technik zu erhalten, sei die Pflicht des Bauprogramms. Dieses oder ein noch größeres Programm (so wie es die Kommunisten forderten), könnte aber nicht durchgeführt werden, wenn nach dem Willen der Kommunisten die Strompreise um 30 Proz. ermäßigt würden. Herr Steiniger erinnerte Amberg daran, daß er, Steiniger, es gewesen sei, der im Jahre 1923 die Straßenbahn verscherten wollte. Wehrlich verhielten sich die Deutschnationalen im Jahre 1924, als die städtischen Werke in Aktiengesellschaften umgewandelt wurden. Auch damals erklärte der deutschnationaler Redner, daß man die Werke an das Privatkapital abgeben müsse. Zum Glück ist die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung unter Führung der Sozialdemokraten diesen Untertun nicht gefolgt; die Werke haben sich gut entwickelt und, obwohl sie jetzt unter der Mißgunst der Verhältnisse leiden, werden sie sich auch weiter entwickeln. Selbstverständlich werden die Sozialdemokraten dem Bauprogramm zustimmen. (Bravo bei den Soz.)

Die Abstimmung ergab, wie bereits erwähnt, die Zustimmung der Versammlung zum Bauprogramm an sich. Abgelehnt wurde die Ermächtigung an den Magistrat, die restlichen Baukosten im Wege der Anleihen aufzubringen. Für die Ermächtigung stimmten nur Sozialdemokraten und Demokraten, alle anderen Parteien dagegen. Man bewilligte also das Bauprogramm, verwarf aber die Beschaffung der restlichen Mittel in Höhe von 62 Millionen Mark.

Die Bilanzen für die Städtische Oper A.G., die Strandbad Wannsee G.m.b.H. und für das Städtische Werk in Buch wurden gegen die Stimmen der Kommunisten genehmigt. Die Oper, sagte der Kommunist Klein, sei ein Vergnügungsinstitut für die Bourgeoisie, im Strandbad Wannsee solle man Unterhaltungsempfindungen nicht ohne Eintrittsgeld hinein, deshalb lehne seine Fraktion das alles ab. „Zur Kenntnis“ genommen wurden die Bilanzen der Berliner Straßenbahnbetriebs G.m.b.H., der Erholungsheimbetriebsgesellschaft, der Berliner Brennstoff-Gesellschaft und der Stadtgüter G.m.b.H.

Eine ganze Anzahl Anträge wurde dann noch erledigt. Ueber einen Antrag der Deutschnationalen, Wirtschaftsbetriebe der Stadt aufzulösen, wurde die Debatte auf nächsten Donnerstag verlagert.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht, der mit großer Mehrheit angenommen wurde:

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und von Berlin hat mit Schreiben vom 2. März 1931 eine Nachprüfung der Befolgsordnung der Stadt Berlin angeordnet. Ein Gutachterauschuß soll mit größter Beschleunigung zu den Beanstandungen Stellung nehmen. Bei der Durchführung der aufsichtsbehördlichen Maßnahmen würden erhebliche Gehaltskürzungen bei den Beamten und, da die Angestelltengehälter denen der Beamten angepaßt sind, auch der Angestellten eintreten. Mit Rücksicht darauf, daß die Befolgsordnung unter eingehender Würdigung der vielfältigen und verantwortungsvollen Tätigkeit der Gemeindebeamten durch übereinstimmenden Beschluß von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung zustande gekommen ist, ersucht die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat:

1. der Aufsichtsbehörde nochmals eindringlich die Gründe vor Augen zu führen, die seinerzeit für die Gestaltung der Berliner Befolgsordnung maßgebend waren; 2. mit allem Nachdruck einer Verschlechterung der Befolgsordnung entgegenzutreten und dabei 3. die durch die 3½ Jahre zurückliegende Eingruppierung erworbenen Rechte der Beamtenschaft zu schützen.

Vom Ringbahnzug zu Tode geschleift.

Auf der Ringbahn zwischen den Bahnhöfen Beusselstraße und Jungfernhede ereignete sich gestern nachmittags ein einschlägiger Unglücksfall.

Der zwölfjährige Schüler Heinrich Wiese aus der Siedingstraße 52, der zusammen mit mehreren Kindern auf dem Bahnkörper spielte, wurde von einem vorüberfahrenden Ringbahnzug erfasst. Das Kind wurde von dem Zug noch viele Meter mitgeschleift und dann den Bahndamm hinabgeschleudert. Passanten nahmen sich sofort des schwerverletzten Jungen an und brachten ihn in das Roablen Krankenhaus.

Bei der Einlieferung war jedoch der Tod bereits eingetreten.

Dr. Friedrich Wolf in Berlin.

Der hiesigen hiesigen Stuttgarter Arzt Dr. Friedrich Wolf kommt Sonnabend nach Berlin und wird vor Kerklen und Juristen sowie Pressevertretern über seinen Prozeß und über die Abtreibungsfrage im allgemeinen sprechen. Die Diskussion wird im Plenarsaal des Herrenhauses, Leipziger Str. 5, Sonnabend, den 7. März, 19½ Uhr, stattfinden. Eintritt nur gegen Vorzeigen der Einladung oder eines Verjausausweises. Als Redner sind vorgesehen: Dr. Friedrich Wolf, Stuttgart; Rechtsanwalt Dr. Apfel, Berlin; Dr. Gröbe, Celle-Berlin; Geh. Rat Prof. Dr. Dührssen. Zur Diskussion geladen sind: Sanitätsrat Dr. Bollmann, Prof. Dr. Großhahn, Oberreichsanwalt Dr. Obermeyer, Frau Dr. Schwörer-Talowski.

Eine öffentliche Kundgebung am Sonntag, dem 8. März, wo außer Dr. Friedrich Wolf namhafte Vertreter der Wissenschaft und Politik sprechen, findet 11 Uhr vormittags im Stella-Palast, Köpenicker Straße, statt. Der „Kampfausschuß“ bittet zur Verbreiterung seiner Aktion um Spenden an die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Berlin, Stadtzentrale 101, A (Postfach Berlin 1002) für Konto August Brandt, Kampfausschuß gegen § 218 und für Verteilung Dr. Friedrich Wolfs.

Bereinfachte Zugabfertigung bei der S-Bahn.

Nachdem bereits seit Anfang Dezember auf der Berliner S-Bahn vor dem Abfahren der Züge nicht mehr „Zurückbleiben“ gerufen und wertlos bei den elektrischen Kurzjügen auf den Außenstrassen die Triebwagenführer das Abfahrtszeichen geben, soll diese Maßnahme jetzt auch auf die Ring- und Stadtbahnhöfe ausgedehnt werden. Während die vereinfachte Abfertigung von Dienstag, dem 10. März ab in der Hauptsache auf die Ringbahnhöfe ausgedehnt wird, soll am Dienstag, dem 31. März, die Einführung auf den Bahnhöfen der Stadtbahn erfolgen.



Es ist November geworden. Die Spargelstauden werden abgemäht, zu grauen, strunkigen Haufen geschichtet und verbrannt.

Papendied nimmt diesmal besonders gründlich. Im Vorjahr hat er geacht über seinen rickständigen Nachbar Korn, als der die Kräuter anzündete. „Zusammentragen und faulen lassen und in den Dünger tun, das ist das richtige. Aber Korn läßt den guten Düng in Qualm aufgehen.“ Und Papendieds Spargelstauden war gefüllt. Und in den hohlen Stengeln hatten die Spargelkäufer warm und mohnlich überwintert. Papendied war das Unglück vom Stubbenland geworden.

Heuer aber will er das Verfaulende nachholen; zu spät, wie es seine Art ist. Er schichtet die Haufen schön loder, damit ja alles verbrenne, und entzündet einen jeden sorgfältig, von mehreren Seiten zugleich; Korn freilich findet, daß er besser daran täte, die „Landwirtschaftlichen Ratgeber“ als Fibi-busse zu benutzen.

Aber seine Mühe wird auch ohnedies belohnt; seine Feuer brennen alle auf, und sie brennen viel heller als die von Korn, die klein bleiben und qualmen. Es ist ja richtig, daß es mit diesen Feuer umgekehrt steht wie mit den Opferfeuern von Kain und Abel; das niedere, qualmende, stinkende von Korn ist Gott wohlgefällig, da es davon zeugt, daß kräftige Pflanzen mit noch immer frischem Grün verbrennen; in dessen Papendieds Kraut verrottnet und verwehlt ist.

Papendied kann das gar nicht begreifen. Wie ist er über sein Feld gegangen. Tag um Tag, und hat jede Pflanze angebetzelt in seinen Gedanken um einen winzigen grünen Trieb, wie Korn ihn überall fanden und grühten als ein äußeres Zeichen, daß die Wurzel stärker gewesen war als die Stäbe, als ein leises Versprechen, daß die Pflanze krafftvoll treiben wolle im nächsten Jahr. Aber wie wenige Stauden unter den Papendiedschen haben neu gegriint, obgleich Papendied doch, wie er sich ausdrückt, immer engros gearbeitet hat,

mit Pflug und Mist und so, und Korn nur endetail mit den Händen.

Papendied hat indessen keine Lust, darüber nachzudenken, warum faule und weisse Sachen soviel hermachen, wenn sie verbrennen; er hat seinen Rücken mitgenommen, um ihn solche Gedanken verbellen zu lassen, wenn sie sich bemerkbar machen. Denn wirklich und wahrhaftig: Koll bellt seit einiger Zeit, wenn er auch noch nicht beißt und vor jedem drohend erhobenen Zeigefinger, vor jeder unwillkürlichen Bewegung menschlicher Wesen in die dunkelste Ecke seiner Hütte kriecht. Aber den Zeigefinger seines Herrn, den hält er doch schon aus, und Papendied ist sehr stolz auf diesen Erfolg, und jetzt, da er von Feuer zu Feuer geht, umspringt ihn Koll und bellt, daß es eine Freude ist; schnappt sogar manchmal spielerisch nach Papendieds Hand. Und Friedrich Papendied ist ganz der Mann, um solche Kleinigkeiten als ein gutes Omen und als Grund zu guter Laune zu werten; kann er einen feigen Hund zum Bellen bringen, so kann er auch wohl einen faulen Boden zwingen, Frucht zu tragen. Nur ein Kerl muß man sein zu sowas, ein Kerl wie Friedrich Papendied!

Luiße Korn weiß, daß sich Andreas durch diese Krautfeuer gern an die Kartoffelfeuer in seiner Heimat erinnern läßt. Im Vorjahr hat er ihr davon erzählt: ... und dann haben wir Jungens Kartoffeln genommen, nicht zu große und nicht zu kleine, und haben sie in die Asche gelegt. Und wenn wir sie nach einer Viertelstunde herausgenommen haben, dann waren sie gar gebraten, und sie haben geschmeckt ... ganz wunderbar haben sie geschmeckt; so müssen die Kartoffeln geschmeckt haben, als sie noch wild wuchsen drüben in America, und wir sind uns dann vorgekommen wie Indianer am Lagerfeuer.

Sie hat sich das gemerkt. Und nun hat sie die größten von ihren Kartoffeln ausgewählt und in die Asche ihres größten Feuers gelegt. Dann ist sie, scheinbar verheerlich, mit dem Fuß in die Asche getreten und hat erstaunt gesagt: „Nanu, was ist denn das?“ Ein ganzes Jahr lang hat sie sich auf dieses kindliche Spiel gefreut; es ist schlimm, wenn man nicht auf werden kann.

Andreas kann das aber auch nicht. Er hat sich mit gekreuzten Beinen neben dem Feuer niedergelassen, hat neben sich aus Säcken einen Sitz geschichtet und Luise darauf gedrückt, und nun läßt er sorgsam die schwarzgrünliche Schale und beißt genießerisch in das zarte, bröcklige Fleisch und kommt sich wie ein Indianer vor.

In Luises Seele hingegen erleuchten die Flammen ganz andere Eden; Eden, die sie nur selten in den groben Säugeln der Worte betritt, weil das so hallt in ihr und sie ängstigt; heute aber kann sie nicht anders: „Ach ja, wir müssen doch dem lieben Gott dankbar sein, daß er uns von den Käfern gerettet hat.“

Andreas aber hat es jetzt mehr mit Winnetou und kann Luises religiöse Seite überhaupt nicht leiden. „Hör auf mit deinem lieben Gott! Eine Ungezieferprigie und Schweinfurter Grün mit Koll, das hat uns gerettet!“

„Ja“, gibt Luise zu und stodert mit einem Zweig im Feuer, „die Sprigie und das Gift und unser vieles Bücken und daß die Wurzel noch Kraft genug hatten; sehr, sehr dankbar müssen wir dem lieben Gott sein.“

Jetzt wird er wütend. „Dein lieber Gott läßt ja die Käfer erst wachsen, die Kester! Liebet eure Feinde, sagt er! Soll ich vielleicht die Käfer abknutschen, he? Oder die Juden, die mich in diesen ganzen Mist hier reingebracht haben, he?“

„Aber Andreas!“ sagt Luise, die sich gerade umgedreht hat und Herrn Schmiher gesehen hat, der plötzlich hinter ihnen steht.

„Entschuldigen Sie bitte“, sagt Siegfried Schmiher demütig, „ich kann nichts dafür, daß ich das gehört habe.“ Er wollte ganz was anderes, was richtigeres, was tapferes sagen; aber er kann es nicht.

Andreas wieder ärgert nun gerade das, daß Schmiher nichts anderes sagt. Er schweigt. Schmiher entschuldigt sich weiter: „Ich bin bloß übers Feld gegangen, weil die Feuer so schön aussehen. Und weil ich Ihnen erzählen wollte, daß —“ er hustet.

„Sie haben einen schlimmen Husten“, sagt Luise. „Sie sollten Brusttee trinken.“

„Da hilft kein Brusttee“, meint Herr Schmiher leise. Nun fühlt sich Andreas wie mit Keulen geschlagen. „No, nichts für ungut. Hat ja nichts mit dem Persönlichen zu tun.“ Das klingt abern; er fühlt es und spricht schnell weiter: „Wenn Sie was zu erzählen haben, dann legen Sie sich man erst. Wollen Sie ne Indianerkartoffel?“

Herr Schmiher stellt dankbar und sorgfältig an der Kartoffel herum. „Ja, gestern war nämlich die Frau Mellenhjin aus Banzenh bei mir, die damals Ihr Land kaufen wollte.“ „Ja, sagt Andreas, froh, wieder groß sein zu können, damals, als Sie mich zum Judenfeind gemacht haben mit Ihrem dummen Rat.“ (Fortsetzung folgt.)

Man zahlt bargeldlos.

Fast eine Million Postcheckkonten.

„Zahl bargeldlos!“ steht in den Banken, in öffentlichen Gebäuden, in den Bahnhöfen der Untergrundbahn angehängt. Freilich: die Mehrzahl der Privatpersonen ist hierzu nicht in der Lage, weil sie kein Konto besitzt, über das Zahlungen geleistet werden könnten.

Gleichwohl weist der bargeldlose Zahlungsverkehr, der sich im modernen Geschäftsleben der Gegenwart zu einer unentbehrlichen Einrichtung entwickelt hat, bereits seit Jahren eine fortschreitende Entwicklung auf, so daß der gegenwärtige Bestand an Postcheckkonten nur wenig von einer Million entfernt ist.

Die meisten Berufs- und Berufsgruppen machen von der mühe- und zeitsparenden Methode der Begleichung ihrer Verpflichtungen durch Postcheckanwendung Gebrauch. Am stärksten vertreten sind die Handels- und Verkehrsbetriebe und ähnliche Unternehmungen, auf die 379 700 oder rund 33 Proz. aller überhaupt vorhandenen Postcheckkonten entfallen. Abgesehen von den einzelnen selbständigen Handelsgewerbetreibenden, die zur Erleichterung ihres Selbstverkehrs in starkem Ausmaße von der Institution des Postcheckwesens Gebrauch machen, gehören neben den Buch-, Musikalien- und Kunsthandlungen, die mit 9040 die Höchstzahl von Postcheckkonten innerhalb dieser Berufsgruppe aufweisen, vor allem Dingen die im Dienste des Geld-, Bank- und Börsenwesens stehenden Firmen zu den treuesten Postcheckkunden. Neben Zeitungs- und Zeitschriftenverlegern (5713) sind weiterhin zahlreiche Versicherungsgesellschaften als Besitzer von Postcheckkonten verzeichnet (3053).

Unter den freien Berufen, in der Verwaltung und bei Behörden wächst die Zahl der Postcheckkonteninhaber von Jahr zu Jahr, so daß jetzt bereits mit 219 317 Konten diese Berufsgruppe die zweitstärkste Gruppe unter den Postcheckkunden darstellt (22,5 Proz. der Gesamtzahl). Ärzte (33 313), Rechtsanwälte (11 347), Vereine, Verbände und Körperschaften aller Art (28 207) gehören schon seit langem zur Anhängerschaft der bargeldlosen Zahlungsweise, der sich in steigendem Maße die Reichsbehörden (4273) sowie die Landes- und Provinzialbehörden (6673 bzw. 12 531) anschließen.

In der Industrie und im Handwerk endlich ist man sowohl im Großgewerbe, d. h. auf Seiten der Fabrikanten und sonstigen Industrieunternehmer, die über insgesamt 86 624 Konten verfügen, als auch im Kleingewerbe (62 584 Postcheckkunden) von der Bedeutung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs für das Geschäftsleben überzeugt, wie aus der starken Verbreitung der Postcheckkonteninhaber gerade innerhalb dieser Berufsgruppe hervorgeht.

Ist Ecarté ein Glücksspiel?

Der Prozeß wird bis zum Reichsgericht gehen.

In dem großen Glücksspiel-Prozeß gegen die Vorstände der „Geselligen Vereinigungen“ am Zoo und am Kurfürstendamm wurde unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Macard das Urteil verkündet.

Die Angeklagten Borchardt und Dattner wurden wegen Veranstaltung öffentlichen Glücksspiels zu 3000 resp. 2000 M. Geldstrafe verurteilt und die Angeklagten Freißner v. Schmalkburg und Bergstein zu je 3000 M. In der Urteilsabgrenzung führte der Vorsitzende aus, daß das Gericht grundsätzlich die Frage zu klären habe, ob Ecarté an sich oder Ecarté mit Chouette als Glück- oder Geschicklichkeitsspiel zu bewerten sei. Diese Frage müsse nach Ansicht des Gerichts dahingestellt bleiben. Auch derjenige, der es für ein Geschicklichkeitsspiel halte, müsse zugeben, daß ungeheuer viele vom Zufall abhängende Faktoren mitwirken und daß der Geschicklichkeit daher nur ein eng begrenzter Raum bleibe. Eine Feststellung schließend, ob das Grundspiel bereits ein Glücksspiel sei, wäre überhaupt nicht zu treffen. Es müsse immer Tatfrage bleiben, da die Möglichkeiten für die Art des Spieles und für die Berechnung durchaus verschieden wären. In beiden Fällen wurde nun das Spiel gewohnheitsmäßig so betrieben, daß es für die Mehrheit der Spieler ein Glücksspiel war. Da viele Herren nur ab und zu die Klubs besuchten, konnten sie die Spielstärke ihres Gegners überhaupt nicht kennen, so daß man nicht annehmen dürfe, daß diese Spieler nur ihre Intelligenz erproben wollten. Falls Ecarté als Geschicklichkeitsspiel gespielt werden soll, so daß Gewinn und Verlust hauptsächlich von der Geschicklichkeit des einzelnen Spielers abhängen, so wären hierbei sorgfältige Beratungen und Abstimnungen aller Mitspieler erforderlich, die hier nicht vorgelegen hätten. Der Vorsitzende sprach die Ansicht aus, daß dieser Prozeß alle Instanzen beschäftigen würde, damit das Reichsgericht endlich einmal eine grundsätzliche Entscheidung zu diesem Streit fällen möge.

Der Lantwiger Handtaschenräuber.

Acht Jahre Zuchthaus für versuchten Totschlag.

Am Sonntag, dem 19. Januar d. J., wurde in der Marchandstraße in Lantwip-Süd gegen 18 Uhr die 32jährige Frau Charlotte B. von einem Handtaschenräuber hinterrücks niedergeschossen. Der Täter flüchtete mit seiner Beute und entkam. Die schwerverletzte Frau B. wurde mit einem Lungenschuß in das Lantwiger Krankenhaus gebracht. Der Täter sollte etwa 20 Jahre alt sein; auf seine Ergreifung wurde eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt.

Jetzt stand der Lantwiger Handtaschenräuber wegen schweren Raubes in Tateinheit mit versuchtem Mord vor dem Landgericht II. Es war nicht ein 20jähriger Burche, sondern ein 34jähriger Mann namens Schlawe. Seine Beute betrug nicht zehn, wie ursprünglich gesagt worden war, sondern bloß sechs Mark. Im Gegensatz zu den Räubern, die man in Roabit fast täglich sieht, war Sch. kein unbeschriebenes Blatt mehr; sein Strafregister zeigte sechs Vorstrafen, sämtlich wegen schweren Diebstahls, darunter eine Strafe von sechs Jahren Zuchthaus. Die letzte Strafe, ein Jahr Zuchthaus, hatte er im August 1929 verbüßt. Anfang dieses Jahres verließ er plötzlich Koblenz, wo er sich bei einer Schweißerin aufgehalten hatte. Als Reifegeld nahm er seinem Schwager 240 Mark ab. „Er hat mich nur als billige Arbeitskraft ausnutzen wollen“, sagt er zu seiner Rechtfertigung. In Berlin war das Geld in einer Woche verpulvert. Für 12 Mark kaufte er sich eine Pistole. „Weil man sie mir preiswert angeboten hatte. Ich wollte sie weiter verkaufen.“ Am 18. Januar befand er sich, unerwartet für sich selbst, in Lantwip. „Was ich da wollte weiß ich nicht.“ Eine Marchandstraße und Rigiendorfer Straße fragten ihn zwei Frauen nach dem Wege. „Sie müssen noch ein Stückchen weiter gehen“, sagte er. Die Frauen gingen weiter, Schlawe hinter ihnen her. Mäglich rief er: „Hände hoch!“ Im nächsten Augenblick trachte schon ein Schuß. Schlawe ergriff die zur Erde gefallene Handtasche und lief davon. Am nächsten Tage vertrat er sein ganzes Geld — die erbeuteten sechs

Nazimann ein bißchen doof.

Er „hat mit dem Kopf zu tun“ und schlägt alles kaputt.

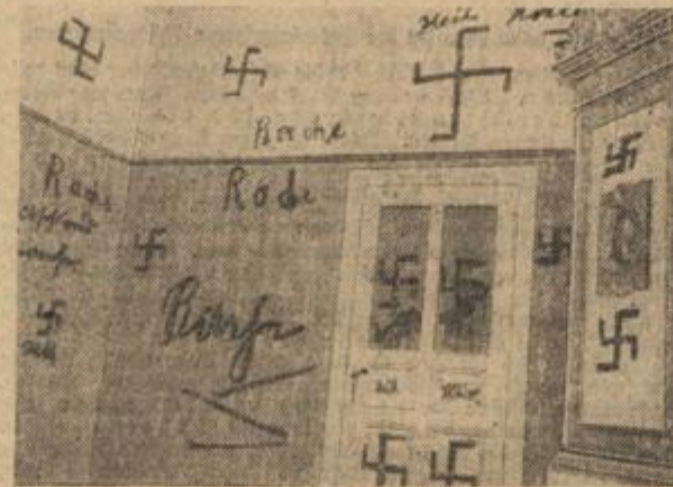
Der Nationalsozialist in Reinkultur, der am 10. Dezember v. J. die Zimmer, die er bewohnt hatte, mit Hakenkreuzen und den Inschriften „Rache“, „Deutschland erwache“, „Heil Hitler“ und ähnlichen Verzerrungen verunreinigte, ist Feinsterchen einschlug, drei Türfüllungen zerplitterte, Garderobenpiegel zertrümmerte, sämtliches Geschirr seiner Wirtstische in Scherben schlug, Küchenschrank und Stuhl kaputt machte. — Dieser Nazi in Reinkultur, Vorbote des Dritten Reiches, hatte sich vor dem Schöffengericht: Charlottenburg wegen Sachbeschädigung und Bedrohung zu verantworten.

„Propaganda für das Dritte Reich“, meinte der Staatsanwalt. „Weniger Propaganda für das Dritte Reich“, hieß es in der Urteilsbegründung, „als Verurteilung eines prähistorischen Höhlenbewohners, eines Menschen des zwanzigsten Jahrhunderts, der sich auf das Niveau des vielumstrittenen Steinzeitmenschen zurückgeschraubt hat.“ Trefflicher konnte man den Nationalsozialisten nicht charakterisieren.

Dieses nationalsozialistische Steinzeitgeschöpf mit Namen Graf stand nun vor dem Schöffengericht und mußte sich verantworten. Mäglich war diese ganze tolle Raserei gar nicht böse gemeint; es war nur ein teutonischer Zornausbruch, weil seine harten Wirts-

leute ihn vor Weihnachten mit Frau und Kind auf die Straße setzten. Er habe „mit dem Kopfe zu tun“ und dann wisse er nicht, wie es mit ihm sei. Wie verhielt es sich in Wirklichkeit? Der brave Malermeister hatte im Jahre 1928 für billiges Geld beim Buchdrucker H. in der Uhländerstraße ein Leerzimmer bezogen. Anfangs ging alles gut, man vertrat sich, Frau H. verhalf ihrem Mieter mitunter auch zu Arbeit, sorgte, wenn die Eltern nicht zu Hause waren, für das zweijährige Kind, mit einem Worte, sie war eine gute Wirtin. Politische Auseinandersetzungen gab es nicht. Dann schaffte sich aber der Malermeister ein Verhältnis an, vernachlässigte seine Frau und gab ihr kein Wirtschaftsgeld. Er, der germanische Nationalsozialist, nannte seine Ehefrau „Riffau“ und „Dressau“, mißhandelte sie und warf sie aus dem Zimmer. Die Wirtstische nahmen sich ihrer an, räumten ihr und ihrem Kinde sogar eine Kammer ein. Das Verhältnis kostete Geld, es haperte auch mit der Zeit. Der Malermeister blieb mit der Mietsache im Rückstande. Da mißfiel dem Nazi plötzlich die kommunistische Ueberzeugung seines Wirts — in Wirklichkeit ist er gar nicht Kommunist — brüllte zu jeder Tages- und Nachtzeit „Heil Hitler“ aus. Die Nachbarn beschwerten sich über den ewigen Radau. Es blieb nichts anderes übrig, als den Heiden durch eine gerichtliche Klage zur Räumung des Zimmers zu zwingen. Am 10. Dezember sollte er endlich hinaus. Er stieß die fürchterlichsten Drohungen aus. Am Sonntagabend entdeckte Herr H. an Decke und Wänden des Wohnzimmer die Hakenkreuze, die Worte „Rache“ und dergleichen mehr. Am nächsten Morgen war der Korridor bespinnt, am Abend auch die Balustrade von der Buchdrucker- und die Wand; man las da: „A.D. - Strach“, „Lump“ usw. Die Bedrohungen gingen weiter. H. rief das Ueberfallkommando an. Als am Dienstag der Gerichtsvollzieher erschien und die Möbel herauszuführen begann, wurde der Nazimann vollkommen wild. Er schrie wieder etwas von „blauen Bohnen“ und begann die Wohnung zu demolieren. Jedesmal wenn eine Fensterscheibe klirrte, rief er „Heil Hitler“ und unten antworteten seine Gefinnungsgenossen „Heil“.

Wegen der Befehdigungen hatte das Ehepaar H. überhaupt keinen Strafantrag gestellt. „Ein Mann von so niedrigem moralischem Niveau kann uns nicht beleidigen.“ Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis für Sachbeschädigung und Bedrohung. Das Gericht ließ diese nationalsozialistische Forderung mit drei Monaten Gefängnis billig wegkommen und billigte ihm sogar noch eine Bewährungsfrist zu unter der Bedingung, daß er seinen geschädigten Wirtsleuten 500 M. in Raten von 25 M. monatlich abzahlte. Der Angeklagte versuchte, etwas abzuhandeln, dann bejann er sich eines Besseren und erklärte, das Urteil annehmen zu wollen.



So tobte sich der Nazimann aus!

Mark und den Koblenzer Rest. Eine Kagenjammerstimmung überfiel ihn. Mittellos wie er war, sah er keinen Ausweg; vielleicht fürchtete er auch, sein Opfer würde im Polizeipräsidium seine Photographie erkennen. Er stellte sich der Polizei. Die Belohnung von 500 Mark brauchte niemandem gezahlt zu werden. „Weshalb haben Sie sich gestellt“, fragt ihn der Vorsitzende. „Weil ich ein Esel bin. Jetzt wissen Sie es genau.“ Diese Antwort beleuchtet schlaglichtartig die ganze Persönlichkeit des Angeklagten. Es ist ein verärgertes, verbittertes Mensch, der sein Leben verpfuscht sieht, und der sich in einer lästigen Trokeinrichtung zur Gesellschaft und seinen Mitmenschen hingekerkert hat. Vielleicht ist er auch nicht mehr ganz in Ordnung. Als er lauter sprechen soll, meint er: „Donnerwetter, reizt Sie mich nicht. Ich bin doch kein Vaußprecher. Soll ich für das Besten im Zuhörerraum auspacken.“

Der Staatsanwalt beantragte für schweren Raub in Tateinheit mit versuchtem Mord zwölf Jahre Zuchthaus. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen räuberischer Erpressung in Tateinheit mit versuchtem Totschlag zu acht Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Was soll man schließlich mit diesem Menschen anfangen?

Radikale hauen und stechen sich.

Auf dem Kummel in der Kastanienallee kam es gestern gegen 21 Uhr zu Zusammenstößen und Raufereien zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Nachdem der Polizeimeister die Streitenden vom Kummel verwiesen hatte, setzten sie die Prügelei auf der Straße fort. Da die Nationalsozialisten in der Uebermacht waren, alarmierten die kommunistischen Gegner ein Verteilungstotal ihrer Partei, aus dem Verstärkung heranrückte. Die Nationalsozialisten ergriffen die Flucht, wobei einer der Prügelhelden einen Dolch zog, in der Hitze des Gemütes aber einen Gefinnungsgenossen in den Unterleib traf. Als das Ueberfallkommando der Polizei erschien, war der Kampfplatz geäubert, denn die Kommunisten hatten den verwundeten Nationalsozialisten, den seine Freunde mit dem Stroh im Bauch liegen ließen, inzwischen ab-

Funkwinkel.

Der Vortrag von Hermann Raab über „Die Lage der Jugend in Berlin“, der Auftakt zu einem Zyklus, weist klar darauf hin, daß der größte Teil der Berliner Jugend im Erwerbsleben tätig ist und daß eine Schicht, die nur Vergnügungen oder politische Extravaganzen kennt, eine Ausnahme bedeutet. Dieser erste Vortrag zeigt nicht die erste Arbeit der Jugend an sich selbst außerhalb des Berufes, aber es bleibt erfreulich, wenn der Rundfunk eine große Hörerschaft auf das wahre, unentstellte Gesicht der Berliner Jugend aufmerksam macht, auf eine Jugend, die sonst von allerlei extremen Herrschaften für sich reklamiert wird und die nicht daran denkt, sich in verschiedenen politischen Utopien zu verlieren. Es folgt eine Unterredung Professor Hans Reichensachs mit einer Studentin über das Thema „Warum studieren wir Philosophie?“. Es ist eine kluge, geistreiche Unterhaltung, fast ein Stücken mit Elben, eine virtuose Beherrschung der Dialektik. Der Hörer erkennt die Wahrheit dieser Diskussion, aber er muß auch einsehen, daß unter den augenblicklich gegebenen wirtschaftlichen und politischen Umständen kaum die Erfüllung eines rein wissenschaftlich orientierten Studiums möglich ist. Die Philosophie ist für die Einzelstudien der Generalnenner, auf den die Erkenntnisse aufgeben. Doch wer fragt heute in der Wirtschaftskrise, da die meisten Studenten nicht einmal Zeit haben, ihre Berufsstudien zu erledigen, noch danach? Dieses Problem kann nicht innerhalb des engeren Rahmens erschöpfend erörtert werden. „Der Theatervorabend“, die späte Abendunterhaltung, mittelt einen Ueberblick über die wandernden Tourneetheater der älteren Zeit, da Rainy und Mattowitsch noch nicht als Stars angingen. Ueberdies reicht sich an Ueberdies und an theaterwissenschaftliche Betrachtungen. Ganz Bergandenes taucht aus der Ferientafel empor, und vielleicht erinnern sich ältere Hörer noch an die Süßigkeit dieser Dinge. Es ist eine schöne Erinnerungstunde. F. Sch.

transportiert. Der Messerstecher wird als ein etwa 20jähriger großgewachsener Mensch geschildert. Radikale unter sich! Beschämendes tägliches Geschehen! Wen trifft die Schuld? Die Goebbels und Reumann, die ihren Anhängern gern die Gewalt predigen und nachher Empörung vor-täuschen, wenn die Opfer blutend auf der Straße liegen.

Lawinenschäden im Berner Oberland.

Bevhere Bahnlinten verschüttet.

Basel, 5. März.

Aus dem Berner Oberland werden infolge des Tauwetters und der starken Regengüsse der letzten Tage zahlreiche Lawinenebergänge gemeldet.

In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag hat am Brienzsee eine gewaltige Lawine die Bahnlinie und die rechte Uferstraße verschüttet. Bei Glarus hat eine Lawine drei Brücken weggerissen. In der Nähe von Elm wurden durch zwei Lawinen die Gleise der Sernstal-Bahn verschüttet und der letzte Abendzug zwischen den beiden Laminen blockiert.

Geheimnis um ein Brillantarmband.

„Können Sie mir dies Armband reparieren?“ fragte eine Dame, die sich als Filmschauspielerin ausgab, einen Juwelier im Zentrum der Stadt. Aus dem Platinarmband war nämlich ein Brillant herausgefallen. Der Juwelier sagte: „Selbstverständlich!“, war aber sehr erstaunt, als die Kundin ihn fragte, ob sie, wenn sie das Stück verkaufte, wohl 100 Mark dafür bekäme. Der Kenner hatte nämlich gesehen, daß dieses Stück mindestens seine zehntausend Mark wert ist. Er schöpfe Verdacht und benachrichtigte die Kriminalpolizei. Den Beamten erzählte die Filmschauspielerin bei ihrer Vernehmung, daß sie in einem Zuglokal unter den Linden in Gesellschaft eines Deutschamerikaners gewesen sei. Der Kavaller habe ihr zur Erinnerung an das Beisammensein das kostbare Armband vererbt. Ob das wahr ist, wird die Untersuchung ergeben.

Das Armband ist ein auffällendes Stück, es besteht aus starken Gliedern, die einen Durchmesser von 1 1/2 Zentimeter haben, und ist über und über mit Brillanten besetzt.

Geschenkt oder nicht geschenkt, — in einer Zeit, da Tausende ohne Brot sind, mutet ein Armband von 10 000 Mark Wert, das gleichsam von Hand zu Hand wandert, recht peinlich an.

Zentralverband der Arbeitslosen und Witwen Deutschlands, Gau Groß-Berlin, Geschäftsstelle: Berlin W. 57, Bülowstr. 49, r. Stfl. 1 Tr. Freitag, 6. März 1931: Reinickendorf-West, Volkshaus, Schornweberstr. 115, abends 7 Uhr; Kreuzberg II, Oranien-Festhalle, Oranienstr. 118, nachm. 5 Uhr; Baumdahlweg, Bah. Baumdahlweg, 72, abends 6 Uhr; Tegel, Total Behnhördt, Berliner Str. 84, abends 6 Uhr; Prenzlauer Berg I, Volke Hoffmanns Festhalle, Schwedter Str. 23, nachm. 4 Uhr; Referent: Kollegen Hoch; Sonnabend, 7. März 1931: Kreuzberg IV, Schulaula, Gnaßensstraße 7, nachm. 4 Uhr; Referent: Gauleiter Kollege Voigt.

Schutz vor Ansteckung bei Grippe u. Erkältungsgefahr



Formamint

Von mehr als 14 000 Ärzten begutachtet und empfohlen. Glas mit jetzt 56 Tabletten M 1.75.

WURSTWAREN KOLONIALWAREN KONSERVEN DELIK., RAUCHERWAR. BUTTER UND KÄSE

Table listing various food items such as Konsum-Sülze, Bruchreis, Karotten gesch., Spinat, Jg. Schnittbohnen, etc., with their respective prices.

WEINE u. SPIRITUOSEN GEFÜGEL u. WILD

Table listing wine and spirits (Frankfurter Apfelwein, Bowlenwein, Alsterweiler, etc.) and poultry/wild game (Suppenhühner, Wolgahühner, etc.) with prices.

OBST UND GEMÜSE KONFITUREN

Table listing fruits, vegetables, and confectionery (Apfelsinen, Blutapfelsinen, Jaffa-Apfelsinen, etc.) with prices.

Frische Fische

preiswert in unserer Fischhalle

Wir drucken gratis auf unserer Multigraph-Maschine...

Leichtverderbliche Ware ist vom Versand ausgeschlossen...

KARSTADT-Lebensmittel

U. BAHNHOF HERMANNPLATZ • DER KARSTADT BAHNHOF

Heute früh 6 1/2 Uhr verschied sanft nach kurzem schweren Leiden mein innigstgeliebter Mann...

Max Blankenburg im 72. Lebensjahre. Berlin, den 5. März 1931. In tiefer Trauer...

Stuhlerstiftung. Nach den an den Kliniken für innere Krankheiten gesammelten Erfahrungen ist das natürliche „Franz-Josef“-Bitterwasser ein äußerst mahltaendes Abführmittel...

Gewinnauszug 5. Klasse 36. Preussisch-Sächsische Staats-Lotterie. Ohne Gewähr Nachdruck verboten

22. Ziehungstag 5. März 1931. In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

4 Gewinne zu 10000 M., 124431 344240. 4 Gewinne zu 5000 M., 146293 180899. 16 Gewinne zu 3000 M., 2484 12633 19435 20680 24621 48128 193036 367461

84 Gewinne zu 2000 M., 3286 16289 17964 25238 38399 40707 48858 84893 83873 104285 108758 112809 117852 127846 136774 168424 180370 250435 258850 263749 272272 286837 289640 300972 311653 350182 352217 368261 376389 383830 386748 394816

58 Gewinne zu 1000 M., 8848 11839 29425 30392 40008 42380 47436 49387 52089 61619 63147 68978 69883 74967 77367 87484 90892 94500 95418 112514 116837 121836 122030 151439 152631 157702 161007 181536 187112 191149 206915 22136 240780 243132 247108 253827 272228 288378 298551 310929 320809 328592 334409 340458 355668 358548 360372 369006 391035

134 Gewinne zu 500 M., 2028 3061 6784 16202 23645 26559 30614 37629 43792 46761 47064 61369 70758 89111 93710 102694 108139 114725 127974 131647 139066 149639 153930 159947 163308 168838 170712 171008 179040 189233 190949 197392 198122 201341 217797 218726 229369 231152 231983 232216 243315 251935 252218 260520 262732 270180 277135 281176 288302 294215 295443 299086 300850 307503 309013 309432 329342 335227 335839 339716 347806 349693 368636 376725 376963 394294 394689

Statt besonderer Anzeige Am 3. März entschlief unser lieber Onkel und Großonkel Heinrich Wilhelm Dove Geheimer Justizrat, Dr. jur. h. c. Syndikus a. D. der Handelskammer Berlin. Im Namen der Angehörigen: Walther Dove, Oberst a. D. Die Trauerfeier findet statt am Sonnabend, dem 7. März, 17 Uhr, im Krematorium Berlin-Wilmersdorf, Berliner Straße (Untergrundbahnhof Fehrbelliner Platz).

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin Todesanzeigen

Der Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Kollegen, der Renteur Wilhelm Meier am 3. März gestorben ist.

Die Beerdigung findet Freitag, den 6. März, 10 1/2 Uhr, im Krematorium Berlin, Gedächtnisstraße, statt.

Am 4. März nach unser Kollegen, der Kolleger Karl Lieb geboren am 28. Januar 1868.

Die Beerdigung findet Montag, den 5. März, 14 1/2 Uhr, nach der Beerdigung des Rentiers Gemeindefriedrichs, Mariendorfer Weg, statt. Bitte ihrem Absenden! Regre Beteiligung wird erachtet. Die Ortsverwaltung.

Nach vielen Jahren, aber doch plötzlich und unerwartet, verstarb am Dienstag, dem 3. März, 5 1/2 Uhr, unser lieber guter Sohn, Bruder und Schwager Kurt Henke im Alter von 31 Jahren.

Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 7. März, 10 1/2 Uhr, im Krematorium Gedächtnisstraße, statt.

Allen Freunden und Kollegen, welche meinem lieben Bruder die letzte Ehre erwiesen, sage ich meinen herzlichsten Dank. Mathilde Friedrich geb. Tausch.

Blumenspenden jeder Art liefert preiswert Paul Goletz vertritt Robert Mayer Mariannenstr. 2 F. B. Oberbaum 1303

Uhren kauft man bei Belmonte

KLEINE ANZEIGEN Preis: Überschriftswort 25 Pf., Textwort 12 Pf. Wiederholungsrabatt: 10 mal 5 Proz., 20 mal oder 1000 Worte Abschlag 10 Proz., 2000 Worte 15 Proz., 4000 Worte 20 Proz. - Stellengesucht: Überschriftswort 15 Pf., Textwort 10 Pf. - Anzeigen, welche für die nächste Nummer bestimmt sind, müssen bis 4 1/2 Uhr nachts im Verlag, Lindenstr. 3, oder auch in sämtlichen Vorwärts-Filialen und -Ausgabestellen abgegeben sein

Verkaufte Musik-Instrumente Fahrräder

Wenig getragen, teils auf Seite gearbeitete, erstklassige Klaviere...

Kleidungsstücke, Wäsche usw.

Kaufgesuche

Unterricht

Musik u. Gesang

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Rote Kreuz + Geld-Lotterie für Wohlfahrtszwecke. Lose 3 30 zu 3 Mark. Glücksbrief mit 3 Losen, seriell aus verschied. Taumeln einzahl. Paris und Lila 10 M. Hauptgewinn 250000, 100000, 60000, 40000. Lud. Müller & Co., Berlin SW19

Modell

Nähmaschinen

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Musik u. Gesang

Arbeitsmarkt

Löhne und Konjunktur.

Von Kurt Holnig.

Ab März werden die jahreszeitlichen Vorgänge auf eine Erleichterung des Arbeitsmarktes hinwirken.

Institut für Konjunkturforschung am 6. März 1931.

Zur Berringerung des Arbeitseinkommens wird vom Konjunktur-Institut mitgeteilt, daß es sich in den zurückliegenden Monaten erneut stark vermindert hat.

- 1. Die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit;
2. die Verdienstminderung durch Kurzarbeit;
3. der Abbau der überbetrieblichen Bezahlung;
4. die Senkung der Tariflöhne.

Das Institut schätzt die materiellen Auswirkungen der eben aufgezählten vier Ursachen zur Verminderung des Arbeitseinkommens auf viele Milliarden Mark.

Die Last der Arbeitslosigkeit ruht auch insofern auf der Kaufkraft der Arbeitnehmer, als sie eine Erhöhung der Beitragseinzahlungen zur Arbeitslosenversicherung von 3,5 auf 6,5 Prozent betragen.

Während das Unternehmer Einkommen nach dem Institut für Konjunkturforschung ebenso stark beeinträchtigt worden ist wie das Arbeitseinkommen, hat das Vermögenseinkommen das Jahr 1930 außerordentlich gut überstanden.

Ueber die Aussicht der Arbeitsverhältnisse schreibt das Institut, daß vom März, also von jetzt an, aus jahreszeitlichen Gründen mit einem Nachlassen der Arbeitslosigkeit zu rechnen ist.

Im übrigen ist auch darin dem Institut für Konjunkturforschung zuzustimmen, daß die ersten Anzeichen einer Konjunkturbewegung sich überhaupt nicht in der Produktion bemerkbar machen.

Die Sorgen der breiten Massen des Volkes bleiben also zur Zeit noch groß genug. Sie verlangen von allen verantwortlichen Stellen soziales Verständnis und bedeuten nach wie vor harte soziale Auseinandersetzungen.

Schweres Schiffsahrtsjahr.

Trotzdem Hapag- und Lloyd-Dividenden.

Die schwere Weltwirtschaftskrise hat die Entwicklung der Seeschifffahrt im letzten Jahre stark beeinflusst. Der allgemeine Rückgang des Welthandels brachte notwendigerweise eine zunehmende Verschlechterung in der Ausnutzung des Frachtraumes mit sich.

Bei den jetzt vorliegenden ersten vier Abschüssen deutscher Großreedereien kommt die Schiffsahrtskrise auch deutlich zum Ausdruck. Zwar zahlen die beiden führenden Gruppen, die Hamburg-Amerika-Linie (Hapag) und der Norddeutsche Lloyd in Bremen, die im vergangenen Jahre eine enge Interessengemeinschaft abschlossen, eine Dividende von 6 Proz., doch muß die hierfür erforderliche Summe von 19,2 Millionen Mark aus der Reserve der amerikanischen Freigabegelder aufgebracht werden.

Vor dem Ende der Weltkrise.

Das Konjunkturinstitut zur Wirtschaftslage.

Das Institut für Konjunkturforschung hat wieder sein Urteil über die Wirtschaftslage und wahrscheinliche Wirtschaftszukunft abgegeben. In der Weltwirtschaft, wo Agrarkrise und Rohstoffüberproduktion sich verheerend ausgewirkt haben, wird allmählich der Tiefpunkt erreicht.

Die Weltkonjunktur Ende Februar 1931.

Die Weltwirtschaftskrise hat sich im letzten Vierteljahr 1930 weiter verschärft. Räumlich erreichte sie durch die Einbeziehung aller Volkswirtschaften ihr überhaupt mögliches Maximum.

Seit der Jahreswende scheint sich eine neue, in der Intensität abgeschwächte Rückgangsetappe anzubahnen. Auf einigen Weltrohstoffmärkten hat die Vorratszunahme teils aufgehört, teils sich vermindert.

Wenngleich der weltwirtschaftliche Konjunkturrückgang noch nicht abgeschlossen ist, so dürfte sich doch die Rückgangsentensität vermindern und eine Vereinzelnung der Rückgänge Platz greifen.

Nazis fördern Wirtschafts-drama.

Aus dem Bericht wollen wir noch folgende für die Wirtschaftskrise besonders charakteristische Zahlen hervorheben: 1928 = 100 gesetzt, ist vom November bis Januar die deutsche industrielle Produktion von 75,6 auf 70,9 Proz. weiter abgefallen.

Wir haben dieses Drama immer in erster Linie auf die Weltwirtschaftskrise zurückgeführt, die ihre Hauptursachen wieder in der agrarischen und industriellen Überproduktion, in der spekulativen Überausdehnung zahlreicher Industrien und in der monopolistischen Preisbeeinflussung nach oben haben.

Das Institut für Konjunkturforschung schreibt über die Zeit nach dem 14. September: Die Entwicklung des deutschen Geldmarktes stand Ende 1930 so wie im Januar und Februar 1930 im Gegensatz zu der Bewegung der wichtigsten ausländischen Geldmärkte.

Die nach dem 14. September verstärkte Kapitalflucht hat selbstverständlich die Zinssätze auch nach oben gedrückt. Die Folge war, daß die Devisenkurse besonders der Kapitalfluchtländer Holland und Schweiz gegen Deutschland so stark gestiegen sind, daß Deutschland immer mehr Devisen und Gold zum Schutze der Marktwährung verwenden mußte.

und Sonderrückstellungen erforderlich ist, stellt sich auf 101 Millionen Mark. Hieron werden 75 Millionen Mark durch Heranziehung der amerikanischen Freigabegelder gedeckt, so daß ein Rest von 26 Millionen Mark verbleibt.

Die Hapag, die weit mehr als ihr früherer Bremer Konkurrent auf das Frachtgeschäft angewiesen ist, hat die Krise weit schärfer zu spüren bekommen. So geht aus der Mitteilung der Verwaltung hervor, daß der erhebliche Anstieg an Frachtgut auch durch die guten Ergebnisse des Passagiergeschäftes, insbesondere des Expedienten des Norddeutschen Lloyd nicht ausgeglichen werden konnte.

Die Woermann-Linie A.-G. (West- und Südafrika) sowie die Deutsche Ostafrika-Linie bleiben für 1930 wieder dividendenlos. Der Betriebsergebnis von 2,6 gegen 3,3 Millionen Mark reichte auch bei dieser Interessengemeinschaft nicht zur Deckung der Abschreibungen aus, für die 300 000 Mark

Die Konjunktur in Deutschland Ende Februar 1931.

Die Wirtschaftstätigkeit hat sich auf nahezu allen Gebieten weiter verringert. Produktion und Umsatz fallen, die Beschäftigung nimmt ab. Die Zahl der Arbeitslosen ist auf fünf Millionen gestiegen.

Im Export macht sich die internationale Absatzkrise in erhöhtem Maße geltend. Die Ausfuhr, seit Herbst 1929 rückgängig, sinkt weiter. Da sich die Wirtschaftslage der wichtigsten Abnehmerländer noch verschlechtert hat, dürfte der Export der deutschen Industrie zunächst weiter gehemmt bleiben.

Die Faktoren des Binnenmarktes liegen gleichermassen ungünstig. Trotz des Liquidationsprozesses, zu dem die Konjunkturbewertung geführt hat, hält die Verknappung an den Kreditmärkten an. Die Investitionstätigkeit, insbesondere auf dem Baumarkt, ist dadurch stark beeinträchtigt.

Die Voraussetzungen für eine schnelle Ueberwindung des gegenwärtigen Tiefstandes sind für Deutschland jedoch noch nicht gegeben. Ab März werden die jahreszeitlichen Vorzüge auf eine Erleichterung des Arbeitsmarktes hinwirken.

Die Voraussetzungen für eine schnelle Ueberwindung des gegenwärtigen Tiefstandes sind für Deutschland jedoch noch nicht gegeben. Ab März werden die jahreszeitlichen Vorzüge auf eine Erleichterung des Arbeitsmarktes hinwirken.

ist, daß der Preisdruck bei der Industrie sich zu Gunsten des Auslandes verschärfen mußte, und da das Ausland mit seiner Balance billiger kauft, mußte auch die deutsche industrielle Konkurrenzfähigkeit im Ausland sich verschlechtern.

Das Bauen wurde erheblich verteuert, statt verbilligt, wie es in Krisenzeiten selbstverständlich wäre. Von September bis Dezember sind die Nettokosten erstklassiger Hypotheken von 8,70 auf 8,97 Proz. gestiegen, statt um mindestens ebensoviel zu sinken.

Die deutsche Sparkapitalien wurden entwertet, weil auch in Deutschland festverzinsliche Papiere, wie Pfandbriefe, Kommunal- und Industrieobligationen sowie Länderanleihen, im Kurse gefallen sind, statt zu steigen.

Der Industrietredit wurde durch das Auftreten der Nazis in der Politik also am allerstärksten entwertet! Alle diese Wirtschaftsfolgen des 14. September haben selbstverständlich auch die Arbeitslosigkeit in Deutschland sehr stark erhöht, und es ist nicht daran zu zweifeln, daß mindestens eine halbe Million mehr Arbeitslose das Ergebnis des 14. September auf dem Arbeitsmarkt waren.

aus der Reserve herangezogen werden mußten. In dem Bericht der Woermann-Linie heißt es, daß 1930 eins der schwersten Jahre für die Seeschifffahrt gewesen sei. Der Weltadrenil wurde besonders durch den Preisschub der wichtigsten Rohstoffe, wie Kakaos, Delfrüchte usw., ungünstig beeinflusst, der die Kaufkraft der Eingeborenen scharf droffelte.

Beschärfte Absatzschwierigkeiten im Bergbau

Der Verband des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats ist im Februar weiter stark gesunken. Er stellte sich auf nur 191 000 Tonnen je Arbeitstag gegen 224 000 Tonnen bzw. 219 000 Tonnen in den beiden vorhergehenden Monaten.

Auch der Kaliabsatz schrumpft zusammen.

Die Abnahmen des deutschen Kalisyndikats sind im Februar auf 1,54 gegen 2,02 Millionen Tonnen im Februar 1930 gesunken. Diese enormen Absatzverluste sind eine Folge der Weltagrarkrise und der sich daraus ergebenden Kaufkraftverluste sowie der Einschränkung der Anbauflächen.

Die Lehrlingsnot.

Der Geburtenausfall in den Kriegsjahren blieb wirkungslos.

Die Befürchtungen auf der einen und die Erwartungen auf unserer Seite, die sich an die Rückwirkungen des Geburtenausfalls während der vier Kriegsjahre hinsichtlich der Gestaltung des Lehrlingswesens knüpfen, sind durch die Wirtschaftskrise gegenstandslos geworden. Der für die Jahre 1928 bis 1932 auf Grund des Geburtenausfalls errechnete Mangel an Lehrlingen ist nicht eingetreten, statt dessen ein Ueberangebot zugunsten der Unternehmer im allgemeinen und der Lehrlingshalter im besonderen.

Von der Arbeitslosigkeit wird

die Jugend am schwersten betroffen.

ganz abgesehen von den Fällen, in denen der Vater samt seinem Sohne oder gar Söhnen erwerbslos ist. Die körperlichen und geistigen Schäden, die sich aus der Beschäftigungslosigkeit der Jugendlichen ergeben, sind unabsehbar. Doch selbst der Teil der Jugendlichen, der das „Glück“ hatte, eine Lehrstelle zu finden und dessen Väter erwerbslos sind, ist nicht zu beneiden. Das sogenannte Kostgeld, das die Annungen und ihre Handwerkskammern schamhaft in Erziehungsbeihilfe umbenannt haben — wodurch es nicht mehr geworden ist —, soll nach den Richtlinien der Berliner Handwerkskammer mindestens betragen: im ersten Lehrjahr 3 M. wöchentlich, im zweiten Jahre 7 M., im dritten 9 M. und im vierten Lehrjahr 12 M. Von dieser „Erziehungsbeihilfe“ sind 3 M. für Fahrgehalt aufzuwenden und wenn auch nur eine Mark steigend mit jedem Lehrjahre als Taschengeld zugestanden wird, dann bleibt 1 M. bis zu 3 M. für Berufskleidung, Werkzeug, für Kleidung und Ernährung übrig.

Dabei sind es heute nicht etwa nur die Bierzechnjährigen, die eine Lehrstelle suchen. Siebzehn- und Achtzehnjährige, die von den höheren Schulen abgehen, abgehen müssen, weil den Eltern die Mittel für die Weiterbildung fehlen, machen den aus den Gemeindefschulen kommenden Bewerbern um eine Lehrstelle Konkurrenz. Viele Jungen müssen erst ein Jahr warten, bis eine Lehrstelle für sie frei wird. Doch

was dann, wenn die Achtehn- bis Einundzwanzigjährigen „ausgeleert“ haben?

Dann werden sie mit guten Wünschen für ihr ferneres Fortkommen entlassen, auf die Straße gesetzt zu den übrigen Gelehrten und Ungelehrten, die zu Hunderten und Tausenden die Arbeitsnachweise überlaufen. Ihr Platz wird von neuen Lehrlingen besetzt, ihre Arbeitskraft ist dem Lehrherrn zu teuer geworden und nun fällt für sie auch noch die Erziehungsbeihilfe und damit auch ihr Taschengeld fort.

Bei dem riesigen Ueberangebot an Lehrlingen, das die Lehrlingshalter bei weitem nicht aufnehmen können, selbst wenn ihnen keine Schranken dabei im Wege ständen, wie sie teilweise durch Tarifverträge wie durch Verordnungen des preussischen Handels-

ministers gesetzt sind, haben die Herren reichliche Auswahl und können ihre Bedingungen stellen. Die früheren Warnungen der Gewerkschaften an die Adresse der Eltern und Vormünder vor der Zuführung zu dem einen oder anderen aussichtslosen Beruf, die Mahnungen zur Vorsicht bei der Auswahl der Lehrstelle verhalten bei dem gegenwärtigen Ueberangebot an Lehrlingen vollständig. Mehr denn je wehren sich die Lehrherren und ihre Verbände gegen die „Einkaufung“ der Gewerkschaften bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse der Lehrlinge, der Arbeitszeit und des Urlaubs. Mit besonderer Gemüthlichkeit stellte eine Vollversammlung der Berliner Handwerkskammer in einer Entschließung fest,

„daß die Befehgebung eine zwingende Vorschrift, nach welcher den Lehrlingen ein jährlicher Urlaub gewährt werden muß, nicht enthält“.

Sie halte an ihrem Standpunkt fest, daß „der Lehrvertrag ein Erziehungsvertrag“ sei. Daher habe sie keine Möglichkeit und halte es auch nicht für zweckdienlich, bestimmte Richtlinien für einen Jahresurlaub der Lehrlinge zu erlassen, weil solche für den einzelnen Lehrmeister einen indirekten Eingriff in seine Rechte bedeuten könnten.

Die Verurteilung der sozialen Befehgebung in diesem Punkte bedarf keiner Unterzeichnung. Vor wenigen Tagen wurde im Reichstag wieder einmal an die Vorlage des Berufsausbildungsgesetzes erinnert, dessen Werdegang wahrlich kein Ruhmesblatt der deutschen Sozialgesetzgebung darstellt. Das Reichsarbeitsministerium ist so stark mit dem Lohnabbau beschäftigt, daß es für die Schaffung von Schutzbestimmungen für die Lehrlinge und die jugendlichen Arbeiter, die gerade jetzt besonders notwendig wären, keine Zeit zu haben scheint. Nicht einmal die naheliegende Forderung der

Einführung des neunten Schuljahres

die wenigstens den jüngsten Jahrgang der jugendlichen Erwerbslosen von der Straße fernhalten würde, kommt zur Durchführung.

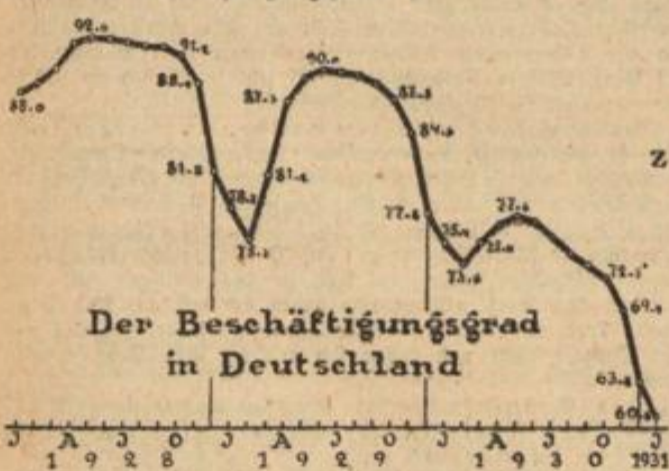
Die Wirkungen der Krise werden noch obendrein von der Rechtsprechung verstärkt, um die Gewerkschaften zu verhindern, bei der Regelung der Lehrungsverhältnisse mitzuwirken. Das wird die Gewerkschaften natürlich nicht abhalten, immer wieder auf die notwendige Regelung zu dringen, und nach Ueberwindung der Krise wird ihnen auch der Erfolg nicht versagt bleiben. Die Nutznießer der Lehrlingskrise werden von ihrem bequemen und profitlichem Standpunkt abgedrängt werden.

Eine Gesellschaft aber, die sich so wenig um die Not der Lehrlinge und erwerbslosen Jugendlichen kümmert, sie ihrem Schicksal überläßt, hat das Recht verwirrt, im Brustton stüssiger Entrüstung sich abfällig zu äußern über unerfreuliche Folgeerscheinungen ihrer Erziehungspolitik.

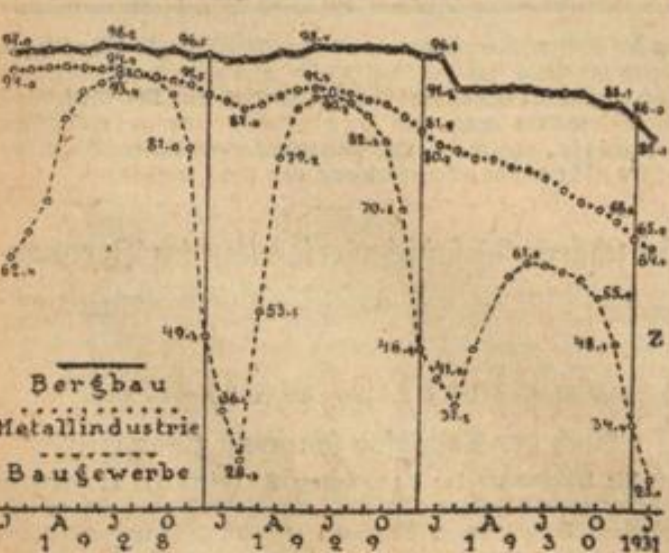
Der Arbeitsmarkt.

Das Absinken des Beschäftigungsgrades.

Die Registrierungen der Vollbeschäftigten und Kurzarbeiter durch die Gewerkschaften ergeben — nach Umrechnung der Kurzarbeiter auf Vollbeschäftigte — ein ungemein interessantes Bild über den jeweiligen Grad der Beschäftigung in Deutschland. Unser Bild, das sich auf über drei Jahre erstreckt, zeigt, wie katastrophal sich die Beschäftigungsmöglichkeit in Deutschland seit etwa einem Jahre verschlechtert und wie der Beschäftigungsgrad insbesondere in den im Wirtschaftsleben Deutschlands wichtigsten Industrie- und Gewerbezweigen gesunken ist.



Selbst im Bergbau, wo der Beschäftigungsgrad ziemlich gleichmäßig ist und auch in den Jahren 1928 und 1929 nur ganz geringe Schwankungen zeigt, sind die Vollbeschäftigten von 96,8 im Januar 1930 auf 82,5 im Januar dieses Jahres gefallen. Noch schärfer sank die Kurve bei der Metallindustrie, die Ende Januar dieses Jahres einen bis dahin noch nie beobachteten geringen Beschäftigungsgrad von 64,1 aufwies.



Auch das Baugewerbe, das gewöhnlich im Hochsommer den höchsten Grad der Beschäftigung erreicht, ist von 90,3 im Jahre 1929 auf 61,9 im Jahre 1930 gesunken und hat Ende Januar 1931 mit 25 Proz. den bisher nie registrierten Tiefstand erreicht.

Die beiden Graphiken ermahnen eindringlich, daß angesichts einer solchen katastrophalen Entwicklung des Beschäftigungsgrades und der sich daraus ergebenden Arbeitslosigkeit in Deutschland es unbedingt erforderlich ist, die Arbeitszeit zunächst in den wichtigsten Industriezweigen sofort abzurufen und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß dem Produktionsprozeß, wenn auch zumeist, immer mehr Arbeitslose zugeführt werden.

Die Verhandlungen im Baugewerbe.

Die Verhandlungen um einen Reichstatistvertrag für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten, die in dieser Woche fortgesetzt worden sind, haben noch nicht zu einem endgültigen Ergebnis geführt. Sie werden in der dritten Märzwoche fortgesetzt werden.

Gegen die Scharfmacherei.

Erklärung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Der Erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes nahm dieser Tage in Berlin zu den Plänen der Scharfmacher auf tarifpolitischem Gebiet Stellung. Er legt, wie aus einer von ihm angenommenen Entschließung hervorgeht, gegen den neuen Versuch der eisenschaffenden Industrie, unter dem Druck der Androhung von Stilllegungen die überaus niedrigen Tarifstundenlöhne um weitere 20 Prozent herabzusetzen, schärfste Bewahrung ein.

Der Ueberlegung industrieller Anlagen sei nicht durch Lohnabbau, sondern durch systematische Schaffung zusätzlicher Arbeit zu begegnen. Der Versuch, die Tarifverträge überhaupt heillos zu machen, müsse schwerste Erschütterungen des Volkswirtschaftslebens hervorrufen. Von einer Abdingung laufender Lohnverträge könne keine Rede sein. Die Tarifstundenlöhne müßten angesichts ihres niedrigen Standes auch beim Ablauf des geltenden Lohnvertrages als unantastbar gelten.

Um die Wiedereinstellung der Arbeitslosen in die Produktion zu ermöglichen, fordert der Beirat

Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenarbeitsstunden.

Schiedsprüche, die trotz der Massenarbeitslosigkeit noch eine selbst 48 Stunden übersteigende Wochenarbeitszeit festsetzen, seien ein Skandal. Einem solchen Skandal müsse von den zuständigen Instanzen schleunigst ein Ende gemacht werden.

Die Lage der Bankangestellten.

Internationale Fachgruppenkonferenz.

Am Mittwoch und Donnerstag tagte in Berlin die Internationale Fachgruppenkonferenz der Bankangestellten, die im Internationalen Bund der Privatangestellten zusammengeschlossen sind. Vertreten waren außer Deutschland die Tschechoslowakei, Dänemark, Polen, Belgien, Holland, Dänemark und Schweden. Aus dem Bericht des Sekretärs, Genossen Schmitz, Amsterdam, ging hervor, daß die Fachgruppe der Bankangestellten im Internationalen Bund der Privatangestellten in 15 Ländern zur Zeit 40 000 Mitglieder zähle. Er berichtete über einzelne Maßnahmen des Internationalen Sekretariats zur Eingruppierung von Bankangestelltenverbänden in den Internationalen Bund und zur stärkeren organisatorischen Erfassung der Bankangestellten in den Ländern, wo das Organisationsverhältnis noch schwach ist. Gute Dienste habe bei der internationalen Verarbeitung eine Broschüre

„Zehn Jahre Angestelltensekretariat“

geleistet, die in fünf Sprachen herausgegeben wurde. Am zweiten Tage beschäftigte sich die Konferenz hauptsächlich mit der wirt-

schäftlichen Lage der Bankangestellten in den verschiedenen Ländern. Die Internationale gab Fragebogen aus zur Untersuchung der Arbeitsbedingungen der Bankangestellten. Diese Fragebogen wurden in der Konferenz von den Vertretern der einzelnen Länder ausführlich ergänzt. Es wurde beschlossen, die Fragebogen zusammen mit den mündlichen Ergänzungen zu einem gedruckt Bericht zusammenzufassen und ihn den einzelnen Verbänden zur Verfügung zu stellen. Im allgemeinen wurde die Tätigkeit des Internationalen Sekretariats anerkannt. Vom Vorsitzenden der Fachgruppe, Genossen Allina, Wien, wurde zum Schluß zum Ausdruck gebracht, daß das Sekretariat in nächster Zeit vor allem bemüht sein werde, zu einer Verkürzung der Arbeitszeit in allen Ländern zu kommen, um damit den Abbau der Angestellten infolge der Rationalisierung wirksam zu bekämpfen.

Deinliche Feststellung.

Trotz Lohndruck zunehmende Arbeitslosigkeit.

Dem Unternehmertum ist die Tatsache höchst unbequem, daß trotz der Lohndruckkampagne die Arbeitslosigkeit nicht gemindert wird, der nageblüh volkswirtschaftliche Zweck der Lohndruckerlei sich als verfehlt erweist.

In „Ruhr und Rhein“ wird dieser Rückschlag als unberechtigt erklärt. Das saisonmäßige Anwachsen der Arbeitslosigkeit könne nicht als Auswirkung der Lohnföhrung hingestellt werden. Zum Beweis dafür wird außer der „üblichen Saisonerscheinung“ die geradezu lächerliche Ausrede gebraucht, daß es sich bei der zunehmenden Arbeitslosigkeit „zum Teil vielleicht auch um Auswirkungen des Käuferstreits“ handle, „der durch die Ueberreibungen der Preisentwertungspropaganda erzeugt wurde, wie überhaupt durch gewalttätige Preisentwertungen (!) Unterbreitungen der Selbstkosten entstehen können, aus denen sich dann ebenfalls Zusammenbrüche und Entlassungen ergeben“.

In dieser hilflosen Verlegenheit um stichhaltige Gründe sucht „Ruhr und Rhein“ seinen stärksten Trümpf auszuspielen. Rückschlüsse auf die Auswirkung der Lohnsenkung seien überhaupt verfrüht, weil die Herabsetzung der Tariflöhne erst begonnen habe. Die „Gewerkschafts-Zeitung“ des ADGB bezugwe die durch den Satz, daß „die neu vereinbarten oder oktroyierten Lohnsätze meistens erst nach dem 1. Januar 1931 in Kraft“ getreten sind.

Nur der Bergbau, die Metallindustrie, das Holzgewerbe und die Papiererzeugung wiesen bis jetzt eine Lohnsenkung auf, in die die übrigen acht Industriezweige noch nicht einbezogen seien. Wie aber steht's im Bergbau? Fast kein Tag vergeht ohne neue Stilllegungsankündigungen.

Erst in den Sommermonaten, nach Abschluß der Frühlingslohnföhrungen, sei ein Schluß darüber zulässig, „ob die Lohnsenkung in dem bis dahin erfolgten Ausmaße nach Tiefe und Breite ausreicht, um die Arbeitslosigkeit entscheidend zu beeinflussen“.

Der Ignismus, in dem der kampflose vergebliche Versuch der Gegenbeweisführung sich austobt, ist kaum mehr zu übertreffen. Worten wir bis zum Sommer und weisen dann — unter Berücksichtigung des saisonmäßigen Rückgangs der Arbeitslosigkeit — erneut und mit verstärkten Argumenten nach, daß der Lohndruck ein verfehltes Mittel ist, um den Arbeitsmarkt zu beleben, daß er vielmehr zu verheerendem „Käuferstreit“ führen muß, dann ist dies für das Unternehmertum ein Grund mehr, einen nach Tiefe und Breite weit stärkeren Lohndruck zu fordern, um den Arbeitsmarkt zu beleben.

Wir wollen, daß trotz der Lohnföhrungen der Arbeitslosigkeit begegnet wird und fordern daher vor allem die Verkürzung der Arbeitszeit, um einen Teil der Arbeitslosen in Arbeit zu bringen. Das Unternehmertum aber wehrt sich dagegen mit Händen und Füßen.

Textilarbeiter gegen weiteren Lohndruck.

65 000 Arbeiter zum 14. März gefündigt.

Die Unternehmer der münsterländischen Textilindustrie sowie die des Bezirks Bielefeld, Herford und Gütersloh versuchen die Arbeiterlöhne — „dem Zuge der Zeit“ folgend — noch weiter herabzudrücken, trotzdem der „stille“ Lohnabbau durch Vermehrung der Stühle und Herabsetzung der Akkordstücklöhne bereits mit aller Gründlichkeit durchgeführt wurde.

Bei den auf Betreiben der Unternehmer eingeleiteten Schlichtungsverhandlungen haben die gewerkschaftlichen Vertreter der Arbeitnehmer gegen einen weiteren Lohndruck entschiedenen Einspruch erhoben, so daß die Verhandlungen ergebnislos verliefen.

Damit der Schlichter alsbald eingreift, haben die Unternehmer den 65 000 Arbeitern und Arbeiterinnen zum 14. März das Arbeitsverhältnis gefündigt.

Es bleibt nun abzuwarten, wie der Apparat mit Schiedspruch und Verbindlichkeitsklärung funktioniert, d. h. ob man es fertig bringt, ohne Rücksicht auf den bereits erfolgten Lohndruck in der Textilindustrie, den Unternehmern zu einer weiteren Schröpfung der Textilarbeiter und -arbeiterinnen zu verhelfen.

Kurse im Werkmeister-Verband. Wie in den Vorjahren hält der Deutsche Werkmeister-Verband auch in diesem Jahr Kurse ab, die der Weiterbildung seiner Mitglieder auf arbeitsrechtlichem Gebiet dienen sollen, welche als Landesarbeitsrichter und Arbeitsrichter tätig sind. Für die in Berlin und der Provinz Brandenburg bestellenden Landesarbeitsrichter und Arbeitsrichter findet der Kursus am Sonnabend, dem 7. März 1931, und am Sonntag, dem 8. März 1931, im Sitzungssaal der Ortsverwaltung, Berlin W. 62, Kurfürstenstr. 111, I. statt. Dieser Kursus wird von Geißler & Co., Düsseldorf, geleitet.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Deuts. Arbeiter, 19½ Uhr, tauchen die Gruppen: Werking: Jugendheim, Schule Sonnenbuntstr. 30, Untere Berliner Poststr. — Hermannsberg: Gruppenheim Sandbühlstr. 11, Gde. Hochstr. 10, Heimbesprechung. Anstaltshaus: „Wir packt ich meinen Koffer“, — Charlottenburg: Jugendheim Grottestr. 20, Heimbesprechung. — Neppelinsplatz: Jugendheim Ebnitzer Gde. Grotte, Heimbesprechung. — Bismarckstr.: Gruppenheim Bismarckstr. 1, Heimbesprechung. — Gellertstr.: — Reinholdstr.-Okt.: Jugendheim Lindauer Straße (Beraden), Heimbesprechung. — Jugendgruppe des Vater-Verbandes: Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24-25, Canal 2. Vortrag: „Die gesetzlichen Rechte des Arbeitnehmers“.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anwohler

Deuts. Arbeiter, 19½ Uhr, tauchen die Gruppen: Jugendheim Sonnenbuntstr. 11 (2. Hof, Dortgebäude, 1 Treppe, Zimmer 5), Reichsplatz. — Kärnten: Wir denken die Verammlung des Vater-Verbandes. — Deuts. kommt die Arbeitergemeinschaft um 20 Uhr im Jugendwohnhause am unteren Bismarckplatz zusammen. — Kärnten zur Jugendwohnhause der Arbeiter am 21. und 22. März sind zum Preise von 60 Pf. im Jugendwohnhause zu haben.

Wacholder Medico
Er sorgt für gutes Funktionieren des Stoffwechsels und hält Leber und Nieren in Ordnung.
Packungen von Mk. 1.10 an; Wacholder-Schokolade, der natürliche Wacholder-Extrakt in Schokoladen-Überzug, die bequeme Taschepackung Mk. — 50, in Apoth. und Drog., sonst durch Otto Reichel, Berlin SO, Eisenbahnstr. 4.



STADT DES VORWÄRTS

BEILAGE

Um Lebensglück und Gesundheit

Wie man heute die Geschlechtskrankheiten bekämpft / Aus der Arbeit des Berliner Gesundheitsamtes

Heute, wo wir bestrebt sind, allen Dingen klar ins Auge zu sehen und sie beim richtigen Namen zu nennen, wissen wir, daß die Geschlechtskrankheit eine Volksseuche ist, deren Bekämpfung und Ausrottung oberste Pflicht ist. Geht es hier doch um Lebensglück und Gesundheit des Volkes. Das Reichsgesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 18. Februar 1927 hat die öffentlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Krankheiten auf eine völlig neue Grundlage gestellt.

Die zentrale Gesundheitsbehörde zur Durchführung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist das Berliner Hauptgesundheitsamt; es ist allein zuständig für den Verkehr mit der Polizei, zur Entgegennahme aller polizeilichen Anzeigen. Es ist auch allein berechtigt, Fahndungen, Zwangsdoorführungen, Beobachtungen zu veranlassen. Eine Zentralkartei ermöglicht genaueste Gesamtübersicht. Was geschieht nun bei den der Gesundheitsbehörde bekanntgewordenen Personen? Zunächst wird ausnahmslos ein Gesundheitszeugnis angefordert; die vorangehende Untersuchung muß sich auf alle drei Stadien der Krankheit erstrecken. Falls das Zeugnis nun den Krankheitsverdacht bestätigt, wird geprüft, ob ambulante oder Krankenhausbehandlung erforderlich ist und daraufhin das weitere veranlaßt. Ist die Behandlung bei häufigem Geschlechtsverkehr wechselnden Personen beendet, dann tritt die Gesundheitsaufsicht in Aktion. Die neue Durchführungsort der Gesundheitsaufsicht ist ihres früheren Schemas völlig entkleidet, sie trägt nicht den leisen Charakter irgendwelcher „Reglementierung“, berücksichtigt sorgfältig die von dem Betroffenen ausgehenden tatsächlichen gesundheitlichen Gefahren und trifft danach ihre Maßnahmen.

Die wertvolle Hilfe der Beratungsstellen.

Groß-Berlin besitzt 19 städtische und eine staatliche Beratungsstelle (Bundesversicherungsanstalt Berlin); von diesen 20 Stellen sind 10 gleichzeitig Behandlungsstellen. 70 Fürsorgeärzte, 45 Fürsorger(innen), 29 Schwestern und 5 Bohoranzen sind in der fürsorgetischen Arbeit tätig; bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß Berlin als erste Stadt weibliches Fürsorgepersonal einstellt, das sich außerordentlich gut bewährt hat. Außerdem sind in den Beratungsstellen 10 ärztliche Stellen unterhält, die von dem Betreffenden ausgehenden tatsächlichen gesundheitlichen Gefahren und trifft danach ihre Maßnahmen.

Die Beratungsstellen gewährleisten, bei gänzlich kostenloser Hilfeleistung völlige Diskretion. Ihre Frequenz ist erfreulicherweise auch sehr groß, was aus der Tatsache erhellt, daß beispielsweise die Beratungsstelle im Hauptgesundheitsamt heute einen täglichen Besuch von 250 bis 350 Personen aufzuweisen hat, während bis vor drei Jahren kaum die Ziffer von 90 erreicht wurde; es ist aber nicht etwa die Krankheitsziffer in dem Maße gestiegen, sondern lediglich die Vernunft und das Vertrauen zur fürsorgetischen Arbeit.

Die Bänke der Rasstuchenden.

Der Eingang zur Beratungsstelle im Hauptgesundheitsamt ist von der Fliederstraße aus; der Bejahrung des Gebäudes entsprechend ist der Zugang ein wenig deprimierend, aber wenn man die paar Stufen nach oben gegangen ist, dann wird es hell, freundlich, sauber, vertrauensvoll. Hinter der Glaswand sitzt die Fürsorgerin, die den Patienten die Nummer aushändigt. Auf großen erleuchteten Transparenten erscheint dann die Nummer, die der Patient in Händen hält, sowie die Nummer der Kabine, in die er sich zwecks Untersuchung zu begeben hat. Rechts sitzen die Frauen, links die Männer, gegenüber den Bankreihen liegen die Kojen, die als Wasch- und Ankleideraum dienen und durch eine zweite Tür nach innen mit dem Behandlungsraum verbunden sind. Ein vielfaches „Borscht!“ spricht von den Wänden der Warteräume; Bemerkungen, Schutzmahnahmen. Die es lesen und unwillkürlich, so oft sie kommen, immer wieder lesen müssen, haben oft bloß ein viel-fogendes Bächeln dafür: „Was loof ich mir dafür! Es geht recht still und friedlich zu, die Menschen sitzen alle ein wenig stumpf da; man kann es nicht einmal perzweifelt nennen, vielleicht, weil es bei den meisten nicht mehr das erste Mal ist, vielleicht, weil sie Kummer in vielfacher Gestalt sowieso schon gewohnt sind. Warum nicht auch das noch? Aber so stumpf und indifferente sie hier draußen erscheinen, wenn sie drinnen bei der Fürsorgerin sitzen und diese mit warmer Menschlichkeit um ihr Vertrauen werben, dann erschließen sich auch die verstocktesten Gemüter. Gewiß, es gibt auch schwierige Fälle: manchmal allzu labile und darum hemmungslose, oder wieder übernerdöse, zur hysterie neigende Menschen, aber das ist ein verschwindend kleiner Teil. Die Mehrzahl ist einer verständnisvollen Aufklärung zugänglich, die Vernunft gewinnt schließlich die Oberhand und damit die Erkenntnis der Gefahr und das notwendige

Verantwortlichkeitsempfinden für den eigenen Körper und den des anderen.

Not treibt zur Prostitution.

Neben der Triebhaftigkeit ist Not ein Hauptmoment, das zur Prostitution oder Halbprostitution führt; Erwerbslose aus den verschiedensten Berufszweigen finden sich hier zusammen, da sieht man Ehefrauen, deren Mann lange arbeitslos war, die Unterstützung geht zu Ende, die Verschuldung wächst und wächst; dann eine plötzliche, unaufschiebbare Zahlung und — die Frau geht auf die Straße! Und aus dem einen Mal werden dann viele. Die meisten Prostituierten stehen in dem Alter zwischen 20 und 30 Jahren, einige wenige Jugendliche unter 18, dann ein paar Ältere bis zu 50 Jahren! In besonderen Fällen, wo Bedürftigkeit vorliegt und die Kranke nachweislich nicht „auf den

Die Partei der Schaffenden ruft: Alle Mann an Deck, Stärkt die Aktivität! werbt Tag für Tag, Stunde für Stunde! Führer im Kampf ist der „Vorwärts“

Siedler klagen an!

Fleißige Siedler, verständnislose Behörden

In 10 Minuten ist vor den Toren der Weststadt mit der Vorortbahn Blankenburg zu erreichen. Zur Zeit der Obstblüte ist es ein Paradies, ein zweites Bieder. Welt in der Runde erstrecken sich die Kolonien fleißiger Siedler mit schönstem Baumbestand. Die Besitzer versuchen dagegen den Ort, wenn sie im Herbst und im Frühjahr auf grundlosen Wegen zu versinken drohen. Viele Berliner Arbeiter und Angestellte, besonders Handwerker, haben hier ihre mühsam erarbeiteten Spargroschen in einem Grundstück und einem kleinen, oft selbst erbauten Häuschen angelegt. Eine ältere Kolonie des Blankenburger „Westen“ besteht schon seit 25 Jahren, hier ist alles im besten Zustand. Dagegen leiden die neueren Ortsteile um so schlimmer unter der Mißgunst der Verhältnisse, die sie nicht vorwärts kommen läßt. Es fehlt jede Hilfe und Unterstützung von den Behörden. Der Vorstand des Haus- und Gartenbesitzer-Vereins, der hier der Schwierigkeiten Herr werden will, hat die Presse zu einer Befragung eingeladen, damit sie sich über die traurigen Verhältnisse orientiert, unter denen die Siedler zu leiden haben.

Die Lage des Bahnhofs ist so unglücklich gewählt, daß wohl das dicht daranliegende städtische Gut einen Nutzen hat, aber nicht die Siedler, die ihre Behausungen nur auf Umwegen in 20 bis 25 Minuten erreichen können.

Die Wege dahin sind fast unpasseierbar; die Gutsverwaltung zerföhrt wohl die Wege, aber tut nichts zu ihrer Erhaltung. Die Siedler erstreben darum einen neuen Bahnhof, der mehr den Kolonien nach Buch zu liegt. Sie haben das Gelände schon zur Verfügung gestellt und wollen sich auch an den Kosten beteiligen. Ein anderes großartiges Projekt betrifft die Erschließung des Gutstells direkt am Bahnhof, durch die die leidige Frage der Verbindungswege nach den neuen Siedlungsstellen der Lösung nähergeführt werden soll.

Es ist kaum glaublich, aber ebenso wahr, daß nur zehn Minuten Bahnfahrt vom Gesundbrunnen aus mitten in Wohnkulturen noch „geriefelt“ wird, und so, daß alle Wohlgerüche Krabiens nicht hinreichen, diesen Festgestalt zu beseitigen. Noch toller ist aber die folgende Feststellung: gleich hinter dem Gut am Bahnhof erhebt sich das Krankenhaus „Uptall“ mitten im Riesengelände, zum Ueberflus noch mit einem breiten Rieselgraben umgeben. Leider haben die Siedler keinen Erfolg, wenn sie mit Petitionen über Petitionen an die Behörden herantreten, durch das Gutsgelände einen zeitfürzenden Verkehrsweg zu erhalten, den sie übrigens auf ihre Kosten machen lassen wollen. Vielleicht wird jetzt eine direkte Verbindungsstraße zum Bahnhof geschaffen, die sechs Minuten Gehzeit durch die Rieselfelder fürst. Wie Blankenburger hoffen auf die Bewilligung.

Bummel“ geht, wird Unterstützung gewährt. Ein erfreuliches Zeichen des Erfolges ist, daß viele Patientinnen — es mögen nach Angabe der Fürsorgerin etwa zwei Drittel sein — gleich ihren Partner mitbringen, so daß die Gefahr einer Anzeige und eventueller nachfolgender gefehliger Bestrafung in Fortfall kommt. Jeder Bezirk hat etwa 13 Fürsorgeämter und jeder von ihnen hat ungefähr 500 Schützlinge zu betreuen. Das Fürsorgepersonal versteht abwechselnd Innen- und Außendienst, so daß es mit der ganzen Materie vertraut ist.

Defektiv und Seelenarzt in einer Person.

Schwer, aufreibend und verantwortungsvoll ist das Amt der Fürsorgerin im Außendienst, die zur Entlastung stärkster polizeilicher Unterstützung bedarf. Absteigequartiere und Kaschemmen, Cafés, Tanzlokale dritten und vierten Grades sind ihr Resort; sie kennt und sucht alle Schlupfwinkel der Unterwelt auf, sie muß Defektiv und Seelenarzt in einer Person sein. Und es sieht nicht immer gerade sehr einladend aus, wo sie eintritt, und man heißt sie auch nicht stets herzlich willkommen. Aber trotzdem: Es geschieht ihr nichts, und vor allem, sie hat Erfolg, wenn sie das befigt, was sie haben muß: Menschliches Gefühl, das in den anderen Vertrauen erweckt und Vertrauen wirkt, denn: der Geschlechtskranke ist nicht des Verdammens, sondern des Bedauerns wert, wie jeder andere Kranke, und es muß vom menschlichen wie vom gesundheitlichen Standpunkt alles getan werden, ihn und seine gefährdeten Mitmenschen von diesem physischen und psychischen Uebel zu befreien und zu bewahren. Darum ist weitgehendste Aufklärung im Kreise der Bevölkerung ein Hauptmoment für die wirksame Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Jeder ist berufen und verpflichtet, dabei selbst tatkräftig mitzubehelfen!

Die Krugstraße, der Hauptverbindungsveg, der zum Doranger und auf die lebhaft befahrene Chaussee Berlin-Buch führt, ist wegen ihrer Unübersichtlichkeit eine Gefahrgeschlammherd. Jede Woche ereignen sich hier Verkehrsunfälle.

Manche Straßen sind reine Ueberschwemmungsgabiete. Mit den primitivsten Mitteln wird städtischerseits versucht, Abwässer abzuleiten, die sich dann in die Gärten der Anwohner ergießen. Hier sieht man Straßengullys, die Wasser spruden statt abzulassen; dann wieder findet man Straßen, die aus Sparamtsgründen nur auf der einen Hälfte gepflastert wurden, d. h. von den Siedlern, obwohl die Stadt für diese Wege zuständig war. Ein schlecht angelegter Kanal, der die berühmte Panke reguliert, saugt das Grundwasser aus den Gärten ab; auch zerfällt er schon wieder nach einem Jahr des Bestehens.

Die Straße ist kein Spielplatz!

Häufung der Kinderunfälle — Belehrt die Kleinen!

Bedauerlicherweise hat die Zahl der Kinderunfälle im Straßenverkehr der Reichshauptstadt im Laufe des vergangenen Jahres wieder eine Steigerung erfahren, die im völligen Gegensatz steht zu der sonstigen Entwicklungstendenz der Berliner Verkehrsunfälle, die eine — wenn auch nur schwache — Abnahme der Zahl der überhaupt aufgetretenen Unglücksfälle erkennen läßt.

Während sich die Gesamtzahl der im Jahre 1929 verunglückten Berliner auf 12 296 belief (von denen 468 getötet und 11 828 mehr oder minder schwer verletzt wurden), stellte sich die entsprechende Zahl der Opfer des Großstadtverkehrs im vergangenen Jahre auf 11 679 (darunter 466 Getötete und 11 213 Verletzte), so daß sich eine Abnahme des Gesamtbestandes der von Verkehrsunfällen betroffenen Personen um 617 oder rund 3 Proz. ergibt. Um so auffälliger trägt die Häufung der Kinderunfälle in Erscheinung, die sich vor allem in einem Anwachsen der Verletzten von 849 auf 884 äußert, während die Zahl der bei den Unfällen getöteten Kinder, die sich im Jahre 1929 auf 60 und im vergangenen Jahre auf 59 bezifferte, nahezu konstant blieb.

Die neuerliche Zunahme der verunglückten Kinder, von denen der weitaus größte Teil (829 oder 88,8 Proz.) bereits im schulpflichtigen Alter von 6 bis 14 Jahren stand, liefert allen Eltern und Erziehern den Beweis, wie wichtig und unerlässlich die ständig zu wiederholenden Belehrungen der Kinder über die großen Gefahren des Straßenverkehrs sind. Die Straße dient den Anforderungen des Verkehrs und ist kein Spielplatz.

Warum Sorge um Herz und Nerven?

Trinken Sie den coffeinfreien und völlig unschädlichen KAFFEE HAG

Das große Paket Kaffee Hag jetzt nur noch RM 1.62, das kleine 81 Pfg.

Aus der Arbeit der Bezirke.

Einbrecher als Ehrenbeamte?

5. Bezirk - Friedrichshain.

Zur Erweiterung des Schulgrundstücks in Stralau ist dem Bezirksamt ein günstiges Kaufangebot eines Grundstücks gemacht worden. Auf Vorschlag des Bezirksamts erklärte sich die Versammlung mit dem Ankauf des Grundstücks einverstanden. Eine Vorlage des Bezirksamts über die Aenderung der Richtlinien für die Wohlfahrts- und Jugendkommissionen, nach denen das Vorschlagsrecht der Bezirksverordneten für die zu wählenden Ehrenbeamten aufgehoben wird, gab Anlaß zu einer ausgedehnten Debatte. Im Namen des Bezirksamts führte Bürgermeister Genosse Mißlich aus, daß die den Bezirksverordneten eingeräumte Befugnis, geeignete Personen als Ehrenbeamte vorzuschlagen, sich in einer Weise ausgewirkt hat, die dem Selbstverwaltungsgedanken schweren Schaden zugefügt hat. Die Bezirksverordneten einer bestimmten Fraktion haben bei der Auswahl der für die Betreuung mit Ehrenämtern in Frage kommenden Personen jede Objektivität vermissen lassen. Nicht nur, daß rein politische Gesichtspunkte maßgebend waren, hat man häufig auch Leute vorgeschlagen, die wegen ehrerühriger Vergehen mit erheblichen Vorstrafen bedacht sind und die somit niemals als Berater von Ratsmitgliedern oder sonstigen Schutzhelfenden in Frage kommen können. Selbst die den vorliegenden Bezirksverordneten erteilten Informationen über die Qualität solcher Personen, hat sie nicht veranlaßt, von ihren Vorschlägen zurückzutreten. Andere geeignete Vorschläge wurden zurückgewiesen. Da konnte es natürlich nicht ausbleiben, daß die gewissenhaft für das Wohl der Bürgerschaft arbeitenden Ehrenbeamten es ablehnten, mit derartigen Personen zusammen zu arbeiten. Das bedeutet aber für die zu betreuenden Wohlfahrtsempfänger, für die hilfebedürftigen Jugendlichen eine Gefährdung der sozialen Hilfsmassnahmen der Stadt. Dasselbe Bild zeigt sich auch bei den Vorschlägen für Bezirksvorsteher und Schiedsmänner. Auch die Wohnungsverhältnisse müssen bei der Betreuung mit einem Ehrenamt berücksichtigt werden. Aus diesen bisher bestandenen Mängeln heraus mußte endlich einmal eine Aenderung des bisherigen Zustandes eintreten. Stadtkommission Genosse Haase unterstrich die Ausführungen des Genossen Mißlich und führte eine Reihe von Einzelfällen an, in denen die Kommunisten wegen schweren Einbruchs u. dgl. bestrafte Personen zu verantwortlichen Beratern der notleidenden Bevölkerung machen wollten. Von besonderer Wichtigkeit war die Beantwortung einer kommunistischen Anfrage wegen der räumlich unzureichenden Säuglingsfürsorge in der Mirbachstraße durch den Stadtrat Genosse Günther. Günther erklärte, daß das Bezirksamt alles getan habe, um die unzulänglichen Zustände zu beseitigen. Die dritte Säuglingsfürsorge in der Mirbachstraße ist jetzt fertiggestellt. Sobald uns der Magistrat die Mittel für die erforderliche Personalbesetzung zur Verfügung stellt, wird diese Fürsorge in Betrieb genommen werden. Dadurch wird schon eine fühlbare Entlastung herbeigeführt. Das Bezirksamt ist weiter bemüht, Räume für die Errichtung einer 4. Säuglingsfürsorge zu finden. Nach Kenntnisnahme kleinerer Vorlagen und der Beantwortung unerheblicher Anfragen vertagte sich kurz nach 22 Uhr die Versammlung. — Wir wollen hoffen, daß sich ein Weg findet, um trotz Finanznot die nötigen Gelder für die Säuglingsfürsorge freizumachen.

Ein nazifreundlicher Vorsteher.

12. Bezirk - Steglitz.

Die Bezirksversammlung Steglitz stand vollkommen unter dem Eindruck, daß sie das letztemal öffentlich tagte. Das ging auch aus den Anträgen hervor. Jede Partei wollte noch einmal nach außen hin glänzen bei der Wahrnehmung der Interessen der Bürgerschaft. Als dann gar ein Kommunist mit großem Stimmengewinn protestieren wollte gegen die Beschlüsse des Gemeindevorstandes im Preussischen Landtag, verließen die Deutschnationalen mit Anhang den Sitzungssaal und die Versammlung wurde beschlußunfähig. Daraus geht hervor, daß die Deutschnationalen mit dieser Gesetzesänderung einverstanden sind, im Gegensatz zu den Reden ihres Vertreters im Parlament und zu den Berichten in den Zeitungen. Es sei also hiermit festgestellt, daß die Bezirksversammlung sich selbst in ihrer Mehrheit aufgehoben hat. Zu bedauern ist nur der Herr Vorsteher; denn dieser arme Mann hat nun wirklich keine Aufgabe mehr. Auch er wird arbeitslos. Hat er doch so gern die Geschäfte geführt, ohne das geringste davon zu hören, wenn Nazis in unerschämter Weise sozialdemokratische Vertreter beschimpften und beleidigten. Es sei noch besonders hervorgehoben, daß in der letzten Sitzung, als man beantragte, die Hermannstraße in Siedende in Hünfeldstraße umzutauften, die Anregung kam, diese Straße Kofa-Lugenburg-Straße zu nennen, weil diese Vorkämpferin der Arbeiterbewegung jahrelang dort gewohnt hat. Unter dem Schutze des Herrn Vorstehers durfte sich da der Nazi Engel die gemeinsten Anpöbelungen der Antiparteien erlauben. Ordnungsrufe bekam nur ein Kommunist. Von den gemeinen Äußerungen des Herrn Engel nahm der Vorsteher keine Notiz. So kann man wohl an Schluß dieser Periode hoffen und wünschen, daß die Bezirksversammlung in Zukunft sich weniger Reden anhört, dafür aber mehr praktische Arbeit für den Bezirk Steglitz leistet. Zu erwähnen ist, daß in der Drakestraße in Väterlande an der Ecke der Ring- und Curtiusstraße eine Straßendammerbreiterung vorgenommen wird. Gleichzeitig soll an der Stühmauer am Platz vor der Kirche eine Warterhalle errichtet werden. Dem Verkauf bzw. dem Leih von kleinen Feilsgrundstücken wurde zugestimmt. In der Endhaltestelle der Straßenbahnlinien 61 und 88 in der Bismarckstraße in Steglitz den verkehrshindernden Charakter zu nehmen, ist eine gemischte Deputation zusammengekehrt worden, die zu einem Entwurf bezüglich einer Gleisverlebung in der Nähe des Stadtparks Stellung nehmen soll. Viel umstritten wurde die Neuordnung bzw. Umstellung des Kranod-Marties in Lankwitz. Die Vorlage lag nur zur Kenntnisnahme aus. Die Nazis verlangten dann, daß in allen Besehallen des Bezirks zwei Zeitungen ihrer Partei ausgelegt werden. Dagegen wendet sich mit Recht das Amt, und es kam, wie es immer ist, wenn die Nazis etwas in Bewegung setzen, die Reaktion in Bewegung, und so wurde beschlossen, daß in Zukunft in den Besehallen keine Tageszeitungen zum Auslegen gelangen. Dafür stimmte, wie es sich versteht, die gesamte Rechte. Ein Antrag, in Zukunft für Schüleränderungen mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, wurde angenommen. Zugestimmt wurde auch dem Antrag, im Jahre 1932 erneut Mittel für den Schulneubau in der Erlentstraße in den Etat einzusetzen. Mit einem Antrag, wonach die Abfertigung von Erwerbslosen im Räume für die Säuglingsfürsorge vorgenommen werden soll, hielten sich die Kommunisten eine ver-

blende Niederlage. Sie benutzten die Tatsache, daß unter Genosse Reimbach Dezernent für das Gesundheitsamt ist, und sprachen von allen möglichen Zuständen und übertrieben einige Tatsachenschwierigkeiten, die ihnen als langjährige Bezirksverordnete ebenfalls bekannt sind wie der übrigen Versammlung, um zu sagen, es liege eine Pflichtverletzung vor. Unsere Genossen blieben ihnen nichts schuldig. Der Antrag wurde gegen 4 Stimmen abgelehnt. Somit ging es, wie üblich, heiter zu, bis sich die Versammlung durch Beschlußunfähigkeit selbst auflöste.

Die neuen Hanszinssteuer-Richtlinien.

Das soeben erschienene Heft 5 der vom Verband sozialer Baubetriebe herausgegebenen „Sozialen Bauwirtschaft“ enthält die neuen für Preußen gültigen Hanszinssteuer-Richtlinien im Wortlaut und auszugsweise die Bayern, Baden und Hamburg betreffenden Richtlinien. Ein weiterer Aufsatz des Genossen Viktor Kosa betrifft das von der Sozialdemokratie eingebrachte Wohnheimstättengesetz, durch das die Gemeinden zur Bodenvorratswirtschaft verpflichtet werden sollen, um Gelder für Wohnheimstätten und andere gemeinnützige Zwecke unter Ausschaltung der Bodenpekulation zur Verfügung stellen zu können. Besonders wichtig sind in diesem Gesetzentwurf die Bestimmungen über die Enteignung und Entschädigung.

Sonntag Schluß der Räte Kollwitz-Ausstellung.

Die Räte Kollwitz-Ausstellung, die das Volksbildungsamt Wedding im großen Saal des Bezirksamts Wedding, Müllerstraße 146 (am Leopoldplatz), veranstaltet, ist nur noch bis einschließlich Sonntag, dem 8. März, täglich von 12 bis 19 Uhr geöffnet. Eintritt frei für jedermann. Die Ausstellung erfreut sich eines außerordentlich starken Besuches, sie hat vor allem das Interesse der Arbeiterschaft gefunden. Mit Genehmigung darf auch festgestellt werden, daß zahlreiche Schulen, insbesondere die weltlichen Schulen, in Sonderführungen durch die Ausstellung die große und tiefe Kunst der Räte Kollwitz auf die älteren Schüler und Schülerinnen wirken lassen. Am Freitag um 19 1/2 Uhr findet eine Sonderführung für die Arbeiterjugend und am Sonnabend um 19 1/2 Uhr eine Führung für die parteigenösslichen Frauen der Kreise Wedding und Mitte statt.

„Unser Programm in Wort und Bild.“

Bei der Parteitagung ist das kürzlich im Dieh-Verlag erschienene, reich und interessant illustrierte Heft „Unser Programm in Wort und Bild“ ein guter Helfer. Keckvoll im Reiche ist diese volkstümliche Ausgabe des Heidelberger Parteiprogramms begrüßt worden. Der Absatz steigt von Woche zu Woche. Auch in Berlin ist der Absatz gut. So konnte die Dieh-Buchhandlung in der Lindenstraße in den letzten Tagen bereits über 1000 Exemplare verkaufen. Wer dem Willkommene der Sozialdemokraten neue Kampfgenossen zuführen will, lasse sich für 90 Pfennig das Programm der Partei.

Die 20. weltliche Schule, Waldemarstr. 77, veranstaltet eine Ausstellung von Schülerarbeiten in der Zeit vom 7. bis 9. März.

Hasen gestreift und ausgeworfen..... Pfd.	0,68 an
Hirschrücken..... Pfd. von	0,98 an
Hirschkeule..... Pfd. von	1,15 an

Frisches Fleisch

Kalbshaxen..... Pfd.	0,54
Kalbskamm o. Bell. Pfd. v.	0,64 an
Kalbsbrust od. Rücken, Pfd. v.	0,74 an
Kalbskeule bis 9 Pfd., ganz oder geteilt..... Pfd.	0,84
Kalbskotelett..... Pfd. von	1,18 an
Kalbsschnittel..... Pfd. von	1,80 an
Kalbsroulade ger. v. Pfd. von	1,38 an
Schweinebauch o. Bell. Pfd.	0,78
Schweineschinken o. Bell. Pfd.	0,88
Schweineblatt..... Pfd.	0,82
Schweinekamm oder Sebuff. ohne Beilage..... Pfd.	0,90
Schweinekotelett Pfd. von	0,96 an
Kassler milt..... Pfd. von	0,88 an
Rückenfeß brast. o. Schw. Pfd.	0,66
Eiseln mit Spitzbein, gep. Pfd.	0,58
Hammelvorderfl. Pfd. v.	0,98 an
Suppenfleisch..... Pfd. von	0,70 an
Rostbeef ohne Knoch. Pfd. v.	1,38 an
Schmorfleisch Keile, o. Ka. Pfd.	1,16
Roulade..... Pfd.	1,28
Rinderbacke ohne Ka. Pfd.	0,50
Rinderlunge..... Pfd.	0,38
Rinderherz..... Pfd.	0,54
Euter..... Pfd.	0,28
Schweinekopf m. Backs. Pfd.	0,40

Gefrierfleisch

Rinderleber..... Pfd.	0,88
Hammelvorderfleisch..... Pfd. von	0,58 an
Hammelrücken..... Pfd.	0,70
Hammelkeulen..... Pfd.	0,78
Suppenfleisch..... Pfd. von	0,64 an
Schmorfleisch oh. Ka. Pfd.	1,08

Heute zu Tietz's billige und gute Lebensmittel einkaufen

Preise nur Freitag und Sonnabend. Mengenabgabe vorbehalten. Verkauf sowohl Vorret. Fleisch und leichtverderbliche Waren sind vom Versand ausgeschlossen. Die Zustellung von Lebensmitteln erfolgt bei Bestellung von 5,00 Mark an.

Wurstwaren	Käse und Fette	Fische	Backartikel und Kolonialwaren
Sülze..... Pfd. 0,48	Camembert Sechachtel 0,20	*Seelachs o. K. L. g. Pfd. 0,22	Auszugmehl Stadion 5-Pfund-Beutel 1,35, 1,45
Speckwurst..... Pfd. 0,78	Horzer..... 1-Pfd.-Paket 0,35	*Schellfisch o. K. L. g. Pfd. 0,22	Auszugmehl fein, Pfd. v. 0,27 an
Dampfwurst..... Pfd. 0,88	Emmenthaler 1/2 Port. 0,60	*Kabeljau o. K. L. g. Pfd. 0,26	Kartoffelmehl..... Pfd. 0,16
Fleischwurst..... Pfd. 0,88	Limburger 20% Pfd. 0,46	*Roibars..... Pfd. 0,32	Mandeln ohne od. mit, Pfd. 1,40
Landleberwurst..... Pfd. 0,88	Briekäse vollfett..... Pfd. 0,86	*Kabeljausilet..... Pfd. 0,44	Sultaninen Pfd. von 0,42 an
Hausm. Leberwurst Pfd. 0,95	Steinbuscher vollf. Pfd. 0,88	*Leb. Karpfen Pfd. v. 0,92 an	Korinthen..... Pfd. von 0,42 an
Jagdwurst..... Pfd. 1,04	Tilsiter vollfett..... Pfd. 0,88	*Zander getr. L. g. Pfd. 0,36	Zitronat..... Pfd. 1,10
Mellwurst nach Braunsch. v. Art. Pfd. 1,05	Edamer vollfett..... Pfd. 0,92	*In allen Häusern außer Andrasstr.	Orangeat..... Pfd. 0,95
Wien. Würstchen Pfd. 1,08	Holländer vollfett..... Pfd. 0,92	Räucherwaren	Maispuder..... Pfd. 0,32
Schinkenpoinische Pfd. 1,18	Münster vollfett..... Pfd. 0,98	Bücklinge..... Pfd. von 0,26 an	Kokosraspel..... Pfd. 0,48
Feine Leberwurst Pfd. 1,20	Blockkäse Emmenthal. Art. 20% Pfd. 0,98	Seelachs geräuchert, Pfd. 0,48	Vanillezucker 6 Pak. 0,24
Knoblauchwurst Pfd. 1,25	Schweizer milt. Pfd. v. 1,18 an	Fischrogen ger. Pfd. 0,44	Stangenvanille im Glas 0,18 0,35 0,50
Zervelat u. Salami Pfd. 1,38	Molkereibutter Pfd. 1,50	Rochen geräuchert, Pfd. 0,60	Backobst..... Pfd. von 0,40 an
Zervelat L. Pottdarm, Pfd. 1,50	Tafelbutter..... Pfd. 1,58	Sprollen geräuchert, Pfd. 0,32	Aprikosen..... Pfd. 0,70
ff. Teewurst..... Pfd. 1,40	Dänische Butter Pfd. 1,78	Sardinen Marke „Merle“, Dose von 0,45 an	Birnen..... Pfd. 0,55
ff. Teewurst grob..... Pfd. 1,50	Margarine..... Pfd. 0,40	Portug. Olsardinen 5 Portionsdosen 0,95	Viktoria-Erbisen Pfd. 0,16
Filetwurst..... Pfd. 1,50	Kokosfett..... Pfd. 0,40	Fischmarinade 1/2 Dose 0,75	Linsen..... Pfd. 0,16
Schinkenplodwurst im Pottdarm..... Pfd. 1,85	Rohschmalz 40% Pfd. 0,58		Weisse Bohnen Pfd. 0,16
Speck mit..... Pfd. von 0,82 an	Bratenschmalz Pfd. 0,64		Tee lose..... Pfd. von 3,80 an
Speck mager, Pfd. von 1,08 an			Kaffee..... Pfd. von 1,90 an
Schinkenspeck Pfd. 1,48			
Nusschinken Pfd. 1,75			

Zur Konfirmation: Bowlen- u. Tafelweine

1929er Oberhaardorfer Molkammerer..... 1/2 Fl. 10 Fl.	0,85	8,00
1929er Edenobener Gerech.....	0,95	9,00
1929er Treiser Castel oder Treppchen.....	1,10	10,00
1929er Windshelmer in den Felsen.....	1,25	12,00
Montagne-Rotwein oder Tarracon.....	1,45	14,00
1929er Wilsinger Mosel.....	1,60	15,00
1929er Liebfraumbch. erste Qualität.....	2,25	21,00
1929er Senheimer Lay Mosel.....		
1929er Brauneberger Riesling.....		
1929er Erlauer Naturro. Wein.....		
Orig. Insel Samos oder Sonnengariner.....		
1929er Zellinger Engelsberg.....		
1929er Winkler Hosenprung.....		
Unsere Spezialität: Deutscher *** Weinbrand		
Jamaica-Rum-Verschnitt 40%..... Liter	4,60	
Rheinpfälzer Weisswein, zur Bowle..... Ltr. 0,85 5 Ltr. 4,00		
Vorzüglicher Rotwein..... Ltr. 1,00 5 Ltr. 4,75		
Roter süßer Johannisbeeren-Wein, 1. Qual. Ltr. 0,85 5 Ltr. 4,00		
Sonnengariner, vorzügl. Frühweißwein, Ltr. 1,60 5 Ltr. 7,50		

Gänse

getromm	58
---------	----

Hühner getromm..... Pfd. von	0,92 an
------------------------------	---------

Suppenhühner frisch..... Pfd. von	0,94 an
-----------------------------------	---------

Konserven

Karotten geschnitten..... 1/2 Dose	0,25
Kohlrabi.....	0,33
Schnittbohnen.....	0,35
Junge Erbsen.....	0,54
Erbsen mittelzeln, mit Karotten.....	0,58
Kleine junge Karotten.....	0,74
Pfefferlinge.....	1,30
Rote Rüben.....	0,52
Preisselbeeren.....	0,75
Pflaumen ohne Stein.....	0,78
Sauerkirschen mit Stein.....	0,92
Ananas 3 Scheiben, 1/2 Dose	0,52

Ausserdem: Berlins Sensation: Unser grosser Serien-Verkauf

Der Vertrag mit der Volksbühne.

Das Schicksal der Krolloper vor dem Landtag.

Am Preussischen Landtag dachte man am Donnerstag über den Rest des Justizetats, die Beratung der einzelnen Titel, rasch hinwegzukommen. Aber die Kommunisten nahmen zu jeder einzelnen Einzelposition das Wort und trugen sämtliche ihnen bekannt gewordenen Einzelfälle der Rechtsprechung und namentlich der Gefängnisverwaltungen noch einmal vor.

Ein Ausführungsgezet zum Reichsgezet über die Vereinnahmung der Grundbücher und ein weiteres preussisches Gezet über die generelle Aufhebung veralteter Polizeistrafgezetze fanden ohne wesentliche Debatte in zweiter und dritter Lesung Annahme.

Dann kam der Landtag endlich zur Fortsetzung der Beratung des Vertrages zwischen Staat und Volksbühne, die am 19. Dezember vorigen Jahres abgeschlossen worden war. Es handelt sich bekanntlich darum, daß die Belastung des Staats durch Theaterzuschüsse von Jahr zu Jahr größer geworden ist und die Regierung nun keinen anderen Ausweg mehr sieht, als die Oper am Platz der Republik (Krolloper) zu schließen.

folgt durch Ueberlassung von Flächen in der Lindenoper in geringem Umfang und durch eine Varentschädigung von 100 000 M. jährlich, insgesamt 1 1/2 Millionen. Gerade die Parteien, die bei der vorjährigen Entscheidung am heftigsten auf Schließung der Krolloper unter der Parole der Sparlichkeit gedrängt haben, Deutschnationale und Wirtschaftspartei, lehnen jetzt den Vertrag ab. Sie haben sogar einen Untersuchungsausschuß darüber beantragt, wie das Vertragsverhältnis zwischen Staat und Volksbühne sich von 1919 an bis jetzt entwickelt habe.

Die Entscheidung über den Vertrag wird am Freitag zusammen mit der endgültigen Entscheidung über die preussischen Steuern im Jahre 1931 fallen.

Gegen diese Verschlebung der Entscheidung über den Freitag protestierte nur die kommunistische Fraktion mit einer denkwürdigen Begründung: Herr von Oldenburg-Danuschau stehe auf der Tribüne, und der Landtag sei es dem alten deutschnationalen Schuldis, die Beratungen, für die er sich offenbar interessiere, fortzusetzen. Man muß gestehen, daß der Kommunist Schulz-Neufuß, der dies vortrug, gegenüber den Deutschnationalen ein aufmerksamer und höflicher Mann ist.

berlin: Hauptstr. 11. — Charlottenburg: Finkenstr. 4. — Charlottenburg-Süd: Gieselerstr. 11. — Prenzlauer Berg: ...

Kreuznach: Elisabethstr. 19. — Aus dem Arbeitsbereich eines ...

Kinderparadies bei Wertheim.

Wertheim hat in sämtlichen Häusern eine Vorlegegelegenheit für Kinder geschaffen. Ein Teil der Spielwarenabteilung wurde zum ...

„Capitol“ in Karlshorst.

Karlshorst hat ein neues Wahrzeichen erhalten. Gleich am Bahnhof grüßt ein überaus stattlicher, neuzeitlicher Bau: das neue Lichtspieltheater „Capitol“.

Das Kellereu der Naturkureisen

Das Kellereu der Naturkureisen veranfaßt am 14. März d. J. im ...

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Achtung! Die Kassierer, die noch in diesem Quartal Beitragsmarken benötigen, werden dringend gebeten, diese unbedingt bis zum 9. März zu bestellen, weil es nicht möglich ist, nach dem 10. März noch Marken zu verschicken.

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr.

- 1. Abt. ... 2. Abt. ... 3. Abt. ...

Morgen, Sonnabend, 7. März:

- 1. Abt. ... 2. Abt. ... 3. Abt. ...

Frauenveranstaltung.

1. Abt. Sonnabend, 7. März, 19 Uhr (nicht 20 Uhr), Verabfolgung der ...

Arbeiter-Bildungsschule.

Veranstaltung des ...

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Preis ...

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

23. Abt. ...

Allgemeine Wetterlage.



Abgesehen vom Nordwesten des Reiches herrschte am Donnerstag in ganz Deutschland trockenes, heiteres und ziemlich kaltes Wetter, das sich besonders durch große Durchsichtigkeit der Luft auszeichnete.

Wetteraussichten für Berlin. Fortdauer des trockenen und beständigen Witterungscharakters, nachts wieder sehr kalt.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einladungen für diese Jugend nur an den Jugendsekretariat ...

...kein anderer Malzkaffee hat eben das feine Kathreiner-Aroma!

Advertisement for ENVER BEY VALUTA cigarettes, featuring the brand name in large stylized letters and descriptive text about the product's quality and price.

A. Soritsch: Machau - der Leprosfluch

(Schluß)
III.

Entsetzen ergriff Umsun-Cu, als die Tür vor ihr ins Schloß fiel. Sie war nie bestraft worden, niemals machte man mit ihr solche Scherze und sie konnte nicht begreifen, was da vor sich ging. Im Sarai war es dunkel und feucht; aus der Ecke drang ein Rascheln an ihr Ohr. Sie hatte oft die riesigen braunen Ratten über den Hof huschen gesehen; wahrscheinlich hatten sie hier ihr Loch. Sie erschraf und rief nach der Mutter, aber die Mutter antwortete nicht und sie hörte den bekannten Schritt sich entfernen. Umsun-Cu zog an der Tür, aber sie war verschlossen. Da verstand sie, daß man sie verlassen hatte. Die Verzweiflung erfaßte in einem Augenblick ihr ganzes kleines Wesen. Sie schrie und weinte vor der verschlossenen Tür, hieb mit ihren kleinen Fäustchen dagegen los, versuchte durch eine schmale Spalte zwischen den Brettern der Wand durchzuschauen und rief flehentlich um Hilfe. Alles war umsonst. Die Mutter kehrte nicht zurück, tote, drückende Stille lag draußen. Bald wurde sie müde vor Tränen und die Stimme heiser, der Rücken schmerzte sie. Sie hockte nieder und schloß schluchzend ein. Ihr Schloß war unruhig und quälvoll. Sie träumte, daß Ratten aus ihrem Loch herauskämen, von von allen Seiten umringten und die Zähne bleckten. Sie rief um Hilfe, da kam der Nachbarfeld und jagte die Ratten auseinander, schlug aber Umsun-Cu mit dem Schwanz, weil sie und die Nachbarin ihn genekt hatten. Dann verschwand der Esel und an seiner Stelle erschien der alte zerlumpte Dermisch, den sie einmal auf dem Markt gesehen hatte; er wand sich in Krämpfen und verdrehte die Augen. Sie erwachte, kalten Schweiß auf der Stirn, sprang auf, weinte und rief nach der Mutter, die sie ermattet wieder auf die Erde fiel. Die Gedanken verwirrten sich in ihr, sie konnte nicht mehr die schrecklichen Träume von der Wirklichkeit unterscheiden.

So verstrich der erste Tag ihrer Gefangenschaft. Am Abend hörte sie aus dem Winkel die Stimme der Mutter rufen. Sie kroch hin, aber der Winkel war leer, nur ihre Hände spürten plötzlich etwas warmes und weiches. Das waren Gerstenstaben. Umsun-Cu fühlte Hunger und aß die Stäbe auf, ohne nachzudenken, woher sie gekommen waren. Aber dann spürte sie sofort die Anwesenheit eines anderen Menschen hinter der Wand. Nach den Atemzügen erkannte sie die Mutter. Da begann sie wieder zu weinen und die Wand mit ihren hilflosen Fingern zu kratzen. Die Mutter schlieferte. Umsun-Cu verstand die Worte nicht, aber die Zärtlichkeit, die in der bekannten Stimme lag, erregte und tröstete sie zugleich.

„Schlaf, Schlaf, ich lege mich auch hier nieder!“ sagte endlich die Mutter laut und das Kind hörte, wie sich die Mutter wirklich draußen an der Mauer des Sarais niederlegte. Es schien ihm, als fühlte es die gewohnte Wärme, die vom Leib der Mutter ausstrahlte. Da beruhigte sie sich, legte sich hin und schloß augenblicklich ein. In der Nacht hob sie im Schlaf oft den Arm, um die Mutter, wie sie es immer getan hatte, zu umarmen, aber die Hand traf nur etwas Hartes, Kaltes und Fremdes.

Den nächsten Tag verbrachte Umsun-Cu wieder gequält durch Angst, Einsamkeit und Tränen. Gegen Abend kam die Mutter, brachte das Essen und lagerte sich an der Außenwand des Gefängnisses. Diesmal weinte Umsun-Cu nicht mehr, sie war auch nicht mehr so aufgeregte und die beiden sprachen lange miteinander durch die Spalte, durch die das Essen in die Kammer gesteckt wurde. Die Mutter erzählte, daß ein alter böser Riese aus den Sandwüsten um das Dorf herumirre, die kleinen Kinder packe und mit sich forttrage; darum habe sie sie hier verborgen. Die Mutter bat Umsun-Cu still zu sein, nicht zu weinen und nicht zu schreien, versprach viel Kaffee und Rüsse zu bringen und um Umsun-Cu endgültig zu beruhigen, gab sie ihr eine Strähne ihrer Haare zu halten. Umsun-Cu wickelte sie um den Finger und schlief ein. In der Früh, als es aufwachte, fühlte das Kind die Haare am Finger und dachte mit Freude, daß die Mutter noch immer hier sein müsse. Aber auf sein Rufen antwortete niemand; um das Kind nicht zu wecken, hatte sich die Mutter die Strähne aus dem Kopfe gerissen, als sie in der Frühe hatte weggehen müssen.

Die Tage flossen nun dahin, einer nach dem anderen. Allmählich begann Umsun-Cu sich an das schwere Leben im Dunkel des Sarais zu gewöhnen. Sie war in einem Alter, da die Erinnerungen an die Vergangenheit noch keinen festen Platz im Bewußtsein einnehmen; die Vorstellung, daß es hinter den Mauern ihres Kerkers noch ein anderes Leben geben müsse, erlosch nach und nach in ihr. Immer seltener erinnerte sie sich an die früheren Tage, und die Personen und Dinge, die einst um sie gewesen waren, verloren die ihnen eigentümlichen Züge. Sie erriet stets den Atem der Mutter, wenn sie in der Nähe war, sie war aber nicht mehr imstande, sich das Gesicht der Mutter vorzustellen. Manchmal — sehr selten — dachte sie an die Sonne, an die Bäume, die Steppen und die Berge, deren Schneegipfel sie einst in der Ferne leuchten sah. Aber diese Bilder waren unklar und verschwommen. Sie hätte nicht mehr sagen können, wodurch sich ein Kamel von einem Hund unterscheidet, wenn sie auch noch dunkel von ihrer Existenz wußte; sie hatte vergessen, wie die Menschen angezogen sind, wie sie gehen, wie die Pferde laufen und das Wasser aus den Quellen sprudelt. Wenn nicht die nächtlichen Geplätsche mit der Mutter gewesen wären, hätte sie auch die menschliche Sprache nicht verlernt. Der Kreis ihrer Interessen wurde immer enger. Sie lebte wie ein Maulwurf in ihrem dunklen Loch.

Umgeleiert bedeckte sie. Der zerfissene und zerfragte Körper war mit Schmutzkrusten und Auswüchsen überzogen. Sie litt, dachte aber keinen Augenblick daran, daß sie sich waschen könnte. Einmal wurde sie von einer Ratte gebissen. Dem Instinkt gehorchend, verfluchte sie die Wunde mit Erde und als die Mutter ihr einen Verband gab, wußte sie lange nicht, was sie damit hätte tun sollen. Wenn sie essen wollte, kroch sie in den Winkel und fand dort immer etwas auf der Erde liegen. Umsun-Cu war mit ihrem Leben zufrieden und nur die wilde Angst vor dem Unbekannten aus den Sandwüsten blieb in ihr wach. Sie entwickelte sich physisch, während sie geistig von Tag zu Tag tiefer sank.

Abends kam die Mutter zum Sarai, breitete ihre Decke aus und ließ sich nieder. Aus der Wand war jetzt ein kleines zeretztes Loch herausgeschliffen, durch das man einen Wasserkrug reichen konnte. Bei Tage schob Titou einen großen schweren Stein vor das Loch. Die Mutter räumte den Stein mit Mühe zur Seite, erriß die ausgestreckte Hand Umsun-Cus und bedeckte sie mit ihrem Küssen. Sie weinte nicht mehr. Die Deckung war viel zu klein, als daß sie im Dunkel das Gesicht der Tochter hätte sehen können. Sie streichelte es nur und bemühte sich tastend zu erkennen, ob sich die Nase vermindert. Aber sie fand weder die Geschwülste auf der Stirn noch die Nase und auch das Gesicht schien nicht verändert; aber die trockenen Krusten zeigten mit fürchterlicher Gemüht vom zerstörenden Prozeß der fluchbeladenen Krankheit. Sie glättete die Schäfte des Kindes und legte dann die Finger auf ihr eigenes Gesicht, ihre Lippen, um selbst krank zu werden. Ihre alte

Angst vor der Krankheit war erloschen, ein anderes Gefühl trat an dessen Stelle: die Hoffnung, daß sie selbst angesteckt würde und dann zusammen mit dem Kinde im Sarai leben könnte. Alltäglich sah sie in den winzigen Spiegel und suchte nach den verhängnisvollen Flecken. Aber der Auszug höhnte ihrer und schonte sie. Kaum war der Abend gekommen, ging sie wieder zum Sarai, küßte das Händchen, das sich ihr entgegenstreckte, drückte ihr Gesicht an die Deckung in der Wand und vermischte ihren Atem mit der unreinen Luft, die dem Munde des Kindes entströmte...

So flossen die Tage dahin und aus ihnen wurden Monate, aus Monaten — Jahre...

IV.

Im März wurde auf der Straße zum Dorfe Tschju-Lola in der Nähe von Samartand die Leiche eines Unbekannten gefunden. Aus Samartand fuhren zur gerichtlichen Obduktion der Leiche ein Untersuchungsrichter, ein Gerichtsarzt und ein Moskauer Journalist, der auf der Suche nach exotischer Reportage durch die Döner der Sandwüsten Turkestans reiste. Sie kehrten im Hause des Dorfvorstehers Kabil Chadscha ein und verbrachten hier den ganzen Tag über Utten und Protokollen.

Gegen Abend, da die Hitze nachgelassen hatte, trat der Richter mit dem Journalisten in den Hof, um ein wenig frische Luft zu schöpfen. Sie setzten sich auf einen niedrigen Wagen, der vor einem Sarai stand, als von innen ein lauter Ausschrei des Schreckens ertönte.

„Was ist das?“ rief der Untersuchungsrichter und sprang auf. Drinnen wurde es sofort still. Der Journalist ging zur Tür und rüttelte an dem Schloß. Hinter der Tür lag jemand aufgeregte leuchtend auf und ab.

Der Richter rief den Wirt herbei und befahl, die Tür aufzuschließen. Titou Kabil Chadscha wurde bleich wie das feine Hemd, das er zu Ehren der Gäste angezogen hatte.

„Wozu?“ fragte er und faltete bittend die Hände auf der Brust. „Wozu aufmachen? Man kann nicht aufmachen... Ein kranker Mensch, ein verrückter Mensch...“

Der Richter berief die Nachbarn als Zeugen und sprengte mit ihrer Hilfe die Tür. Umsun-Cu wurde herausgeführt, fast nackt,

schmutzig und abstoßend. Man konnte kaum erkennen, daß sie ein menschliches Wesen war. Der ganze Körper war mit eiternden, überfließenden, blutigen Geschwüren besät; die entzündeten Augen tränkten; die Haare auf dem Kopf lebten in einem widerlichen Knäuel. Sie war mager wie ein Eselot und klein wie ein Zwerg. Um so auffälliger war der Ausdruck ihres alten, runzeligen Gesichtes. Das Tageslicht blendete sie. Sie schrie auf vor Schmerz und bedeckte die Augen mit den Händen. In ihrem Sarai war sie immer umhergekrochen und hatte das Gehen verlernt. Ihre dünnen Beine trugen sie nicht, man mußte sie stützen. Sie gab unklare Laute von sich und ihr Gesicht hatte einen maßlos erschreckten, stumpfsinnigen Ausdruck.

„Wann hat man sie hineingelegt?“ fragte der Richter. Titou blickte zur Erde und antwortete nicht. Die Mutter begann zu erzählen und sich zu erinnern und es stellte sich heraus, daß das vor 21 Jahren geschehen war. Sie betrat ihr Gefängnis als ein Kind und verließ es als eine kranke alte Frau.

Man wusch sie und gab ihr reine Kleider. Um die Ansteckung nicht zu verbreiten, verbrannte man die Fegen, die ihr am Leib gehangen hatten. Der Arzt schickte alle aus dem Zimmer und begann die Untersuchung.

„Da haben Sie Ihre Exotik!“ sagte der Richter zum Moskauer Journalisten. Dieser antwortete nicht. Er war damit beschäftigt, seine Kleider mit Kölner Wasser zu bespritzen. Auch sein Gesicht, Hals und Hände besudelte er damit.

„Bemühen Sie sich nicht“, sagte höhnisch der Arzt, der auf der Schwelle erschienen war, „sie hat keinen Ausweg, sie hat Befehl, das ist eine hiesige Krankheit. Es ist nur leicht mit Lepros zu verwechseln, weil dabei auch weiße Flecke auftreten, ist aber absolut nicht ansteckend.“

„Ist es tödlich?“ fragte der Journalist. Er hatte die Flasche mit Kölner Wasser auf den Tisch gestellt und zückte rasch sein Notizbuch.

„Ebenso wie etwa Schuppen in den Haaren.“
„Das heißt... dann... mein Gott... das ist ja entsetzlich! Sie glauben also...“

„Ich glaube nichts“, sagte der Arzt, wurde plötzlich rot und schrie: „Rufen Sie mich endlich in Ruhe. Scheren Sie sich zum Teufel!“

Er trat ans Fenster, stand dort lange, trommelte mit den Fingern auf dem Glas und seufzte.

(Was dem Russen überhört von Ulzander Gerschenfron.)

Ossipp Dymow: Neger-Ghettos Harlem

New York ist nicht Amerika. Noch nicht Amerika — oder schon nicht mehr Amerika. Es hängt davon ab, wie man es ansieht. In Amerika wohnen Amerikaner; in New York — ja wer wohnt denn eigentlich in New York? Deutsche, Holländer, Franzosen, Iren, Schotten, Italiener, Russen, Juden, Ungarn, Lorianer, Armenier, Türken, Chinesen und — Neger.

Einst hieß New York — New Amsterdam. Die Gegend zwischen der 125. und der 160. Straße zwischen Lenox und 5. Avenue hieß einmal Haarlem, jetzt Harlem. Da wohnten Holländer, die mit Europa nicht zufrieden waren (oder Europa nicht mit ihnen). Später kamen Neger nach New York, vom Süden, in kleinen Gruppen — „arme Kröten“, die den langen Weg auf der Landstraße zu Fuß zurückgelegt haben.

Nicht gerade freundlich wurden diese Neger von dem kalten New Amsterdam begrüßt. Es waren Sklaven oder Halbsklaven, die auf ihrer eigenen schwarzen Haut den schmerzlichen Druck des Rassenunterschieds spürten. Es ist in allen Ländern und zu allen Zeiten für die Menschen verlockend gewesen, ein Prinzip des Unterschieds der Rassen oder der Religionen oder Klassen einzuführen und diesen Unterschied möglichst streng zu hüten, erst als Tradition und dann als Idee, und zugleich ihn möglichst auszunutzen.

Die schwarze Farbe der Neger wurde mit der Zeit heller, verwandelte sich in Braun und auch — was jetzt gar nicht selten ist — in Weiß. Das bedeutet Vermischung des „Weißen“ Blutes: aus Negern wurden Mulatten und Quadroonen usw. Trotzdem werden sie noch immer bis heutigen Tages für Nigger gerechnet. Ihre Haut mag so bleich und weich sein, wie sie will. Nie verleiht der Amerikaner dem Neger seine Abstammung. Nie kommt der Neger (oder Mischling) heraus aus seinem Kreis, aus seinem Ghetto.

Das New-Yorker Neger-Ghetto Harlem hat eine Bevölkerung von ungefähr einer Viertelmillion farbiger Menschen (coloured people). Man erzählt, und zwar mit Recht, daß das schwarze Harlem als Resultat einer geistlichen Terrainspekulation entstanden sei. Man wollte das Vorurteil der Weißen gegen die Schwarzen ökonomisch ausnützen. Um die Preise zu drücken, ließen ein paar Spekulanten und hausbesitzer Neger als Mieter in ihre Wohnungen herein. Ein Neger im Haus genügt, um alle weißen Einwohner zu vertreiben. Die Europäer verkauften ihre Häuser und Grundstücke zu billigen Preisen und flohen. An ihrer Statt kamen die Neger, die Preise stiegen wieder, das Geschäft war gemacht und Harlem war entstanden.

In dieser Gegend ist alles schwarz oder eigentlich mehr braun und bräunlich. Der schwarze Bäcker verkauft nur Schwarzen Brot, ein schwarzer Rechtsanwalt und ein schwarzer Notar wachen über pünktliche Erfüllung der Gerechtigkeit. Briefträger, Zahnarzt, Polizist, Pfarrer, Schauspieler, Restaurateur — alles schwarz. Kein Europäer wohnt in diesem Stadtviertel.

Die weiße Bevölkerung von New York — wie übrigens in allen Oststaaten — verhält sich zu den Farbigen mehr oder weniger tolerant. Von Gewalt oder Grausamkeit kann hier überhaupt keine Rede sein. Es ist mehr ein stiller, schweigender Antagonismus. Die Nigger sind geduldet, wenn schon nicht erwünscht. Sie haben verstanden, sich nützlich zu machen, besonders zu der Zeit, als USA. plötzlich aus ihrer isolierten Stellung herausstraten und sich in den Weltkrieg stürzten. In den Oststaaten sehen die Neger in demselben Wagen der Untergrundbahn mit den anderen Fahrgästen, in den Südstaaten ist das nicht gestattet. In Philadelphia, 2 Stunden von New York, putzt ein Weißer einem Neger die Schuhe. Vor Gericht in New York sah ich einen Neger-Rechtsanwalt, der gegen einen weißen Advokaten sehr geschickt auftrat, seinen Prozeß gewinnen. Aber die Schwarzen dürfen nicht an demselben Strand wie die Weißen baden, und falls ein Neger die Freiheit (oder Dummheit) hätte, in ein weißes Restaurant hineinzugehen, so würde er nicht hinausgeschmissen, o nein, das nicht! — aber auch nicht bedient. Der Kellner hat eben einfach keine Zeit für einen schwarzen Gast, oder — das kann auch passieren: der Eindringling wird mit heißer Suppe übergossen. Dann verstehe er den garten Wink, und geht. Mit einem Nigger sich auf der Straße zu zeigen, ist riskant, man läuft Gefahr, daß einem Schimpfwort nachgerufen werden. Auch gibt der Weiße dem Schworzen keine Hand. Vor ein paar Jahren hatte der Neger Guipin als Schauspieler großen Erfolg, er spielte die Titelrolle in O'Neills Stück „Emperoy Jones“. Aber als man ihn bei einem großen Bankett der Bühnengenossenschaft feiern

molte, da weigerten sich die Hälfte der anwesenden Schauspieler, mit ihm an demselben Tisch zu sitzen.

Harlem hat sein eigenes Leben. Sehr geschickt revidierte Zeitungen beschäftigen sich hier mit den Problemen, die der ganzen Negerrasse am Herzen liegen. Zerstreut über die ganze Welt betrachten alle Neger von Amerika, von Afrika oder anderen Erdteilen Harlem als ihr geistiges und kulturelles Zentrum. Noch Harlem zu kommen und dort die Freiheit zu genießen, das ist der Traum jedes Niggers. Jetzt freilich träumen die Neger einen noch größeren, noch schöneren Traum, er heißt: Afrika für die Schwarzen. Dieser Traum weist freilich in eine ferne, zauberhafte Zukunft. Harlem aber ist Wirklichkeit, ist Gegenwart.

Immer lächelnd, mit blühenden, weißen Zähnen, freundlich, höflich, immer zu Spott und Scherz bereit, erscheint der Neger zu dem lebenden Menschenfest der amerikanischen Großstädte. Hier als Kellner, Portier, Hotel- und Eisenbahndiener, dort als Tänzer, Sänger, Jazzspieler — verkörpert der schwarze Halbrentling die Mischung der Weltkulturbewegung mit dem Bergnigen. Diese großen Kinder, die braunen und schwarzen menschlichen Blumen der kalten eisernen Stadt sind die einzigen, die den Ruf der Wälder, Flüsse und Wästen noch in sich bewahrt haben. Sie verstehen ehrlich zu singen, naïv zu tanzen, befehl zu spielen und kindisch zu träumen. Und das ist es, was auf viele Europäer so reizvoll und verlockend wirkt. Harlem hat schwarze Nachtlokale, Cafés und Restaurants, die gern von Weißen besucht werden. Unten in der Küche schafften der Koch, die Köchin, Tellerwäscher, Helzer, Träger, alles Schwarze. Oben sind die weißen Gäste, die in ihren schönen Wagen von Manhattan gekommen sind. Braune Tänzerinnen, schwarze Sänger und Musiker schaffen die nötige Atmosphäre. Manchmal erscheint hier auch ein reichgewordener Neger, mit dem aber die weißen Millionäre nicht business machen. Denn es heißt zwar, das Kapital sei international, gewiß, aber nicht interrasig.

Mit Erstaunen habe ich von Negern den Namen Tuschkin gehört. Dieser große russische Dichter, die „Sonne russischer Poesie“, die Verkörperung der slavischen Seele, hat tatsächlich Negerblut in den Adern gehabt. Seine Großmutter war die Tochter des Negers Annibalus, des hundertprozentigen schwarzen Dieners Peters des Großen, den Tuschkin oft erwähnt. Und noch auf einen zweiten weiblicheren eigenen Dichter ist Harlem stolz: auf den Franzosen Dumas.

Aber Harlem hat auch moderne junge Dichter, die der eigenen Rasse dienen, wie Langston Hughes, Re-Rag, Toomer u. a. Sie schreiben englisch und ihre Gedichte enthüllen das, was unter dem ewig freundlichen, kindlich-aufrechten Lächeln des amerikanischen Negers verborgen ist.

Ein neues Riesentier

Das Berliner Museum für Naturkunde besitzt aus dem Ertrag der Expeditionen, die in der Vorkriegszeit nach Deutsch-Ostafrika ins Tendaguru-Gebiet entsandt wurden, die Skelette fossiler Dinosaurier, von denen bisher nur zwei in der Sammlung aufbewahrt waren. Dazu ist nun ein neues Dinosaurierskelett gekommen, eines von der Gattung Dicraeosaurus, eines der gewaltigsten Landtiere, die je auf der Erde gelebt haben. Dabei ist diese noch die kleinste Gattung: sie ist nur aus den Tendaguru-Schichten Ostafrikas bekannt und dort in zwei Arten vertreten, einer älteren, schwerer gebauten, die zu Ehren des am Zustandekommen der Expedition hoch verdienten Medizinalrats Dr. Hansmann benannt wurde, und einer jüngeren, zierlicheren. Das aufgestellte Skelett gehört, wie Prof. Dr. Werner Jenensch in den „Forschungen und Fortschritten“ berichtet, zur älteren Art. Es ist schreitend mit etwas herabgehängtem Hals aufgestellt und hat die ungeheure Länge von 13,18 Meter, die größte Höhe von 3,16 Meter. Ausgestattet ist es mit kurzem Hals, kurzem hohen Kumpf und sehr langem Schwanz. Die beiden vorderen Gliedmaßen sind wesentlich kürzer als die hinteren. Neben den beiden im Museum bereits vorhandenen Skeletten, dem stachelbewehrten Reuturusaurus und dem räuberischen, schnellfüßigen Claphrosaurus, der nur zwei Beine besitzt, ist nun mit dem Dicraeosaurus als drittem Dinosaurier-Typus der Tendaguru-Fauna einer der gewaltigen Sauripoden öffentlich sichtbar gemacht worden, von denen in den kommenden Jahren noch weit größere Skelette anderer Gattungen aufgestellt werden sollen.